



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

10 | 2009

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Bundestagswahl 2009

Bruttoinlandsprodukt 2007

Agrarzensus 2010



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Deutscher Bundestag, Stephan Erfurt

In Rheinland-Pfalz waren bei der Bundestagswahl 2009 rund 3,1 Mill. Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Lediglich 2,23 Mill. von ihnen haben von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch gemacht. Die Wahlbeteiligung lag mit 72% so niedrig wie noch nie bei einer Bundestagswahl.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

10 | 2009

STATISTISCHE MONATSFESTE

62. Jahrgang

kurz + aktuell	723
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Außenhandel ■ Insolvenzen ■ Betriebsgründungen ■ Wohnbau ■ Landwirtschaft ■ Aus der amtlichen Statistik	
Verbraucherpreise	736
Rheinland-Pfalz in Karten: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009	737
Bundestagswahl 2009	738
Bruttoinlandsprodukt in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2007	751
Agrarzensus 2010	762
Daten zur Konjunktur	768
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	793
Neuerscheinungen	803

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

 Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe erneut gestiegen

Im Juli verzeichnete das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz zum dritten Mal in Folge einen Anstieg der Auftragseingänge. Im Vergleich zum Vormonat belief sich das Plus auf 3,5%. Die inländischen Bestellungen stiegen um 3,6%. Die Auslandsnachfrage nach rheinland-pfälzischen Industriegütern legte etwas schwächer zu (+3,4%). Nicht alle Branchen konnten von der Stabilisierung der Konjunktur profitieren. Ein kräftiges Plus gab es für die Chemie (+5,3%). Die Nachfrage im Fahrzeugbau stieg um 1,6%. Für den Bereich „Herstellung von Metallerzeugnissen“ ergab sich ein Minus von 1,5%. Einen Rückgang der Auftragseingänge musste der Maschinenbau mit -3,9% hinnehmen. Hier hatte es im Juni noch einen beträchtlichen Zuwachs gegeben, der aber im Wesentlichen auf Großaufträge zurückzuführen war.

Das Niveau der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe ist nach wie vor sehr niedrig; darin spiegelt sich der weltweite dramatische Konjunkturunbruch wider. Im Juli 2009 lag der Indexwert bei 81,7 und damit um mehr als 30% unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Die Aufträge aus dem Inland lagen um 22% und die aus dem Ausland um 36% unter dem Wert vom Juli 2008. Nach wie vor ist der Fahrzeugbau am stärksten betroffen. Deren Auftragseingänge sind im Vergleich zum Juli 2008 um rund 47% gesunken.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte		Veränderung Juli 2009	
	Juli 2009		zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100			
Auftragseingänge (real)				
Industrie	81,7	-30,3%	↓	3,5% ↑
Inland	86,5	-22,4%	↓	3,6% ↑
Ausland	78,0	-36,0%	↓	3,4% ↑
Chemie	75,1	-39,0%	↓	5,3% ↑
Fahrzeugbau	52,5	-46,5%	↓	1,6% ↑
Maschinenbau	83,6	-38,0%	↓	-3,9% ↓
Metallerzeugnisse	87,8	-25,9%	↓	-1,5% ↓
Bauhauptgewerbe	121,1	-0,2%	↓	-19,5% ↓
Umsätze (real)				
Großhandel	106,3	-3,5%	↓	3,0% ↑
Einzelhandel (ohne Kfz)	108,2	1,0%	↔	5,9% ↑
Kfz-Handel	94,3	2,3%	↑	-0,3% ↓
Gastgewerbe	104,6	-2,2%	↓	5,9% ↑

Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Handel entwickelten sich überwiegend positiv. Einzelhandel und Gastgewerbe konnten Umsatzsteigerungen von jeweils 5,9% melden. Im Großhandel stiegen die Umsätze im Vergleich zum Vormonat um 3%. Lediglich der Kfz-Handel hatte mit -0,3% gegenüber Juni 2009 leichte Umsatzeinbußen.

Veränderungen gegenüber Juni 2009

Im Einzelnen haben sich die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe wie folgt geändert.

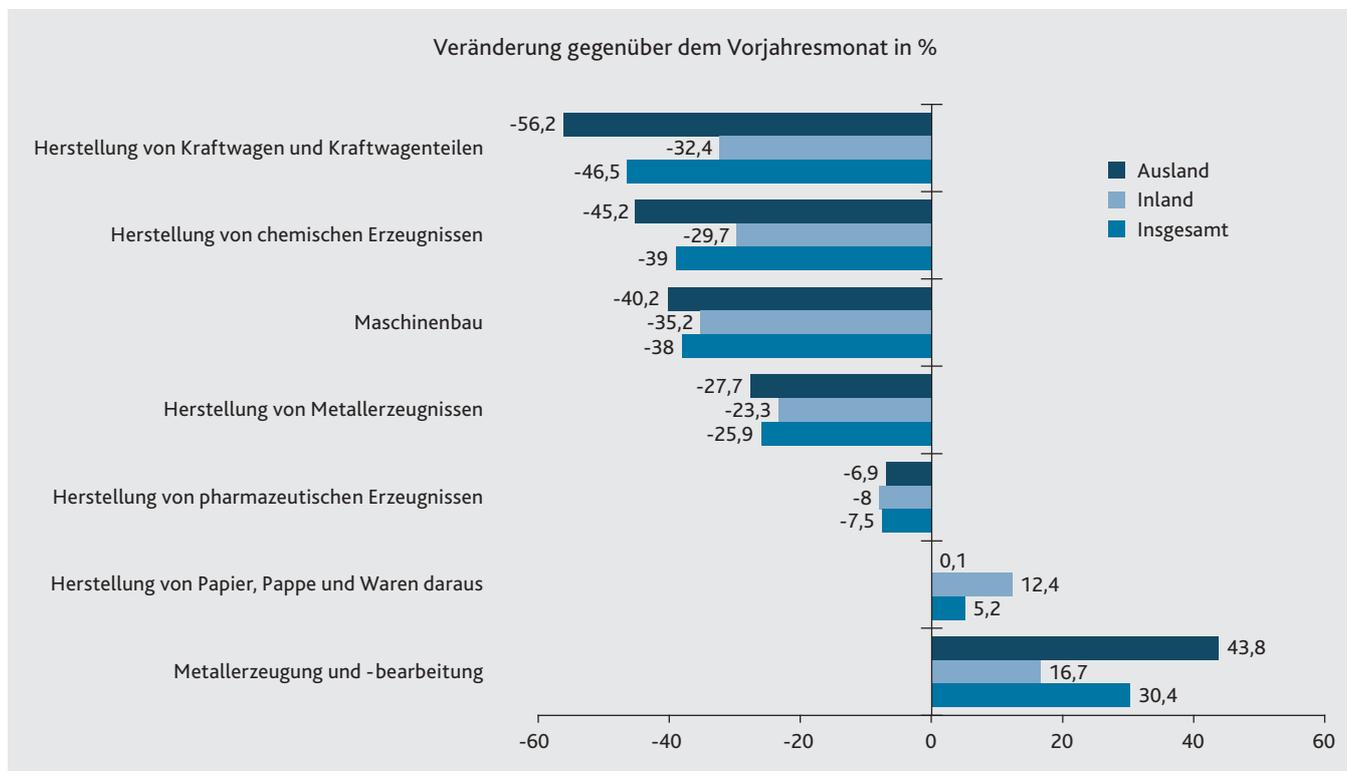
Im Juli 2009 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 3,5% mehr Aufträge als im Juni (Deutschland: +4,3%). Dabei wurde das Auftragsplus aus dem Inland

(+3,6%) durch den Zuwachs bei Auslandsbestellungen (+3,4%) unterstützt. Von den umsatzstarken Branchen verzeichneten die Herstellung von chemischen Erzeugnissen sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen sowie von Papier und Pappe Zuwächse in einer Spanne von 1,6 bis 8%, wobei die positive Entwicklung maßgeblich von den Inlandsbestellungen beeinflusst wurde.

Hinweis

Weitere Daten zur Konjunktur finden Sie auf den folgenden Seiten und ab Seite 768 in diesem Heft sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de/vgr/index.html

Auftragseingangindex im verarbeitenden Gewerbe im Juli 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Einen Rückgang der Bestellungen mussten der Maschinenbau (-3,9%) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (-1,5%) hinnehmen. Hier fiel vor allem die Bestellfähigkeit aus dem Inland (-10,1 bzw. -2,5%) niedriger aus als im Monat zuvor.

Veränderungen gegenüber Juli 2008

Im Vergleich zum Juli 2008 lag das Ordervolumen preisbereinigt um 30,3% niedriger (Deutschland: -19,8%). Die Bestellfähigkeit aus dem Ausland blieb um 36% unter dem Vorjahreswert (Deutschland: -25,3%). Aus dem Inland gingen 22,4% weniger Bestellungen ein als vor einem Jahr (Deutschland: -13,4%).

Die stärksten Rückgänge waren bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie den Herstellern chemischer Erzeugnisse – den beiden umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Branchen – zu verzeichnen. Deren Auftragseingänge lagen um 46,5 bzw. 39% unter dem Wert vom Juli 2008, wobei jeweils die Bestellungen aus dem Ausland deutlich stärker abnahmen als die Inlandsaufträge. Markante Einbußen verzeichneten auch die dritt- und die viertgrößte Branche, der Maschinenbau (-38%) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (-25,9%). Demgegenüber konnte der Wirtschaftszweig „Metallerzeugung und -bearbeitung“ mit einer kräftigen Zunahme des Bestellvolumens um 30,4% auf-

warten. Das Plus resultiert aus der außerordentlich kräftigen Zunahme der Bestellfähigkeit aus dem Ausland (+43,8%) sowie dem Inland (+16,7%). Da es sich um preisbereinigte Werte handelt, wird der Zuwachs auch von den stark sinkenden Metallpreisen beeinflusst. Auch die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus verbuchten einen Zuwachs, der jedoch deutlich geringer ausfiel.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sinken deutlich

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, die starken monatlichen Schwankungen unterliegen, sind im Juli 2009 im Vergleich zum Vormonat wieder deutlich gesunken (-20%). Im Juni 2009 hatte es noch einen kräf-

tigen Anstieg gegeben. Lediglich der öffentliche Hochbau konnte im Juli ein Plus von knapp 26% verzeichnen. Alle anderen Bereiche des Bauhauptgewerbes mussten Nachfragerückgänge hinnehmen, am stärksten der gewerbliche Hochbau (-36%).

Im Vergleich zum Juli 2008 war die Nachfrage nach Bauleistungen im Juli 2009 nahezu konstant (-0,2%). Der öffentliche Hochbau konnte mit einem Plus von 33% auch im Vorjahresvergleich einen deutlichen Nachfrageanstieg verzeichnen. Ursache hierfür dürften die öffentlichen Konjunkturprogramme sein.

Die baugewerblichen Umsätze stiegen im Juli 2009 gegenüber dem Vormonat um knapp 9%. Kräftige Umsatzsteigerungen im Vergleich zum Juni 2009 gab es zum einen im öffentlichen Hochbau (+17%) und im Straßenbau (+17%), der ebenfalls überwiegend Aufträge von der öffentlichen Hand erhält. Lediglich der Wohnungsbau musste einen leichten Umsatzrückgang hinnehmen (-1,7%).

Im Vergleich zum Juli des Vorjahres stiegen die Umsätze des Bauhauptgewerbes um gut 18%. Besonders kräftig fielen die Umsatzsteigerungen im öffentlichen Tiefbau (+41%) und im Straßenbau aus (+26%).

Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr um 7,1% gesunken

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Rheinland-Pfalz im 1. Halbjahr 2009 deutlich gesunken. Infolge der internationalen Wirtschafts- und Finanz-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte		Veränderung Juli 2009		
	Juli 2009	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat		
	2005=100				
Auftragseingang	121,1	-0,2 %	↓	-19,5 %	↓
Hochbau insgesamt	107,4	-3,9 %	↓	-15,9 %	↓
Wohnungsbau	89,3	-18,5 %	↓	-15,7 %	↓
gewerblicher Hochbau	95,5	-17,5 %	↓	-36,0 %	↓
öffentlicher Hochbau	142,9	33,2 %	↑	25,7 %	↑
Tiefbau insgesamt	133,7	2,7 %	↑	-22,1 %	↓
gewerblicher Tiefbau	180,1	26,4 %	↑	-23,2 %	↓
öffentlicher Tiefbau	109,9	-5,6 %	↓	-19,4 %	↓
Straßenbau	134,1	-0,5 %	↓	-22,9 %	↓
Baugewerblicher Umsatz	148,0	18,2 %	↑	8,6 %	↑
Hochbau insgesamt	133,7	8,7 %	↑	5,5 %	↑
Wohnungsbau	111,2	5,1 %	↑	-1,7 %	↓
gewerblicher Hochbau	154,6	12,5 %	↑	3,6 %	↑
öffentlicher Hochbau	123,0	5,2 %	↑	16,5 %	↑
Tiefbau insgesamt	162,0	27,2 %	↑	11,3 %	↑
gewerblicher Tiefbau	155,0	11,0 %	↑	3,9 %	↑
öffentlicher Tiefbau	148,6	41,0 %	↑	5,7 %	↑
Straßenbau	172,7	26,1 %	↑	17,2 %	↑

marktkrise lag das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 7,1% niedriger als im 1. Halbjahr 2008. Damit entsprach der Rückgang etwa dem Durchschnitt der alten Länder ohne Berlin (-7,2%). In Deutschland schrumpfte die Summe der erbrachten wirtschaftlichen Leistung preisbereinigt um 6,8%. In jeweiligen Preisen lag der Rückgang in Rheinland-Pfalz bei 5,8% (Deutschland: -5,4%).

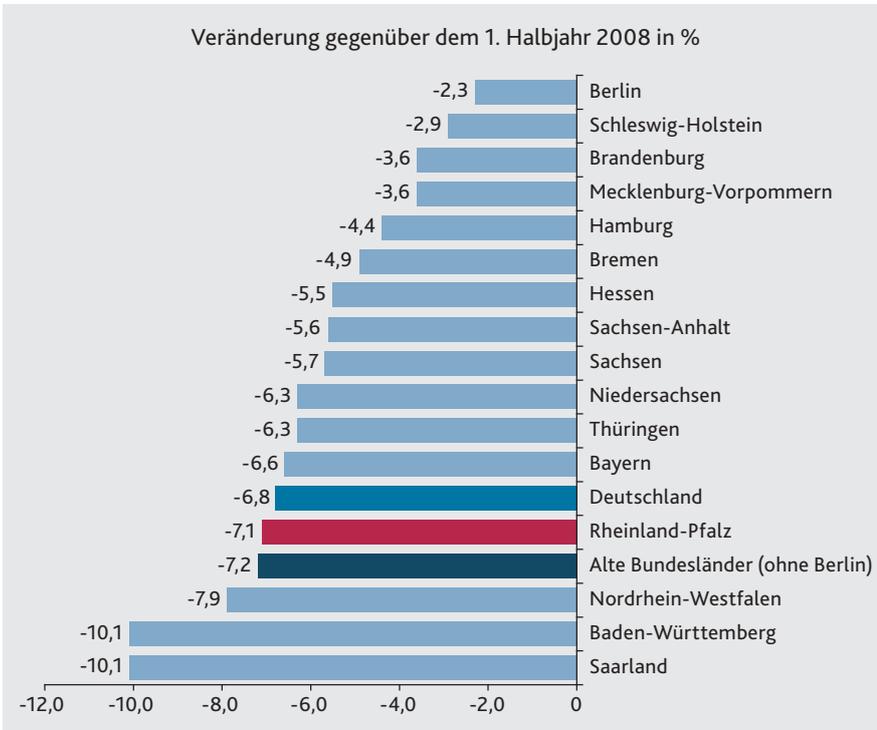
Dies sind Ergebnisse einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, die in diesem Jahr aufgrund des drastischen Konjunktureenbruchs und der Umstel-

lung der Wirtschaftszweigklassifikation mit größeren Unsicherheiten als üblich behaftet sind.

Verarbeitendes Gewerbe von Krise besonders stark betroffen

In Rheinland-Pfalz trägt die Industrie einen im Vergleich zu Deutschland überdurchschnittlich hohen Anteil zur Wertschöpfung bei. Sie hat in den vergangenen Jahren wesentlich zur guten konjunkturellen Entwicklung im Land beigetragen, war nun aber auch am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen. Ursache hierfür ist nicht zuletzt die hohe Exportabhängigkeit der rheinland-pfälzischen

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2009 nach Ländern



Industrie. Auf Deutschland wurde die weltweite Rezession, die in den USA ihren Anfang nahm, insbesondere durch einen kräftigen Rückgang der Exportnachfrage übertragen.

Der dramatische Einbruch spiegelt sich in der Umsatzentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wider: Im 1. Halbjahr 2009 sank der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum 1. Halbjahr 2008 um 23,5% (Deutschland: -22,6%). Dabei ging die Nachfrage aus dem Ausland wesentlich stärker zurück (-27,7%) als die Verkäufe im Inland (-19,3%).

In den umsatzstärksten Bereichen der rheinland-pfälzischen Industrie waren kräftige Umsatzrückgänge festzustellen. Beinahe halbiert hat

sich der Umsatz bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-44,9%), dabei war im hiesigen von Nutzfahrzeugbau geprägten Industriezweig ein deutlich stärkerer Rückgang zu verzeichnen als im Bundesdurchschnitt (Deutschland: -30,6%). Verursacht wurde dies insbesondere durch den Einbruch beim Auslandsumsatz (-54,6%). Auch im Maschinenbau war der Rückgang in Rheinland-Pfalz (-25,9%) deutlich stärker als in Deutschland (-21,6%), was ebenfalls in erster Linie auf den gesunkenen Auslandsabsatz zurückzuführen ist (-30,8%). In der chemischen Industrie bewegte sich das Minus in Rheinland-Pfalz (-24,1%) etwa in der gleichen Größenordnung wie in Deutschland (-23,8%). Dagegen waren in den konsumnahen

Branchen „Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ (-2,6%) und „Getränkeherstellung“ (-6%) nur relativ geringe Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Bei der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+2,8%) und bei der Tabakverarbeitung (+1,8%) gab es im 1. Halbjahr sogar leichte Umsatzzuwächse.

Vergleichsweise moderat verlief die Entwicklung im Baugewerbe. Während der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe um 8% zurückging (Deutschland: -8,4%), konnte das Ausbaugewerbe sogar einen Anstieg um 4,6% verzeichnen (Deutschland: +3,7%).

Dienstleistungsbereich nur leicht im Minus

Einige Dienstleistungsbranchen sind nicht so stark vom Konjunkturerbruch betroffen wie das produzierende Gewerbe. Eher stabilisierend wirkten die Bereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie „Öffentliche und private Dienstleister“. Dagegen spürte der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ den konjunkturellen Einbruch stärker. Vor allem der Verkehrssektor ist von der gesunkenen Industrieproduktion betroffen. Der rheinland-pfälzische Einzelhandel hat im 1. Halbjahr real weniger Umsatz erwirtschaftet als im Vorjahreszeitraum (-1,2%; Deutschland: -2,2%) und auch im Gastgewerbe war preisbereinigt ein Umsatzrückgang zu verzeichnen (-5,1%; Deutschland: -6,9%).

Frühindikatoren der konjunkturellen Entwicklung zeigen, dass für das Gesamtjahr mit einem weniger starken Rückgang der Wirtschaftsleistung gerechnet werden kann.

Info

Die Regionalisierung der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfordert eine Vielzahl an statistischen Basisinformationen der amtlichen Statistik, die erst mit einer Zeitverzögerung von etwa zwei Jahren zur Verfügung stehen. Soeben sind die Zahlen auf Verwaltungsbezirksebene für das Jahr 2007 erschienen. Ausführliche Informationen bietet der Beitrag „Bruttoinlandsprodukt in den kreisfreien Städten und Landkreisen“ ab Seite 751 in diesem Heft.

Außenhandel leidet unter der Wirtschaftskrise

Exporte gingen im 1. Halbjahr um ein Viertel zurück

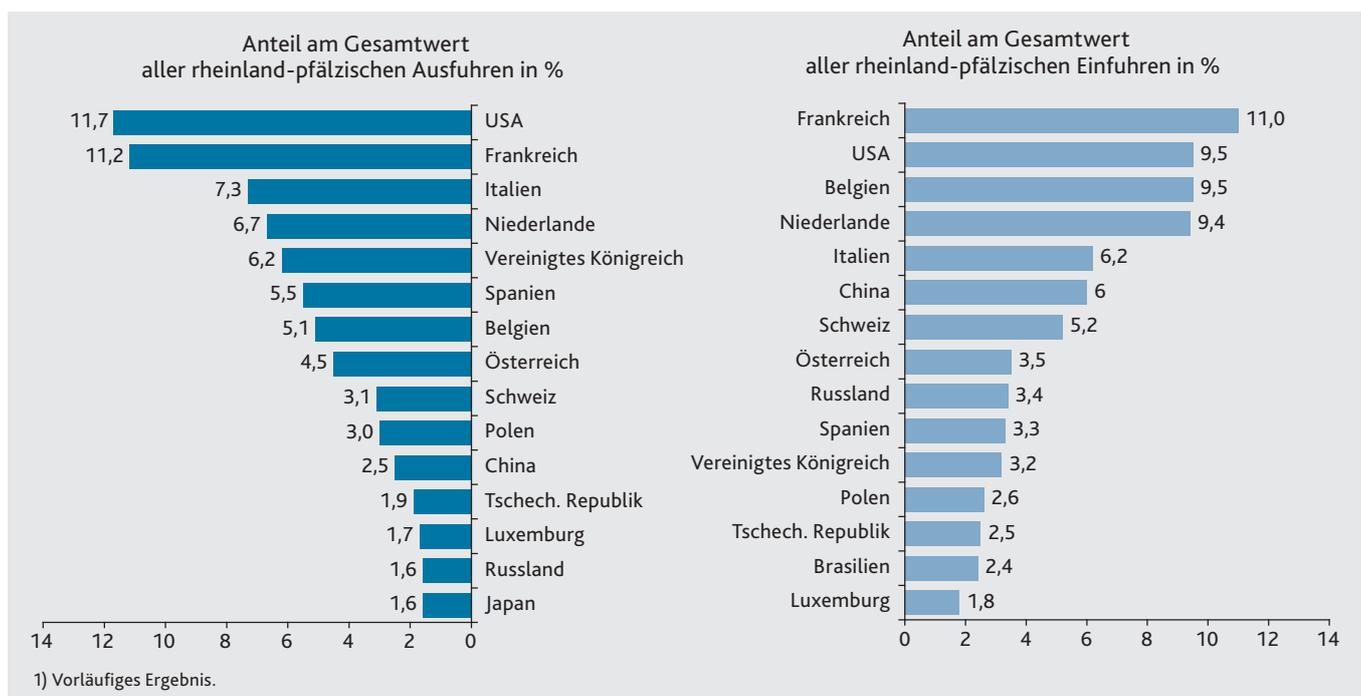
Der rheinland-pfälzische Außenhandel leidet unter den Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise. Nach vorläufigen Zahlen wurden im 1. Halbjahr 2009 Güter im Wert von 17,5 Mrd. Euro exportiert, das waren 25,2% weniger als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: -23,2%). Die Exporte fielen damit auf das Niveau von 2006 zurück, nachdem es in den vergangenen beiden Jahren deutliche Zuwächse gegeben hatte. Einbußen von mehr als 40% hatten die meisten Bereiche des Fahrzeugbaus zu verkraften. Auch in einigen Bereichen des Maschinenbaus gingen die Ausfuhren stark zurück (Bergwerks-, Bau- und

Baustoffmaschinen: -52,5%, landwirtschaftliche Maschinen: -31,4%). Der Export von pharmazeutischen Erzeugnissen blieb hingegen fast stabil (-0,9%).

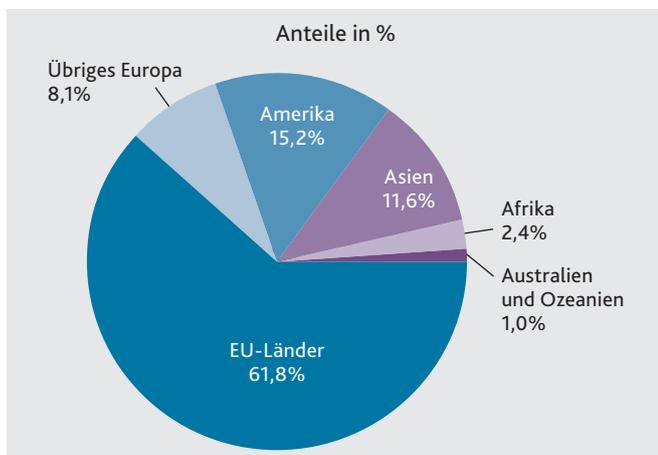
Die Importe verringerten sich ebenfalls. Der Wert der eingeführten Waren betrug 11,1 Mrd. Euro, was einer Abnahme um 17,7% gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 entsprach (Deutschland: -17,6%).

Fast 62% der Exporte gingen in Länder der Europäischen Union (EU). Die heimische Wirtschaft exportierte im 1. Halbjahr 2009 Waren im Wert von 10,8 Mrd. Euro in EU-Länder, das waren 26,6% weniger als im Vorjahreszeitraum. Innerhalb der Europäischen Union hat die Ausfuhr in Länder der Eurozone einen besonderen Stellenwert. Dorthin wurden von

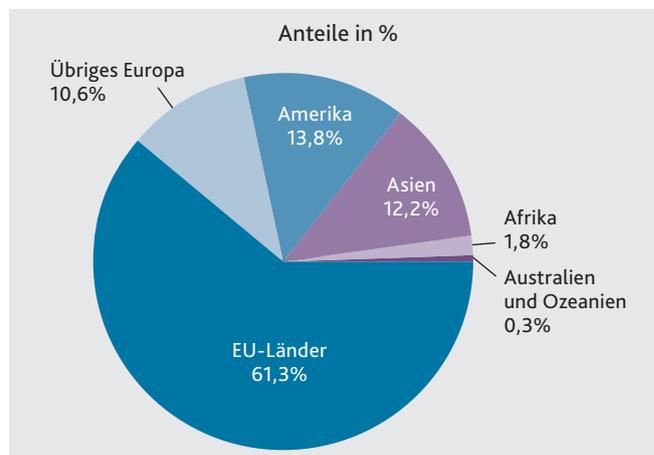
Die 15 wichtigsten rheinland-pfälzischen Außenhandelspartner im 1. Halbjahr 2009¹⁾



**Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz im
1. Halbjahr 2009 nach Bestimmungsregionen**



**Einfuhr nach Rheinland-Pfalz im
1. Halbjahr 2009 nach Herkunftsregionen**



Januar bis Juni 2009 Waren im Wert von 8 Mrd. Euro geliefert, 23,9% weniger als ein Jahr zuvor.

Das Volumen der Exporte in Länder außerhalb der Europäischen Union ging im 1. Halbjahr 2009 um 22,9% auf 6,7 Mrd. Euro zurück. Besonders stark fiel die Abnahme der Ausfuhren in mittel- und osteuropäische Staaten aus (-40,9%).

Die USA, Frankreich und Italien waren im 1. Halbjahr 2009 die wichtigsten Abnehmerländer für Waren der rheinland-pfälzischen Exporteure.

Im 1. Halbjahr 2009 wurden Güter im Wert von 6,8 Mrd. Euro aus EU-Ländern importiert, was einen Rückgang gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 um 23,2% ausmachte. Insgesamt entfielen 61,3% aller Einfuhren auf EU-Mitgliedsstaaten. Aus den Ländern der Eurozone wurden Waren im Wert von 5,3 Mrd. Euro importiert, 24,6% weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Einfuhren aus Nicht-EU-Staaten verringerten sich gegenüber dem Vor-

jahreszeitraum um 7,1% auf 4,3 Mrd. Euro. Dieser im Vergleich zur Gesamtentwicklung der Importe moderate Rückgang ist auf einen Anstieg der Einfuhren aus den USA zurückzuführen (+29,3%), der im Wesentlichen durch Warenrücksendungen zu erklären ist. Auch Importe aus Brasilien, das auf der Einfuhrseite zu den 15 wichtigsten Handelspartnern von Rheinland-Pfalz gehört, nahmen deutlich zu (+25,3%).

Die drei wichtigsten rheinland-pfälzischen Handelspartner im Warenimport waren Frankreich, die USA und Belgien.

Deutlicher Anstieg der Unternehmensinsolvenzen

Verbraucherinsolvenzen leicht rückläufig

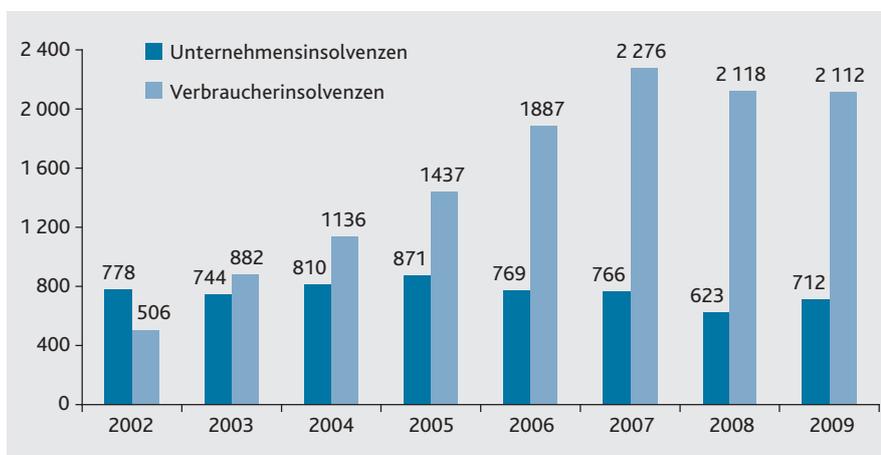
Die Wirtschaftskrise wird für eine wachsende Zahl von Unternehmen zur existenziellen Bedrohung. Rund 710 Unternehmen mussten im 1. Halbjahr 2009 einen Insolvenz-

antrag stellen, das waren 14,3% mehr als im Vorjahreszeitraum. Noch stärker erhöhten sich die geltend gemachten Forderungen der Gläubiger: Sie lagen mit 466 Mill. Euro um 27,6% über dem Vorjahreswert.

Trotz des starken Anstiegs gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist die Zahl der Insolvenzen im mehrjährigen Vergleich nicht außergewöhnlich hoch: Im 1. Halbjahr 2009 wurde die zweitniedrigste Zahl von Insolvenzen seit 2002 ermittelt. Allerdings war die Höhe der voraussichtlichen Forderungen im Vergleich zu den Vorjahren überdurchschnittlich, und es waren mehr Beschäftigte von Unternehmensinsolvenzen betroffen als in den ersten sechs Monaten der Jahre 2002 bis 2008. Daraus folgt, dass im 1. Halbjahr 2009 vermehrt größere Unternehmen Insolvenz beantragen mussten.

In fast allen bedeutenden Wirtschaftsbereichen nahmen die Insolvenzen gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu, lediglich im Bereich „Handel; Instand-

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2002–2009



haltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen" lagen die Insolvenzen um 7,2% unter dem Vorjahresniveau. Die meisten Unternehmensinsolvenzen verzeichnete das Baugewerbe (142), gefolgt vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (125) und dem „Verarbeiten des Gewerbe“ (76).

Die Insolvenzhäufigkeit war im Landkreis Neuwied mit 8,2 Unternehmensinsolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen am höchsten. Unter den kreisfreien Städten erreichte Koblenz den höchsten Wert (7,8). Am niedrigsten war die Insolvenzhäufigkeit im Landkreis Südliche Weinstraße (1,2). Landau in der Pfalz wies unter den kreisfreien Städten den günstigsten Wert auf (1,9).

Auf die Verbraucherinsolvenzen hatte die Wirtschaftskrise im 1. Halbjahr 2009 noch keine erkennbaren Auswirkungen: Der Vorjahreswert wurde mit 2 112 Fällen geringfügig unterschritten (-0,3%). Die Summe der geltend gemachten Forderungen belief sich

auf 127 Mill. Euro, 15% weniger als im Vorjahreszeitraum.

Mit 29 Fällen je 10 000 Einwohner gab es die meisten Verbraucherinsolvenzen in der kreisfreien Stadt Pirmasens. Unter den Landkreisen wies Kaiserslautern den höchsten Wert auf (7,9). Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten erreichte Landau in der Pfalz (3,7). Noch geringer war die Insolvenzhäufigkeit mit 1,2 Insolvenzen je 10 000 Einwohner im Landkreis Cochem-Zell, der unter den Landkreisen das günstigste Ergebnis verzeichnete.

Mehr Betriebe im 1. Halbjahr gegründet

Zahl der Betriebsaufgaben wächst ebenfalls

In Rheinland-Pfalz wurden im 1. Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr Betriebe gegründet, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche

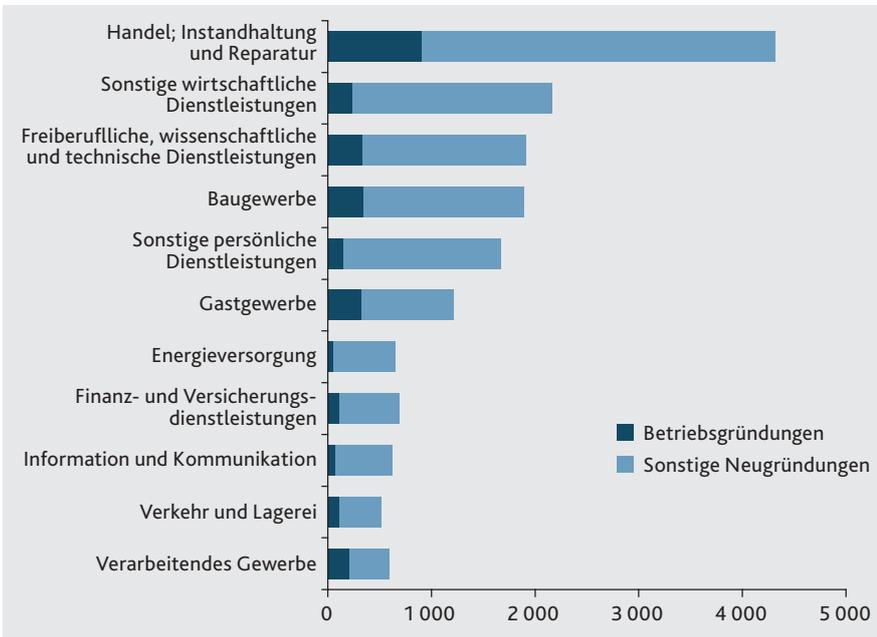
Relevanz vermutet werden kann. Die Zahl der Betriebsgründungen stieg gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 um 6,1% auf 3 162. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 28,8%. Dahinter folgte das Baugewerbe mit einem Anteil von 11%. Rund 10,8% der Betriebsgründungen entfielen auf den Bereich „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“, zu dem unter anderem Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Architektur, Werbung und Übersetzung zählen.

Werden die Betriebsgründungen in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt, so erreichte unter den kreisfreien Städten Kaiserslautern mit 15,4 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohner die höchste Quote. Unter den Landkreisen lag der Landkreis Ahrweiler mit einer Quote von 11,2 vorn. Die niedrigste Gründungsaktivität verzeichneten die kreisfreie Stadt Worms (6,9) bzw. der Landkreis Kusel (3,1).

Die Zahl der sonstigen Neugründungen stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,7% auf 14 464. Als sonstige Neugründungen werden Gewerbe ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte bezeichnet, die keine sozialversicherungs-

Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen im 1. Halbjahr 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



pflichtig versicherten Arbeitnehmer beschäftigt. Gut die Hälfte dieser sonstigen Neugründungen erfolgte im Nebenerwerb.

Insgesamt wurden im 1. Halbjahr 2009 21300 Gewerbe angemeldet, 3,1% mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Großteil der Gewerbebeanmeldungen entfiel auf Neugründungen (82,7%). 9,3% der Meldungen waren durch Zuzüge in einen Gewerbeamtsbezirk veranlasst, 7,4% durch Übernahmen und 0,6% durch Umwandlungen.

Im 1. Halbjahr 2009 wurden 2929 Betriebe aufgegeben, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen (+3,9%). Die Zahl der sonstigen Stilllegungen ging gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,2% auf 12002 zurück. Insgesamt wurden 18479 Gewerbe abgemeldet, 0,8% mehr als im Vorjahreszeitraum.

Starker Rückgang der Baugenehmigungen

Entwicklung in den Städten günstiger als auf dem Land

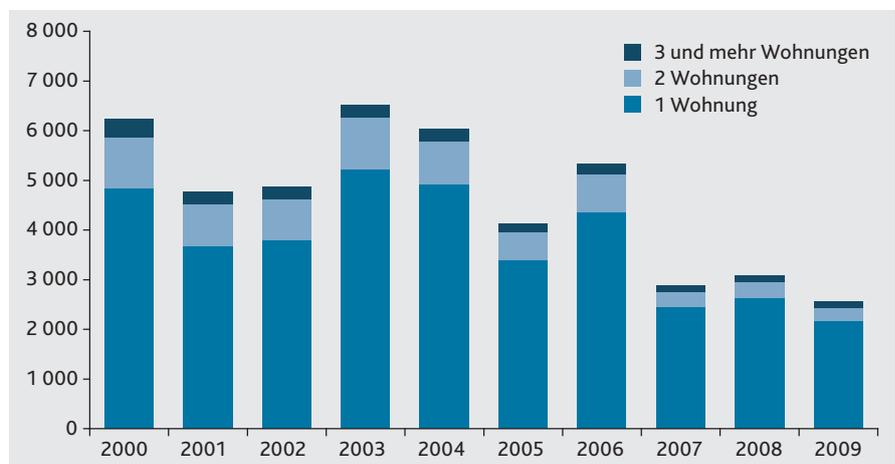
Die Nachfrage nach neuen Wohnungen geht weiter zurück. Im 1. Halbjahr 2009 wurden in Rheinland-Pfalz 2554 neue Wohngebäude genehmigt,

das waren 17% weniger als im Vorjahreszeitraum. Einen Rückgang gab es auch bei der Zahl der genehmigten Wohnungen. Sie lag mit 3557 um 12,3% niedriger als im Vorjahr. Damit setzt sich der längerfristige Trend sinkender Baugenehmigungen fort, der u. a. durch die demografische Entwicklung und ein wachsendes Angebot an Gebrauchtimmobilien erklärt werden kann.

Die veranschlagten Baukosten für die neu zu errichtenden Gebäude lagen im 1. Halbjahr bei 652 Mill. Euro, das waren 1,4% weniger als im 1. Halbjahr 2008. Von den Genehmigungen neuer Wohngebäude entfielen 2168 auf Einfamilienhäuser, 263 auf Zwei- und 123 auf Mehrfamilienhäuser.

Überdurchschnittlich viele Genehmigungen für neue Wohnungen gab es im 1. Halbjahr 2009 wieder entlang der Grenze zu Luxemburg sowie im Einzugsbereich der Wirtschaftszentren Rhein-Neckar und Rhein-Main. Während landesweit auf 10000

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2000–2009 nach Anzahl der Wohnungen



Einwohner rechnerisch rund neun genehmigte Wohnungen kamen, waren es im Eifelkreis Bitburg-Prüm 18,5 und im Landkreis Trier-Saarburg 17,4. Deutlich über dem Durchschnitt lagen auch die Landkreise Südliche Weinstraße (14) und Mainz-Bingen (12,1). Die relativ wenigsten Genehmigungen für neue Wohnungen gab es im Rhein-Lahn-Kreis (4,4), im Donnersbergkreis (4,5) und im Landkreis Bad Kreuznach (4,5). Unter den kreisfreien Städten wies Frankenthal mit 21,4 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohner den höchsten Wert auf. Pirmasens rangiert mit 2,6 genehmigten Wohnungen je 10 000 Einwohner am Ende der zwölf kreisfreien Städte.

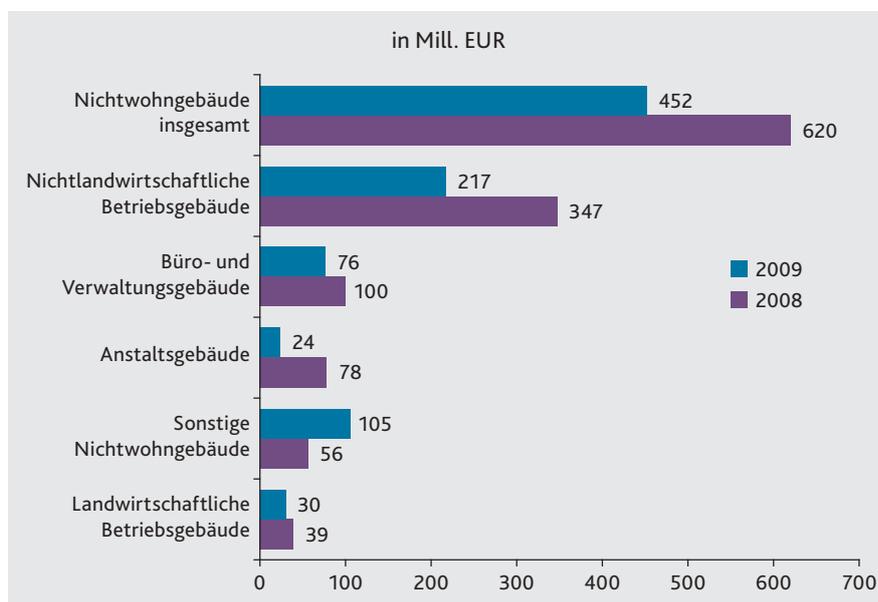
In den kreisfreien Städten verlief das 1. Halbjahr 2009 positiver als in den Landkreisen. In allen kreisfreien Städten außer Kaiserslautern und Pirmasens stieg die Zahl der genehmigten neuen Wohngebäude im Vorjahresvergleich. Dagegen war die Zahl der Baugenehmigungen in den meisten Landkreisen gegenüber 2008 rückläufig.

Starker Nachfragerückgang im Nichtwohnbau

Investitionsvolumen deutlich niedriger als im 1. Halbjahr 2008

Im Nichtwohnbau sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise deutlich spürbar. Im 1. Halbjahr 2009 wurden insgesamt 1 148 Genehmigungen für Neubauten und Maßnahmen an bestehenden Gebäuden erteilt, das

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2008 und 2009 nach Gebäudearten



waren 14,6% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Unter den genehmigten Bauprojekten waren 602 Neubauten, rund 22% weniger als im 1. Halbjahr 2008. Bei der Beurteilung der Entwicklung ist allerdings zu beachten, dass das Jahr 2008 außergewöhnlich positiv war und daher beim Vorjahresvergleich ein Basiseffekt auftritt.

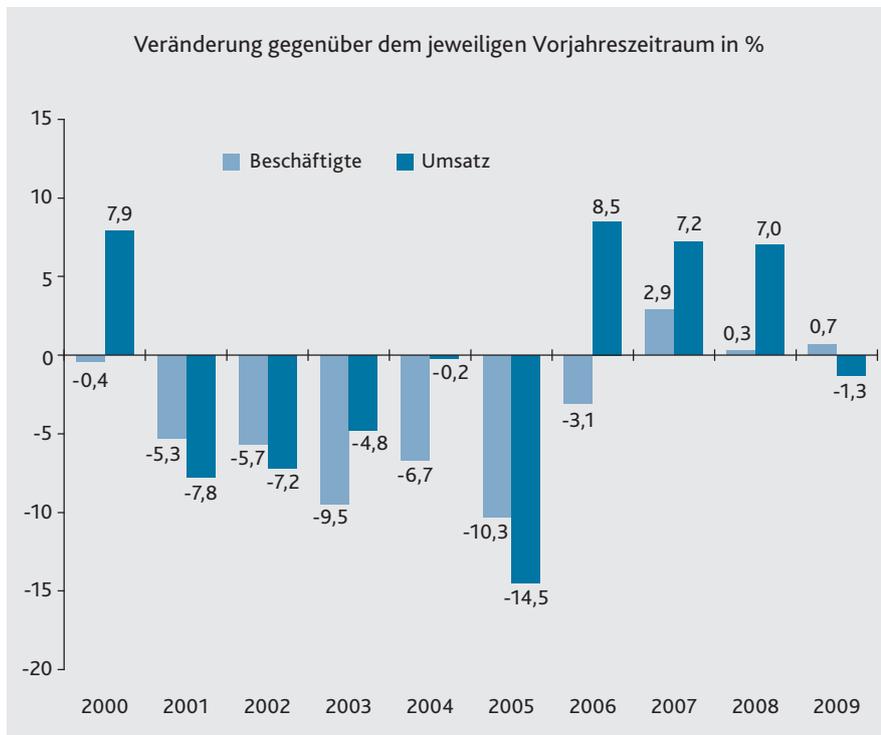
Für die Baumaßnahmen sind insgesamt 670 Mill. Euro veranschlagt, 21% weniger als im 1. Halbjahr 2008. Für Neubauten sind Baukosten in Höhe von 450 Mill. Euro vorgesehen (-27%). Die veranschlagten Kosten je Neubauvorhaben gingen um 6,3% auf 751 000 Euro zurück.

Die vorgesehene Nutzfläche der Neubauten sank um 21,4% auf 635 000 m². Allerdings ist auch hier der Basiseffekt zu beachten: Im Vorjahr war die Quadratmeterzahl auf-

grund einiger Großprojekte außergewöhnlich hoch, der Wert von 2007 war um mehr als ein Viertel übertroffen worden.

Im 1. Halbjahr 2009 wurden 329 neue nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude genehmigt, 25,6% weniger als im Vorjahreszeitraum. Bei den Handels- und Lagergebäuden, die mehr als die Hälfte dieser Neubauten ausmachen, war der Rückgang mit 23,1% etwas schwächer. Die darin vorgesehene Nutzfläche von rund 2,56 Mill. m² lag um fast 21% unter dem Vorjahreswert. Besonders stark war das Segment der Fabrik- und Werkstattgebäude von der Konjunkturschwäche betroffen: Hier wurden 83 Neubauten genehmigt, über ein Drittel weniger als im Vorjahreszeitraum. Die hierfür angesetzten Investitionen von rund 59 Mill. Euro unterschreiten den Vorjahreswert um 24,4%. Auch die Genehmigungen von

Umsatz und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe im 1. Halbjahr 2000–2009



neuen Büro- und Verwaltungsgebäuden gingen mit 32,4% überdurchschnittlich stark zurück.

Bauhauptgewerbe erzielte im 1. Halbjahr weniger Umsatz

Ausbaugewerbe legte deutlich zu

Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im 1. Halbjahr 2009 gesunken. Allerdings waren die Rückgänge deutlich geringer als in der Industrie. Auch im Vergleich mit der Baubranche in ganz Deutschland schnitten die rheinland-pfälzischen Betriebe besser ab. Sie erzielten von Januar bis Juni einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von gut 1,1 Mrd. Euro, das waren 1,3% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutsch-

land: -6,9%). Die Zahl der Beschäftigten lag im Juni 2009 mit 17 834 um 0,7% über dem Vorjahreswert (Deutschland: -0,6%).

Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass einzig der gewerbliche Hochbau einen Umsatzzuwachs verbuchen konnte (+10,3%). Deutlich weniger als im 1. Halbjahr 2008 setzte dagegen der Wohnungsbau um (-14,2%), aber auch der öffentliche Hochbau (-7,3%), der gewerbliche Tiefbau (-4,2%) und der öffentliche Tiefbau (-2,4%) erzielten geringere Umsätze als im Vorjahreszeitraum.

Die Auftragseingänge, die als Frühindikator Aussagen über die Entwicklung der Branche in der nahen Zukunft zulassen, blieben im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe

im 1. Halbjahr 2009 um 0,8% unter dem Vorjahresniveau. Der Hochbau bekam deutlich weniger Aufträge als im gleichen Vorjahreszeitraum (-12,2%), während die Bestellungen im Tiefbau stiegen (+11,9%).

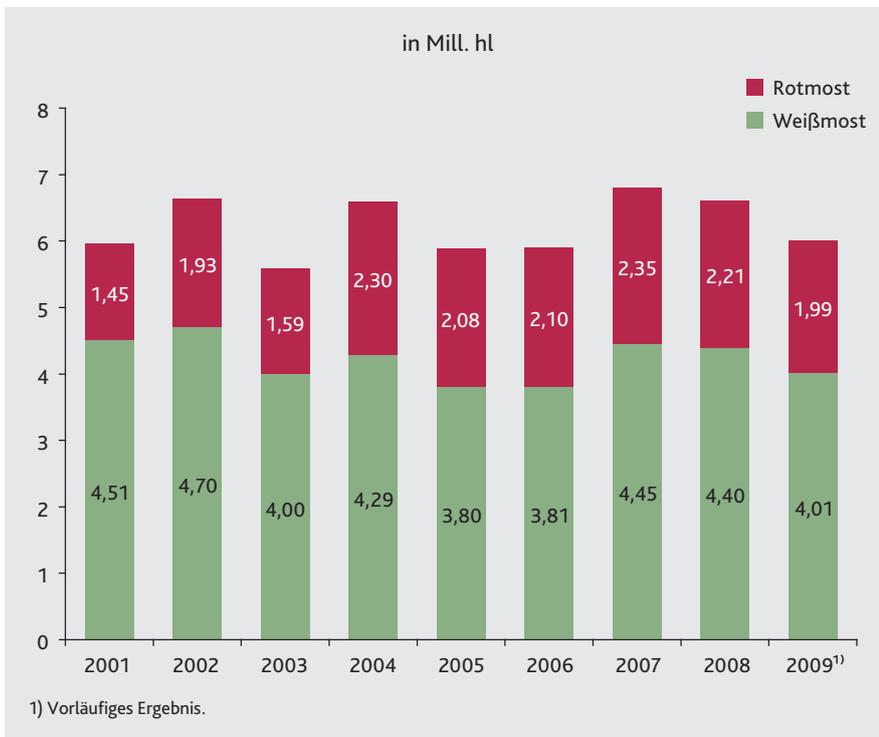
Eine positive Entwicklung meldete das Ausbaugewerbe, das im 1. Halbjahr 2009 einen ausbaugewerblichen Umsatz in Höhe von rund 556 Mill. Euro verbuchte und das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 4,3% übertraf (Deutschland: +2,2%). Die Zahl der Beschäftigten lag Ende Juni 2009 mit 13 024 um 9,4% höher als ein Jahr zuvor (Deutschland: +2,9%).

Weinmosternte von knapp 6 Mill. hl erwartet und damit unter dem langjährigen Durchschnitt

Die Ernteberichterstatter schätzten die Erntemenge für Weinmost Ende August auf knapp 6 Mill. hl. Sie läge damit um 7,3% unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 6,5 Mill. hl. Nach Schätzung der Weinbausachverständigen wird die endgültige Erntemenge des Vorjahres (6,6 Mill. hl) damit voraussichtlich um 9,3% unterschritten.

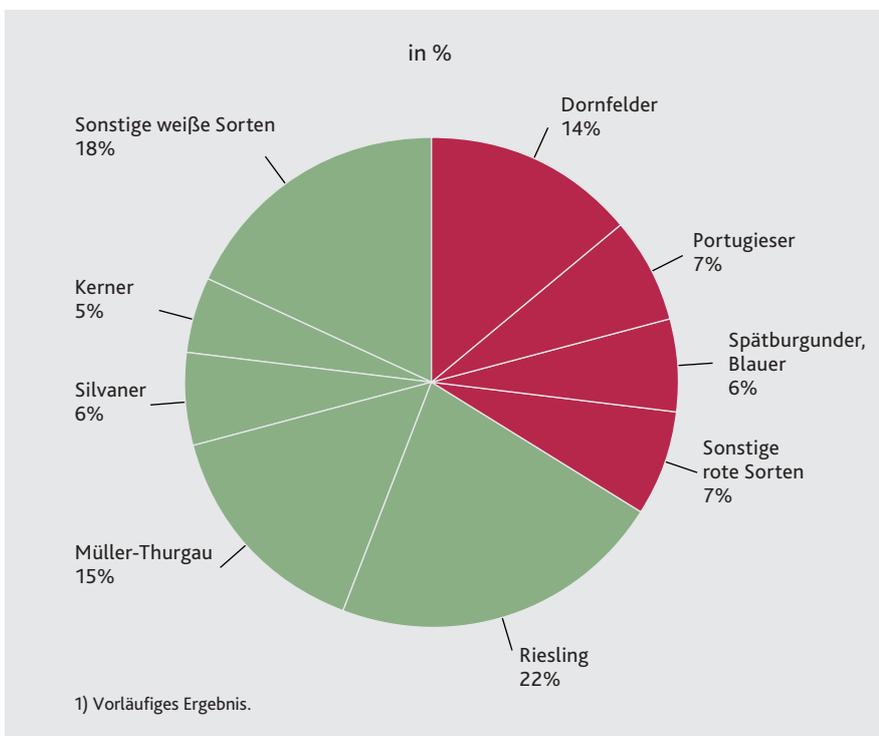
Ursache für die unterdurchschnittliche Weinmosternte sind die ungünstigen Witterungsbedingungen während der Blüte. Diese begann zwar zeitig, verzögerte sich dann aber aufgrund der niedrigen Temperaturen und häufigen Niederschläge. Als Folge davon wurde ein Teil der Blüten nicht befruchtet und von der Rebe abgeworfen (Verrieselungsschäden).

Weinmosternte 2001–2009



Die reduzierte Erntemengen und die optimalen Witterungsbedingungen in den vergangenen Wochen lassen einen qualitativ guten Jahrgang erwarten.

Die erwartete Weinmostmenge an Weißmost liegt mit 4 Mill. hl um 8,8% unter dem Vorjahreswert. Rotmost (2 Mill. hl) verfehlt die Erntemenge des Vorjahres um mehr als 10%. Die Ertragsrückgänge der mengenmäßig wichtigsten Rebsorten sind im Vergleich zum Vorjahr sehr unterschiedlich. Während beim Riesling (1,4 Mill. hl) nur eine um 5,2% kleinere Erntemenge erwartet wird, beträgt der Rückgang beim Müller-Thurgau –14% auf 900 000 hl. Beim Dornfelder wird mit 810 000 hl sogar eine um 19% kleinere Erntemenge geschätzt.

Weinmosternte 2009¹⁾ nach Rebsorten

Im Rahmen der Ernte- und Betriebsberichterstattung melden rund 360 Ernteberichterstatte(r)innen und Ernteberichterstatte(r) regelmäßig die Wachstumsstände der Reben und die Weinmosterträge. Bei den Ertragschätzungen wird immer davon ausgegangen, dass der weitere Witterungsverlauf keine Extreme aufweist.

Gemüseanbaufläche um 2,9% ausgedehnt

Gemüsebauern setzen auf Wurzel-, Knollen- oder Blattgemüse

Der Gemüseanbau gewinnt immer größere Bedeutung in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Innerhalb eines Jahres ist die Anbaufläche um 2,9% auf knapp 18 200 ha angestie-

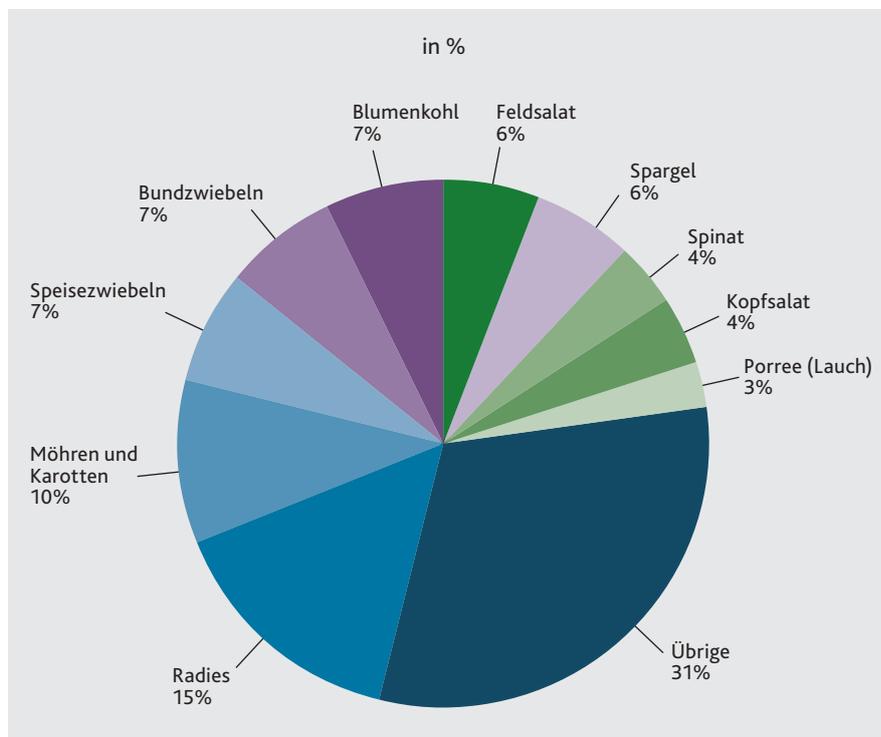
gen. Im Jahr 2008 betrug der Anteil der rheinland-pfälzischen Gemüseanbaufläche an der deutschen Gemüseanbaufläche 15%. Im Vergleich dazu liegt der rheinland-pfälzische Anteil an der deutschen landwirtschaftlich genutzten Fläche nur bei 4,3%.

In Rheinland-Pfalz werden zwar eine Vielzahl an Gemüsearten angebaut, flächenmäßig sind jedoch nur wenige Arten von Bedeutung. Fast ein Drittel der Fläche (5 400 ha) entfällt auf das Wurzel- und Knollengemüse, zu dem beispielsweise Radieschen und Möhren zählen. Das Blattgemüse, wozu Salate oder Spinat gehören, nimmt knapp ein Viertel (4 320 ha) der Fläche ein.

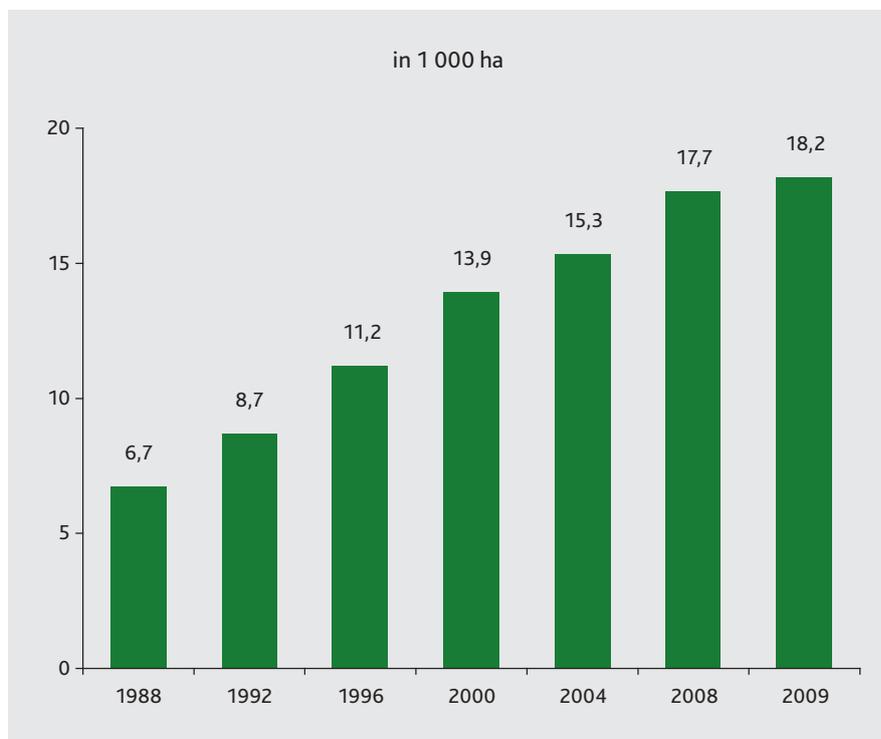
Allein Radieschen (2 770 ha) sowie Möhren und Karotten (1 890 ha) wachsen auf einem Viertel der Anbaufläche. Weitere wichtige Gemüsearten waren mit rund 1 300 ha Anbaufläche Speisezwiebeln, Bundzwiebeln (1 240 ha), Blumenkohl (1 200 ha), Feldsalat (1 130 ha) und Spargel (1 030 ha). Rucola, der kurzzeitig aus dem Verkauf genommen wurde, wird dieses Jahr auf einer Anbaufläche von 440 ha kultiviert. Der Anbau nimmt damit um gut 80 ha gegenüber dem Vorjahr zu.

Die rheinland-pfälzischen Gemüsebaubetriebe gehören darüber hinaus zu den größten in Deutschland. Im Vorjahr kam ein Betrieb im Durchschnitt auf 31,6 ha Gemüseanbaufläche im Freiland. Die Gemüseanbaubetriebe in Sachsen-Anhalt folgten mit 31,5 ha. Bundesweit bewirtschafteten die Betriebe im Durchschnitt nur 11 ha.

Gemüseanbaufläche auf dem Freiland 2009 nach Arten



Gemüseanbaufläche auf dem Freiland 1988–2009



Aus der amtlichen Statistik

Bevölkerung mit Migrationshintergrund Regionaldaten für Deutschland

Wie hoch ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in den Regionen Deutschlands, welche Bedeutung hat diese Personengruppe für den dortigen Arbeitsmarkt und wie stellt sich deren Lebenssituation dar? Diese und weitere Fragen lassen sich anhand der Publikationen „Bevölkerung nach Migrationsstatus regional“ beantworten. Die Veröffentlichungen, die für die Jahre 2005 bis 2007 vorliegen, erlauben Vergleiche zwischen Regionen in ganz Deutschland.

So lag in Rheinland-Pfalz der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung insgesamt im Jahr 2007 mit 18% knapp unter dem Bundesdurchschnitt von rund 19%. Im Saarland haben ebenfalls rund 17% der Einwohner einen Migrationshintergrund, in den anderen Nachbarländern liegen die Anteile höher (Baden-Württemberg: 25,3%; Hessen: 24,1%; Nordrhein-Westfalen: 23,4%).

In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Region Vorderpfalz (Kreisfreie Städte Frankenthal, Ludwigshafen, Neustadt an der Weinstraße und Speyer; Landkreise Bad Dürkheim und Rhein-Pfalz-Kreis) mit knapp 24% besonders hoch. Die Region Trier (Kreisfreie Stadt Trier; Landkreise Berncastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Vulkaneifel und Eifelkreis Bitburg-Prüm) hatte im Land mit 11% den niedrigsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund.

Rund 17% der rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen hatten einen Migrationshintergrund, das entspricht dem Bundesdurchschnitt. Auch bei den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund lag der Anteil in der Vorderpfalz mit 22% deutlich höher als in der Region Trier mit 10%.

Die Publikationen sind Gemeinschaftsprodukte der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und können als PDF-Dateien unter http://www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/migration/migration_regional.html kostenlos heruntergeladen werden. Damit trägt die amtliche Statistik dem wachsenden Bedarf an regionalisierten Daten zu diesem Thema Rechnung. Die dargestellten Regionen sind in der Regel Zusammenfassungen mehrerer kreisfreier Städte und Landkreise, sodass sich die statistischen Aussagen auf Gebiete mit in der Regel mindestens 500 000 Einwohnern beziehen. Für die neuen Bundesländer ist wegen des geringen Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund nur die Summe der fünf Flächenländer (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) ausgewiesen.

Basis der Publikationen sind Ergebnisse des Mikrozensus, der größten Haushaltsbefragung in Deutschland, bei der jährlich 1% der Bevölkerung unter anderem nach ihren Lebens- und Familienformen, ihrem Erwerbsverhalten und ihrer Ausbildung befragt werden. Dargestellt wird die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in den Bereichen „schulische und berufliche Bildung“, „Haushalte und Familien“, „Erwerbstätigkeit“ und „Lebensunterhalt“.

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen in diesem Kontext alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.



Verbraucherpreise im September 2009

Die Verbraucherpreise lagen im September im fünften Monat in Folge unter dem Vorjahresniveau. Der Verbraucherpreisindex sank im September im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,6%. Stärker als der Verbraucherpreisindex insgesamt sanken die Preise in den Hauptgruppen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-3,5%), „Verkehr“ (-3,2%) sowie bei den Ausgaben rund ums Wohnen (-1,2%). Ausschlaggebend für die Entwicklung in den beiden letztgenannten Gruppen waren erneut die Energiepreise, die im Vergleich zum September 2008 deutlich gesunken sind. Bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken verbilligten sich vor allem Gemüse (-9,6%), Speisefette und -öle (-11,8%) sowie Molkereiprodukte und Eier (-10,6%).

Alkoholische Getränke und Tabakwaren verteuerten sich dagegen binnen Jahresfrist merklich (+3,2%). Deutliche Preisanstiege gab es auch im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+1,8%) und bei den Einrichtungsgegenständen für den Haushalt und deren Instandhaltung (+2,4%).

Gegenüber dem Vormonat August sank der Verbraucherpreisindex um 0,5%. In den Hauptgruppen „Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen“ (-2,8%), „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-2%) und „Verkehr“ (-1,1%) waren gegenüber August 2009 überdurchschnittliche Preisrückgänge zu verzeichnen. Dagegen zogen die Preise für Bekleidung und Schuhe mit dem Ende des Sommerschlussverkaufs wieder deutlich an (+4,1%).

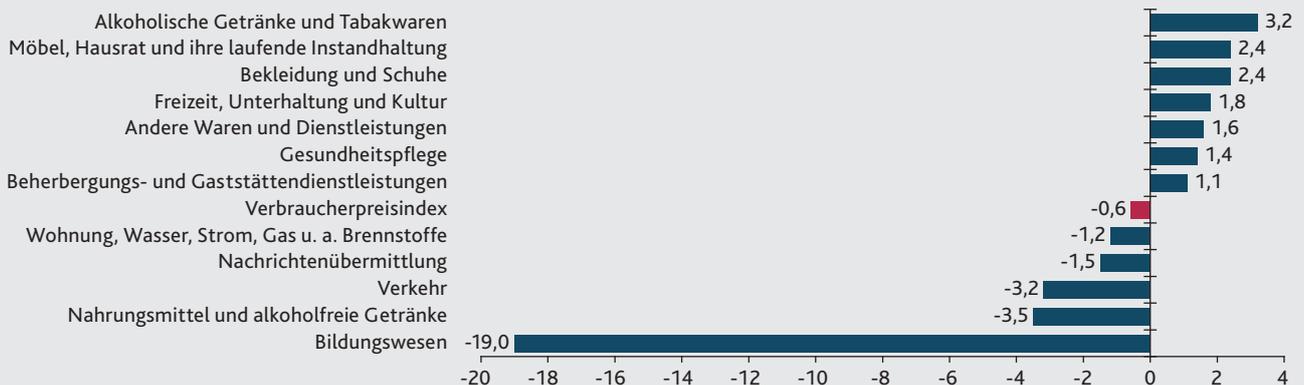
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

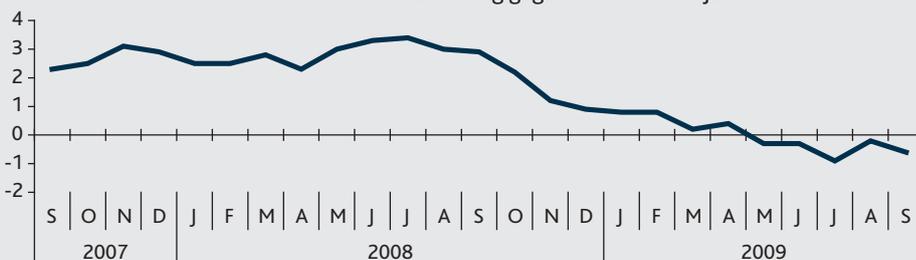
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2.000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17.000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2009

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber September 2008 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



September 2009

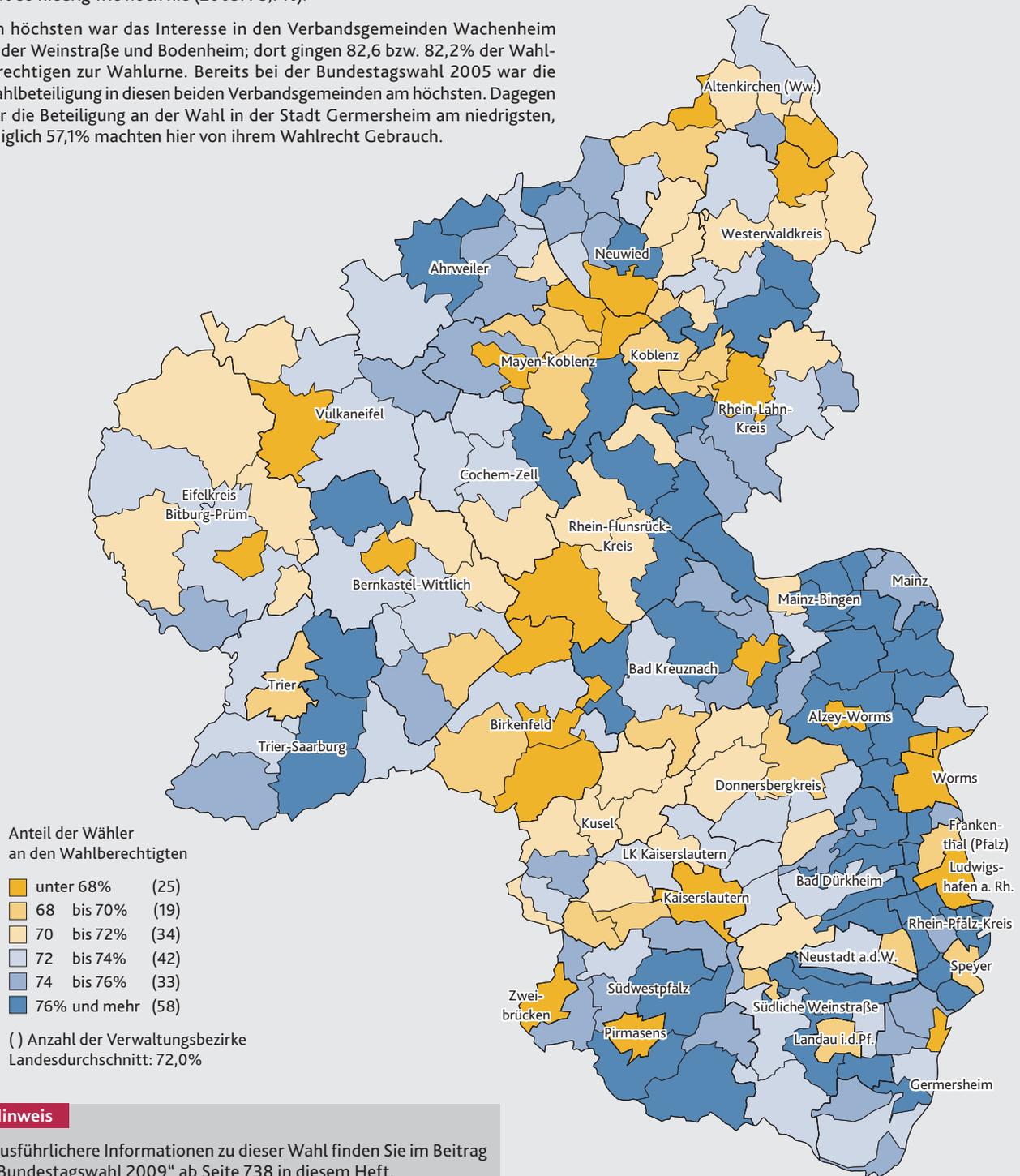
- Verbraucherpreisindex: -0,6%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
- Butter: -20,9%
- Kartoffeln: -21,8%

Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2009 nach Verwaltungsbezirken

Niedrigste Wahlbeteiligung an einer Bundestagswahl

Bei der Bundestagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz mit 72% so niedrig wie noch nie (2005: 78,7%).

Am höchsten war das Interesse in den Verbandsgemeinden Wachenheim an der Weinstraße und Bodenheim; dort gingen 82,6 bzw. 82,2% der Wahlberechtigten zur Wahlurne. Bereits bei der Bundestagswahl 2005 war die Wahlbeteiligung in diesen beiden Verbandsgemeinden am höchsten. Dagegen war die Beteiligung an der Wahl in der Stadt Germersheim am niedrigsten, lediglich 57,1% machten hier von ihrem Wahlrecht Gebrauch.



Bundestagswahl 2009

Von Romy Feldmann und Dr. Ludwig Böckmann

Am 27. September 2009 fand die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag statt. Nach dem amtlichen Endergebnis sind von den gültigen Zweitstimmen, die in Rheinland-Pfalz abgegeben wurden, 35% auf die CDU, 23,8% auf die SPD, 16,6% auf die FDP, 9,7% auf die GRÜNEN und 9,4% auf die Partei DIE LINKE entfallen; die sonstigen Parteien kamen zusammen auf 5,6%. Die Wahlbeteiligung belief sich in Rheinland-Pfalz auf 72%. Sie ist gegenüber der Bundestagswahl 2005 kräftig gesunken.

Wahlbeteiligung so gering wie nie zuvor

Kräftiger Rückgang der Wahlbeteiligung

In Rheinland-Pfalz waren bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag 3,1 Mill. Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Von ihrem demokratischen Grundrecht auf Stimmabgabe haben aber nur 2,23 Mill. Bürgerinnen und Bürger Gebrauch gemacht. Die Wahlbeteiligung sank auf 72% und war damit so niedrig wie noch nie zuvor bei einer Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz. Gegenüber 2005 nahm das Wahlinteresse um 6,7 Prozentpunkte ab. Bundesweit lag die Wahlbeteiligung bei 70,8% (-6,8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2005). Durch den Anstieg der Zahl der Nichtwähler erhielten insbesondere die großen Parteien weniger Stimmen.

Höchste Wahlbeteiligung im Wahlkreis Mainz

Die Wahlbeteiligung ist in allen rheinland-pfälzischen Bundestagswahlkreisen kräftig gesunken. Am stärksten war der Rückgang im Wahlkreis Ludwigshafen/Frankenthal (-8 Prozentpunkte). Das größte Wahlinteresse wurde mit 75,9% im Wahlkreis Mainz verzeichnet. Die niedrigste Beteiligung gab es mit lediglich 69,5% im Wahlkreis Kaiserslautern (-7 Prozentpunkte).

Ein bedeutender Einflussfaktor auf die Wahlbeteiligung war auch bei dieser Bundestagswahl die Höhe der Arbeitslosigkeit. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit war die Wahlbeteiligung mit 69% deutlich geringer als in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit (73,4%).

Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Wahlbeteiligung

Weniger ungültige Zweitstimmen

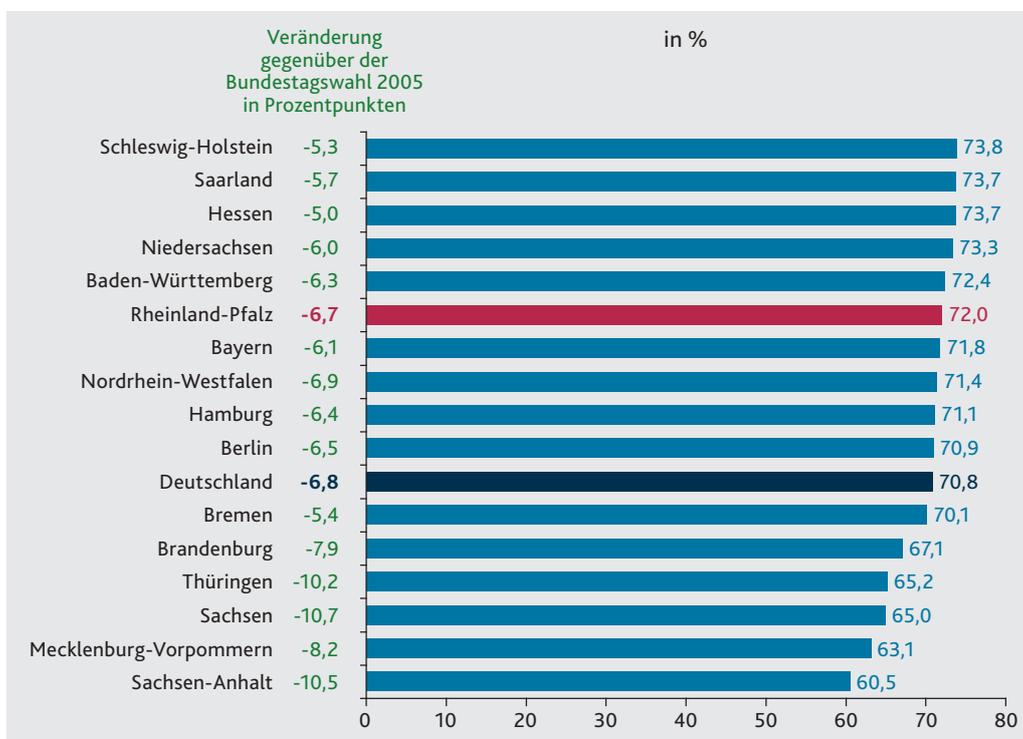
Von den abgegebenen Zweitstimmen waren 98,2% gültig und 1,8% ungültig. Damit nahm der Anteil der ungültigen Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2005 um 0,3 Prozentpunkte ab. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil der ungültigen Stimmen bei 1,5%.

Von den abgegebenen Erststimmen waren diesmal 97,6% gültig und 2,4% ungültig. Damit ist der Anteil der ungültigen Erststimmen im Vergleich zu 2005 unverändert geblieben. Im Bundesdurchschnitt belief sich der Anteil der ungültigen Erststimmen auf 1,7%. In Rheinland-Pfalz wie im Bundesgebiet war damit der Anteil der ungültigen Erststimmen höher als der Anteil der ungültigen Zweitstimmen.

Anteil der ungültigen Erststimmen unverändert

G 1

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 nach Ländern



CDU ist wieder stärkste Partei

In Rheinland-Pfalz ist die CDU aus dieser Bundestagswahl als stärkste Partei hervorgegangen. Sie hat im Vergleich zu 2005 allerdings in beträchtlichem Ausmaß Stimmen verloren.

Zweitstimmenanteil der CDU sinkt um 1,9 Prozentpunkte

Von den 2,19 Mill. abgegebenen und gültigen Zweitstimmen erzielte die Union rund 767 500. Das waren etwa 110 100 Zweitstimmen bzw. 12,5% weniger als bei der Bundestagswahl 2005. Der Anteil an den gültigen Zweitstimmen, der grundsätzlich über die Stärke der Partei im Deutschen Bundestag entscheidet, belief sich bei der CDU auf 35%. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 sank der Zweitstimmenanteil der Union um 1,9 Prozentpunkte. Die Christdemokraten mussten damit das zweitschlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz hinnehmen.

Bundesweit kam die Union auf 33,8% der Zweitstimmen (-1,4 Prozentpunkte).

Auf der Ebene der Wahlkreise erreichte die CDU in Rheinland-Pfalz ihren höchsten Zweitstimmenanteil im Wahlkreis Bitburg; dort errang die Partei 41% (-2,9 Prozentpunkte gegenüber 2005). Den geringsten Anteil bekam die Union mit 28,2% im Wahlkreis Kaiserslautern (-1,4 Prozentpunkte). Nur in einem Wahlkreis – im Wahlkreis Trier – konnte die CDU einen leichten Zugewinn verbuchen (+0,8 Prozentpunkte). Den höchsten Anteilsverlust musste die Partei im Wahlkreis Montabaur hinnehmen (-3,5 Prozentpunkte).

Höchster Zweitstimmenanteil der CDU im Wahlkreis Bitburg

Die Erststimmen entscheiden über die Vergabe der Bundestagsmandate an die Direktkandidaten der Parteien. Von den insgesamt 2,37 Mill. abgegebenen und gültigen Erststimmen holte die CDU in Rheinland-Pfalz

Erststimmenanteil der CDU sinkt um 1,8 Prozentpunkte

T 1

Wahlberechtigte, Wähler, ungültige sowie gültige Erst- und Zweitstimmen der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009

Merkmal	Erststimmen				Zweitstimmen			
	2009		Veränderung 2009 zu 2005		2009		Veränderung 2009 zu 2005	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Prozentpunkte
Wahlberechtigte	3 103 878	-	19 707	-	3 103 878	-	19 707	-
Wähler	2 233 548	72,0	- 194 433	-6,7	2 233 548	72,0	- 194 433	-6,7
Ungültige Zweitstimmen	52 988	2,4	- 5 131	-0,0	40 419	1,8	- 10 223	-0,3
Gültige Zweitstimmen	2 180 560	97,6	- 189 302	0,0	2 193 129	98,2	- 184 210	0,3
CDU	903 528	41,4	- 121 306	-1,8	767 487	35,0	- 110 145	-1,9
SPD	640 617	29,4	- 305 693	-10,6	520 990	23,8	- 301 084	-10,8
FDP	231 938	10,6	101 130	5,1	364 673	16,6	85 728	4,9
GRÜNE	174 941	8,0	75 172	3,8	211 971	9,7	39 071	2,4
DIE LINKE	177 323	8,1	66 294	3,4	205 180	9,4	73 026	3,8
NPD	34 514	1,6	- 1 967	0,0	26 077	1,2	- 4 935	-0,1
REP	3 631	0,2	- 7 922	-0,3	18 208	0,8	- 8 132	-0,3
FAMILIE	3 140	0,1	3 140	0,1	22 279	1,0	- 3 297	-0,1
PBC	x ²⁾	x ²⁾	x ²⁾	x ²⁾	5 823	0,3	- 3 203	-0,1
MLPD	210	0,0	- 227	-0,0	650	0,0	- 1 030	-0,0
DVU	x ¹⁾²⁾	x ¹⁾²⁾	x ¹⁾²⁾	x ¹⁾²⁾	1 729	0,1	1 729	0,1
ödp	2 384	0,1	2 384	0,1	6 334	0,3	6 334	0,3
PIRATEN	3 188	0,1	3 188	0,1	41 728	1,9	41 728	1,9

1) Kein Kandidat bei der Bundestagswahl 2005. – 2) Kein Kandidat bei der Bundestagswahl 2009.

903 445. Das waren rund 121 600 bzw. knapp 12% weniger Erststimmen als 2005. Der Erststimmenanteil der Union lag bei 41,4% und damit 1,8 Prozentpunkte niedriger als 2005.

rund 18%. In Verbindung mit den Einbußen der SPD an Erststimmen gegenüber der Bundestagswahl 2005, die zu einem Verlust von drei Direktmandaten führten, ergaben sich für die CDU zwei Überhangmandate.

CDU bekommt rund 135 900 mehr Erst- als Zweitstimmen

Die Zahl der Erststimmen der CDU übersteigt traditionell ihre Zweitstimmenzahl. Das ist eine Voraussetzung für die Entstehung von Überhangmandaten. Die Partei erhält dann mehr Mandate, als ihr aufgrund ihres Zweitstimmenanteils zustehen. Bei dieser Wahl erzielte die CDU bundesweit 2,4 Mill. mehr Erst- als Zweitstimmen. Dies trug dazu bei, dass die Union insgesamt 24 Überhangmandate erhielt. Erstmals bei einer Bundestagswahl entstanden auch in Rheinland-Pfalz Überhangmandate. Die CDU bekam in Rheinland-Pfalz gut 135 900 mehr Erst- als Zweitstimmen. Der Unterschied (bezogen auf die Zweitstimmen) belief sich auf

Das beste Erststimmenergebnis bekamen die Christdemokraten im Wahlkreis Mosel/Rhein-Hunsrück. Dort holte der Direktkandidat der CDU einen Anteil von 47,7%. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 musste die Union hier aber eine Einbuße von 2,4 Prozentpunkten hinnehmen. Den geringsten Erststimmenanteil erhielt der Direktkandidat der CDU mit 32,8% im Wahlkreis Kaiserslautern. Auch hier verlor der Direktkandidat der Christdemokraten Stimmenanteile (-2,5 Prozentpunkte). Anteilswachse bei den Erststimmen konnte die CDU nur in zwei Wahlkreisen erzielen. Der Direktkandidat der Partei im Wahlkreis

Höchster Erststimmenanteil der Union im Wahlkreis Mosel/Rhein-Hunsrück

Kreuznach verbuchte einen Zuwachs um 4 Prozentpunkte und der Kandidat im Wahlkreis Trier ein Plus von 2,6 Prozentpunkten. Den stärksten Verlust gab es für den Direktkandidaten der CDU im Wahlkreis Neuwied mit einem Minus von 4,3 Prozentpunkten.

CDU bekommt in allen Wahlkreisen mehr Erst- als Zweitstimmen

In allen rheinland-pfälzischen Wahlkreisen hat die CDU mehr Erst- als Zweitstimmen errungen. Die höchste absolute Differenz zwischen den Erst- und den Zweitstimmen gab es im Wahlkreis Kreuznach. Dort holte der Unionskandidat fast 17 900 mehr Erststimmen als die Partei an Zweitstimmen gewinnen konnte.

Nach wie vor erreichen die Christdemokraten ihre besten Wahlergebnisse in Gebieten mit einem hohen Katholikenanteil. In diesen Regionen bekam die CDU bei dieser Wahl 39,6 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Ihr Ergebnis lag dort um 4,6 Prozent-

punkte über ihrem Landesergebnis und um fast neun Prozentpunkte über ihrem Ergebnis in Regionen mit einem niedrigen Katholikenanteil. Aber auch in den Gebieten mit einem hohen Katholikenanteil hat die CDU Zweitstimmenanteile verloren, und zwar mit 2,6 Prozentpunkten sogar mehr als im Landesdurchschnitt (-1,9 Prozentpunkte).

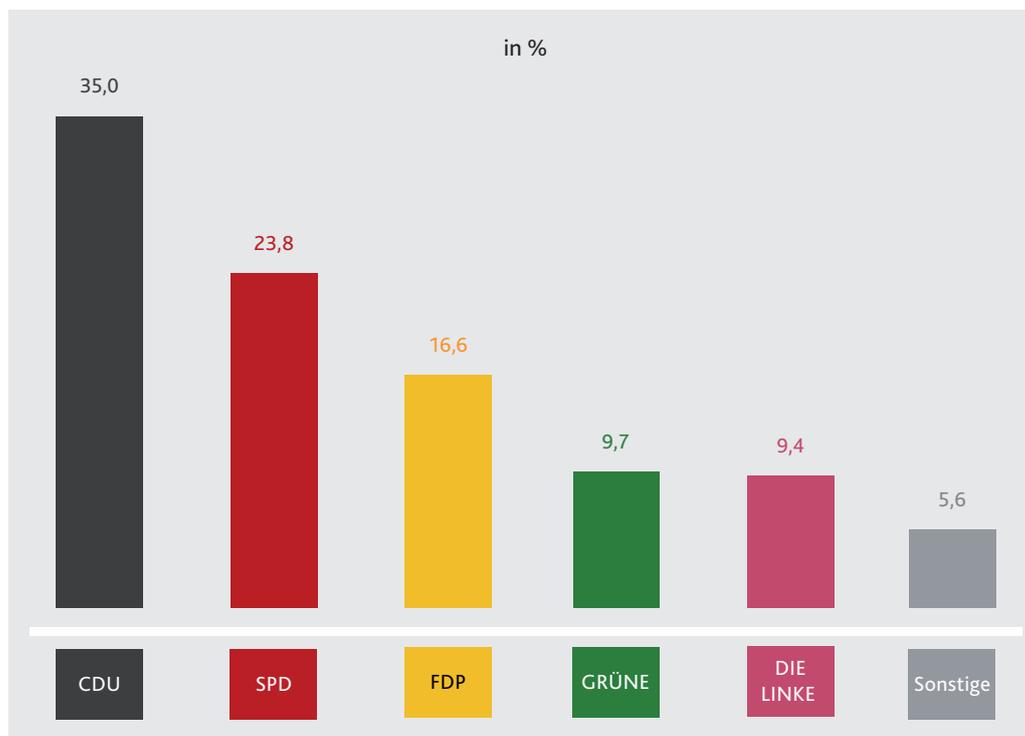
Zweitstimmenanteil der SPD dramatisch gesunken

Die SPD errang bei dieser Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz gut 520 900 Zweitstimmen; das waren rund 301 100 bzw. 37% weniger als vor vier Jahren. Der Zweitstimmenanteil der Sozialdemokraten ist dadurch im Vergleich zu 2005 um 10,8 Prozentpunkte auf 23,8% gesunken. Deutschlandweit verringerte sich das Anteilsergebnis der SPD auf 23% (-11,2 Prozentpunkte). Das ist

SPD erhält 37% weniger Zweitstimmen

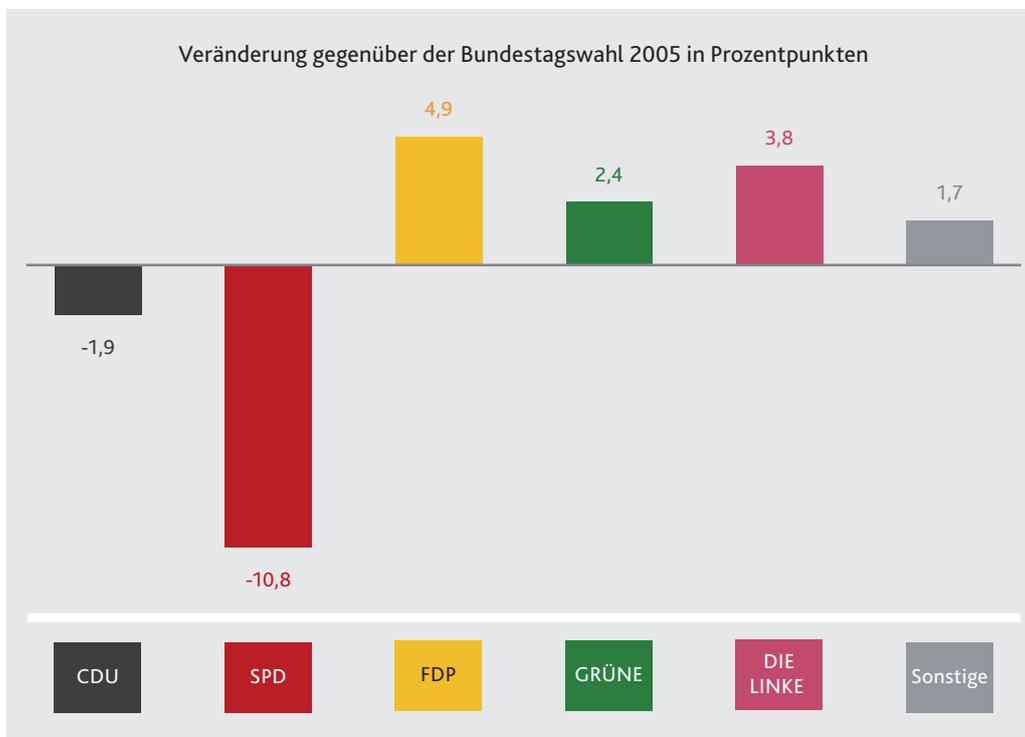
G 2

Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2009



G 3

Veränderung der Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2009



sowohl in Rheinland-Pfalz als auch bundesweit das schlechteste Ergebnis der Sozialdemokraten bei einer Wahl zum Deutschen Bundestag.

Bestes Zweitstimmen-ergebnis im Wahlkreis Kaiserslautern

Die Wahlkreisbetrachtung zeigt, dass die SPD am besten im Wahlkreis Kaiserslautern abgeschnitten hat. In diesem Wahlkreis holte sie 27,7% der gültigen Zweitstimmen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 musste die Partei aber auch hier erhebliche Einbußen hinnehmen (-11,2 Prozentpunkte). Das schlechteste Ergebnis gab es für die Sozialdemokraten im Wahlkreis Bitburg, wo sie nur auf einen Zweitstimmenanteil von 19,1% kamen (-10,9 Prozentpunkte). Die SPD konnte in keinem der 15 rheinland-pfälzischen Wahlkreise Zweitstimmengewinne erzielen. Den stärksten Verlust gab es im Wahlkreis Trier mit einem Minus von 13,9 Prozentpunkten.

An Erststimmen erhielt die SPD bei dieser Bundestagswahl knapp 640 400. Damit bekamen die 15 Direktkandidaten der Partei zusammen rund 305 900 bzw. fast ein Drittel weniger Stimmen als noch bei der Wahl 2005. Der Erststimmenanteil der Sozialdemokraten sank dadurch um 10,5 Prozentpunkte auf 29,4%. Dies führte gegenüber 2005 zu einem Verlust von drei Direktmandaten.

Drei Direktmandate verloren

Auch bei der SPD übersteigt die Erststimmenzahl traditionell die Zahl der Zweitstimmen. Bei dieser Wahl war die Zahl der Erststimmen der SPD um knapp 119 500 bzw. 23% höher als ihre Zweitstimmenzahl. Bei der SPD ist die Schere zwischen den Erst- und den Zweitstimmen im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 weiter aufgegangen (um rund 8 Prozentpunkte), da ihre Zweitstimmenverluste deutlich höher waren als ihre Einbußen bei den Erststimmen.

Verluste bei Zweitstimmen höher als bei Erststimmen

T 2

Wahlbeteiligung und Erststimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Bundestagswahl 2009 nach Wahlkreisen

Wahlkreise	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE
	%	Anteil an gültigen Stimmen in %				
198 Neuwied	71,2	39,2	36,4	10,6	5,6	6,7
199 Ahrweiler	71,2	45,5	24,9	15,0	7,4	6,1
200 Koblenz	70,6	44,1	28,1	9,6	9,7	7,3
201 Mosel/Rhein-Hunsrück	72,6	47,7	23,7	12,5	7,7	7,2
202 Kreuznach	69,9	47,0	28,7	6,7	6,7	8,9
203 Bitburg	71,3	46,1	24,1	13,9	8,0	6,9
204 Trier	72,2	45,7	25,9	8,3	10,5	8,6
205 Montabaur	72,4	43,2	29,4	10,9	7,1	7,9
206 Mainz	75,9	36,3	30,6	11,8	12,6	5,7
207 Worms	72,9	36,0	37,6	9,7	7,3	7,1
208 Ludwigshafen/Frankenthal	70,6	38,4	32,4	8,6	6,2	8,6
209 Neustadt-Speyer	74,2	44,6	25,2	9,3	8,6	7,8
210 Kaiserslautern	69,5	32,8	34,6	9,2	6,8	13,9
211 Pirmasens	71,1	39,4	27,1	11,1	7,0	12,6
212 Südpfalz	72,9	40,7	27,7	12,7	8,3	7,2
Rheinland-Pfalz	72,0	41,4	29,4	10,6	8,0	8,1
Veränderung gegenüber 2005 in Prozentpunkten						
198 Neuwied	-7,2	-4,3	-7,9	6,6	3,3	2,8
199 Ahrweiler	-7,5	-4,1	-11,1	9,2	3,5	2,3
200 Koblenz	-7,0	-1,3	-11,1	5,0	4,3	3,1
201 Mosel/Rhein-Hunsrück	-7,0	-2,4	-9,0	4,9	3,7	2,8
202 Kreuznach	-7,1	4,0	-13,0	2,2	2,8	4,2
203 Bitburg	-7,1	-2,9	-12,3	8,1	4,2	3,1
204 Trier	-5,4	2,6	-14,7	3,9	4,9	4,2
205 Montabaur	-6,5	-3,4	-8,9	6,3	3,3	3,6
206 Mainz	-5,3	-2,9	-10,3	3,1	6,8	2,0
207 Worms	-6,5	-1,3	-8,2	3,5	3,4	2,5
208 Ludwigshafen/Frankenthal	-7,9	-1,3	-10,9	4,2	2,7	4,1
209 Neustadt-Speyer	-6,6	-0,2	-12,9	4,7	3,8	3,9
210 Kaiserslautern	-7,0	-2,5	-9,6	4,2	2,5	5,6
211 Pirmasens	-6,9	-3,0	-9,5	4,9	3,8	4,4
212 Südpfalz	-7,0	-2,5	-10,0	6,4	3,5	3,3
Rheinland-Pfalz	-6,7	-1,8	-10,5	5,1	3,8	3,4

SPD verliert
in allen
Wahlkreisen
Erststimmen-
anteile

In Rheinland-Pfalz erzielte die SPD ihr bestes Erststimmenergebnis im Wahlkreis Worms mit 37,6% (-8,2 Prozentpunkte gegenüber 2005). Den niedrigsten Erststimmenanteil gab es im Wahlkreis Mosel/Rhein-Hunsrück mit 23,7% (-9 Prozentpunkte). Die sozialdemokratischen Direktkandidaten haben in allen Wahlkreisen Stimmenanteile verloren. Am höchsten war der Verlust im Wahlkreis Trier mit einem Minus von 14,7 Prozentpunkten. Am wenigsten hat der SPD-Direktkandidat im Wahlkreis Neuwied verloren (-7,9 Prozentpunkte).

Auch die SPD hat in allen Wahlkreisen mehr Erst- als Zweitstimmen geholt. Die größte absolute Differenz zwischen den Erst- und den Zweitstimmen gab es für die Partei im Wahlkreis Neuwied. Dort holte die sozialdemokratische Direktkandidatin rund 19 300 bzw. 46% mehr Stimmen, als die Partei an Zweitstimmen gewinnen konnte. Der Erststimmenanteil der SPD-Kandidatin war um 11,5 Prozentpunkte höher als der Zweitstimmenanteil der Partei.

Traditionell ist die SPD bei Wahlen stark in Regionen mit einem hohen Anteil an evan-

T 3

Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Bundestagswahl 2009 nach Wahlkreisen

Wahlkreise	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE
	Anteil an gültigen Stimmen in %				
198 Neuwied	36,0	24,9	16,9	8,2	9,0
199 Ahrweiler	39,9	21,1	18,9	8,5	7,4
200 Koblenz	36,0	23,8	17,4	10,1	8,2
201 Mosel/Rhein-Hunsrück	39,4	20,7	19,0	8,0	8,3
202 Kreuznach	33,1	26,8	16,2	8,5	10,9
203 Bitburg	41,0	19,1	19,1	8,4	8,2
204 Trier	36,9	22,3	15,0	12,1	9,6
205 Montabaur	35,0	23,8	18,5	8,6	8,7
206 Mainz	32,8	23,0	15,4	15,8	7,4
207 Worms	32,4	27,1	15,7	10,1	8,4
208 Ludwigshafen/Frankenthal	32,4	26,8	14,9	8,6	10,3
209 Neustadt-Speyer	36,0	22,4	16,7	10,2	8,4
210 Kaiserslautern	28,2	27,7	14,3	8,7	14,2
211 Pirmasens	34,5	22,7	15,3	6,7	13,3
212 Südpfalz	34,3	22,7	17,1	10,2	8,6
Rheinland-Pfalz	35,0	23,8	16,6	9,7	9,4

Veränderung gegenüber 2005 in Prozentpunkten

198 Neuwied	-2,6	-10,9	5,7	2,1	3,9
199 Ahrweiler	-3,2	-10,7	6,7	2,5	2,9
200 Koblenz	-2,1	-11,3	5,4	2,7	3,4
201 Mosel/Rhein-Hunsrück	-3,0	-9,8	5,3	2,3	3,4
202 Kreuznach	-0,5	-11,7	4,4	2,0	4,9
203 Bitburg	-2,9	-10,9	6,3	2,7	3,6
204 Trier	0,8	-13,9	4,5	3,2	3,8
205 Montabaur	-3,5	-10,0	6,1	1,9	3,6
206 Mainz	-1,2	-10,4	2,5	3,8	2,8
207 Worms	-1,0	-10,8	4,2	2,8	3,1
208 Ludwigshafen/Frankenthal	-1,3	-10,6	4,5	1,6	4,5
209 Neustadt-Speyer	-1,5	-10,7	5,0	2,0	3,5
210 Kaiserslautern	-1,4	-11,2	3,9	1,6	5,4
211 Pirmasens	-2,5	-9,7	4,7	1,6	4,7
212 Südpfalz	-2,9	-9,9	5,0	2,2	3,8
Rheinland-Pfalz	-1,9	-10,8	4,9	2,4	3,8

gelischen Kirchenangehörigen. Dort holten die Sozialdemokraten bei dieser Bundestagswahl 26,8% der gültigen Zweitstimmen und damit drei Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt und 6,1 Prozentpunkte mehr als in Regionen mit einem niedrigen Anteil an evangelischen Kirchenangehörigen.

FDP mit hohen Gewinnen

Zweitstimmenanteil: +31%

Mit knapp 364 700 Zweitstimmen erhielt die FDP in Rheinland-Pfalz 85 700 bzw. 31% mehr Zweitstimmen als bei der Bundestagswahl 2005. Ihr Zweitstimmenanteil erhöhte sich um 4,9 Prozentpunkte auf 16,6%. Das

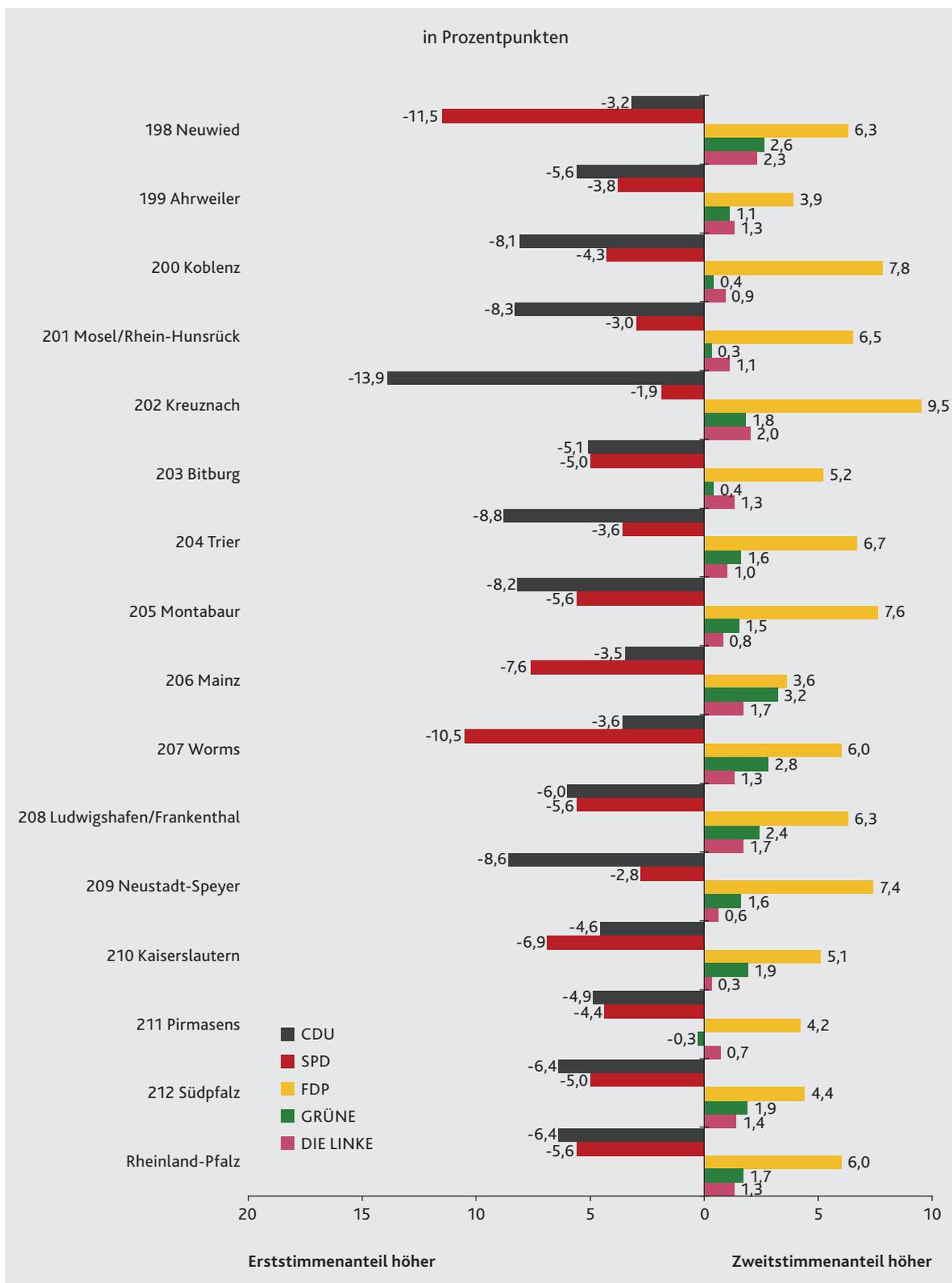
ist für die Liberalen das beste Wahlergebnis und der stärkste Zugewinn bei einer Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz. Bundesweit belief sich der Zweitstimmenanteil der FDP auf 14,6% (+4,7 Prozentpunkte).

Die FDP hat in allen rheinland-pfälzischen Wahlkreisen Zweitstimmen hinzugewonnen. Am stärksten stieg ihr Zweitstimmenanteil im Wahlkreis Ahrweiler (+6,7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2005). Der prozentuale Anstieg der Zweitstimmenzahl war am größten im Wahlkreis Trier (+27%). Den höchsten Zweitstimmenanteil holte die Partei mit 13,7% im Wahlkreis Mosel/Rhein-Hunsrück.

Zugewinne in allen Wahlkreisen

G 4

Differenzen zwischen Erst- und Zweitstimmenanteilen ausgewählter Parteien bei der Bundestagswahl 2009 in den Wahlkreisen



Die FDP konnte auch bei den Erststimmen kräftig zulegen. Die 15 Direktkandidaten der FDP erhielten bei dieser Wahl zusammen rund 231 800 Stimmen. Das waren 101 000 bzw. 77% mehr Erststimmen als vor vier Jahren. Die FDP-Direktkandidaten gewannen in allen Wahlkreisen Stimmen hinzu. Den absolut stärksten Zugewinn gab es für die Kandidatin im Wahlkreis Ahrweiler mit einem Plus von fast 11 800 Erststimmen (+135% gegenüber 2005).

Die FDP gewinnt bei Wahlen stets mehr Zweit- als Erststimmen. Bei dieser Wahl war die Zahl der Zweitstimmen der Liberalen um knapp 132 700 bzw. 57% (bezogen auf die Erststimmen) höher als ihre Erststimmenzahl. Der prozentuale Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen ist im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 deutlich geringer geworden; er lag 2005 bei 113%. Ursache hierfür ist, dass die Zahl der Erststimmen für FDP-Direktkandidaten prozentual sehr viel stärker gestiegen ist als die Zweitstimmenzahl der Partei.

Auch GRÜNE mit starker Zunahme

Zweitstimmen-
anteil: +23%

Die GRÜNEN bekamen in Rheinland-Pfalz knapp 212 000 Zweitstimmen und damit etwa 39 100 bzw. 23% mehr als bei der Bundestagswahl 2005. Dadurch stieg das Anteilsergebnis der Partei um 2,4 Prozentpunkte auf 9,7%. Das ist das beste Ergebnis, das die GRÜNEN bisher bei einer Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz erzielen konnten. Im gesamten Bundesgebiet steigerten die GRÜNEN ihren Zweitstimmenanteil auf 10,7% (+2,6 Prozentpunkte).

Die GRÜNEN konnten – wie die FDP – in allen rheinland-pfälzischen Bundestagswahlkreisen zulegen. Den kräftigsten Zuwachs gab es im Wahlkreis Mainz. Hier

stieg ihr Zweitstimmenanteil im Vergleich zur Wahl 2005 um 3,8 Prozentpunkte. In diesem Wahlkreis holte die Partei mit 15,8% auch ihren höchsten Zweitstimmenanteil in Rheinland-Pfalz.

Auch bei den Erststimmen haben die GRÜNEN einen Zuwachs erzielt. Die Partei erhielt rund 174 900 Erststimmen – etwa 75 100 Stimmen bzw. 75% mehr als vor vier Jahren. Alle 15 Direktkandidaten der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz konnten mehr Stimmen auf sich vereinigen. Die absolute Zahl der Erststimmen stieg am stärksten im Wahlkreis Mainz (+12 500 Stimmen bzw. +111%). Der prozentuale Anstieg war am größten im Wahlkreis Neuwied (+120%).

Stärkstes Plus
in Mainz

Wie bei der FDP ist auch bei den GRÜNEN die Zahl der Zweitstimmen traditionell deutlich höher als die Zahl der Erststimmen. Die Differenz belief sich bei dieser Wahl auf 37 100 Stimmen bzw. 21% (bezogen auf die Erststimmen). Die prozentuale Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen war bei den GRÜNEN also deutlich geringer als bei der FDP.

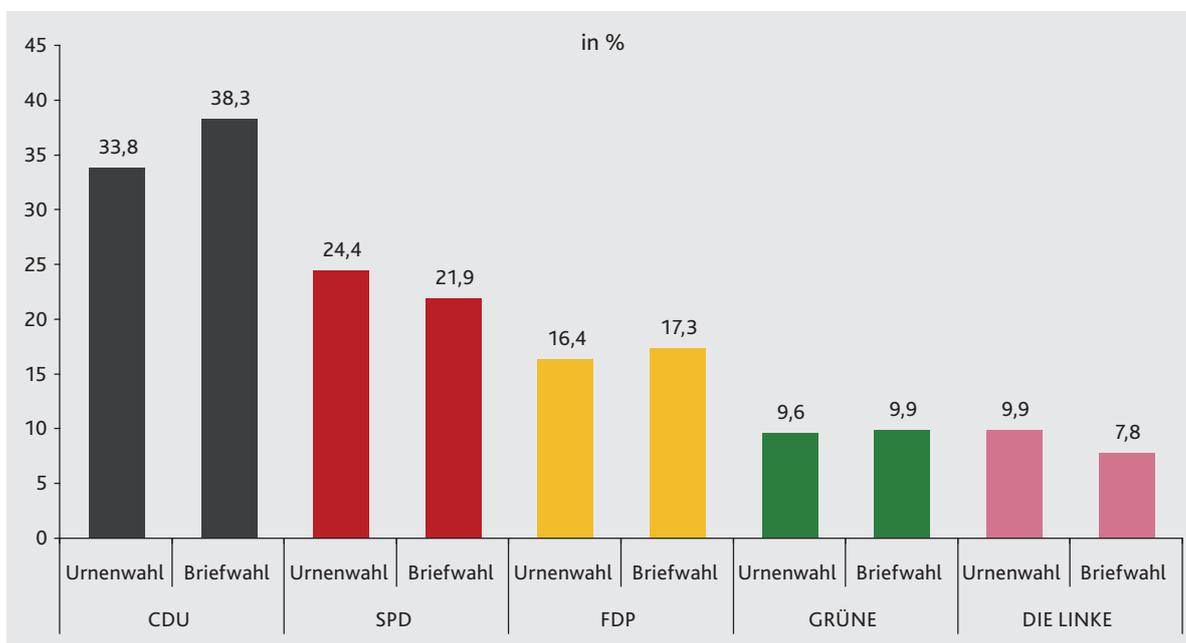
Die GRÜNEN schneiden bei Wahlen am besten ab in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte und hohem Ausländeranteil, also in eher urbanen Räumen. Bei dieser Wahl holten die GRÜNEN in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte 11,6% (1,9 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt) und in Gebieten mit hohem Ausländeranteil 11,4% (1,7 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt).

DIE LINKE mit deutlichen Zuwächsen

Die Partei DIE LINKE bekam in Rheinland-Pfalz knapp 205 200 Zweitstimmen. Sie

G 5

Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Bundestagswahl 2009 nach Wahlmodus



erzielte damit im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 ein Plus von 73 000 Stimmen bzw. 55%. Dadurch stieg ihr Zweitstimmenanteil um 3,8 Prozentpunkte auf 9,4%. Deutschlandweit kam die Partei auf 11,9% (+3,2 Prozentpunkte).

Zugewinne
in allen Wahl-
kreisen

Ebenso wie die FDP und die GRÜNEN konnte die Partei DIE LINKE in allen rheinland-pfälzischen Wahlkreisen Zweitstimmen hinzugewinnen. Besonders stark waren die Zugewinne im Wahlkreis Kaiserslautern (+5,4 Prozentpunkte). Dort holte die Partei mit 14,2 Prozent auch ihren höchsten Zweitstimmenanteil.

Die Partei DIE LINKE konnte bei dieser Wahl auch viele Erststimmen gewinnen. Ihre 15 Direktkandidaten haben insgesamt rund 177 300 Erststimmen auf sich vereinigt. Das sind mehr Erststimmen als die Kandidaten der GRÜNEN erzielt haben. Der Erststimmenanteil der Partei DIE LINKE belief sich auf 8,1%. Im Vergleich zur Wahl 2005 stieg

die Erststimmenzahl der Partei um rund 66 200 bzw. 60%. Ihr Erststimmenanteil nahm dadurch um 3,4 Prozentpunkte zu.

Auch die Partei DIE LINKE hat wesentlich mehr Zweit- als Erststimmen erhalten. Die Differenz belief sich auf gut 21 100 Stimmen. Bezogen auf die Erststimmen betrug der Unterschied 19%.

Wesentlich
mehr Zweit-
als Erststim-
men

DIE LINKE schnitt vor allem in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit gut ab. Dort holte sie einen Stimmenanteil von 10,9%, das waren 1,5 Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt und 2,6 Prozentpunkte mehr als in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit.

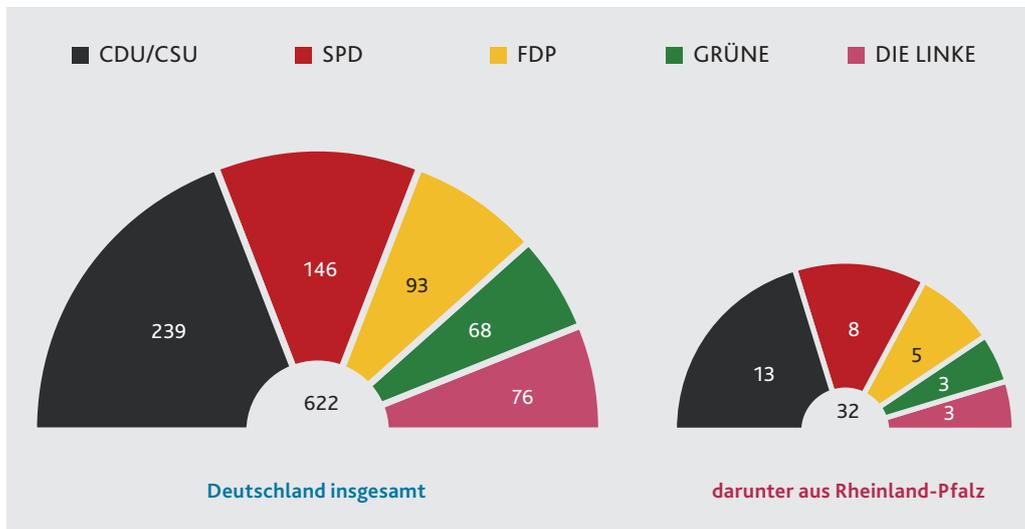
Briefwähleranteil steigt weiter

Der Briefwähleranteil belief sich bei dieser Bundestagswahl auf 26,5%; er lag damit um 6,6 Prozentpunkte höher als 2005. Noch nie zuvor haben in Rheinland-Pfalz so viele Wählerinnen und Wähler von der

26,5% aller
Wählerinnen
und Wähler
geben Stimme
per Briefwahl
ab

G 6

Bundestagsmandate 2009



Briefwahl jetzt auch ohne Angabe von Gründen möglich

Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch gemacht. Der steigende Briefwähleranteil ist möglicherweise auf die vereinfachte Beantragung zurückzuführen. Mittlerweile müssen Briefwählerinnen und Briefwähler keinen konkreten Grund mehr angeben, weshalb sie ihre Stimme per Briefwahl abgeben möchten.

Damit setzt sich ein seit längerem zu beobachtender Trend fort. Insbesondere die demografische Entwicklung mit der Zunahme der Zahl älterer Bürgerinnen und Bürger, die nur mit besonderen Schwierigkeiten das Wahllokal aufsuchen können, und die gestiegenen Mobilitätsanforderungen an die erwerbstätigen Bürgerinnen und Bürger, die der Verpflichtung, an einem bestimmten Tag wählen zu gehen, entgegen stehen, sind Gründe hierfür.

CDU, FDP und GRÜNE mit besseren Ergebnissen bei Briefwahl

Die Auswertung der Wahlergebnisse zeigt, dass Briefwählerinnen und -wähler anders wählen als Urnenwählerinnen und -wähler. Bei der Briefwahl schneiden die CDU deutlich und die FDP sowie die GRÜNEN leicht besser ab als bei der Urnenwahl. SPD und

DIE LINKE erzielen dagegen deutlich bessere Ergebnisse bei der Urnenwahl als bei der Briefwahl.

Bei den Briefwählerinnen und Briefwählern kam die CDU bei dieser Wahl auf einen Zweitstimmenanteil von 38,3%. Von den Urnenwählerinnen und -wählern erhielt sie dagegen nur 33,8%. Die SPD erzielt von den gültigen Briefwahlzweitstimmen 21,9% und von den gültigen Urnenwahlzweitstimmen 24,4%. Auch bei der Partei DIE LINKE zeigt sich eine größere Differenz: Sie konnte bei dieser Wahl nur 7,8% der per Briefwahl abgegebenen gültigen Zweitstimmen erzielen, aber 9,9% der gültigen Urnenwahlstimmen.

Rheinland-Pfalz stellt 32 der 622 Bundestagsmandate

Aus Rheinland-Pfalz werden insgesamt 32 Abgeordnete in den 17. Deutschen Bundestag einziehen; 15 Bewerberinnen und Bewerber sind direkt gewählt, 17 erhalten ihr Mandat über Landeslisten.

SPD und DIE LINKE bessere Ergebnisse bei Urnenwahl

T 4 Direktmandate bei der Bundestagswahl 2009

Partei	Direktmandate	
	Name	Wahlkreis
CDU	Rüddel, Erwin	Neuwied (198)
CDU	Heil, Mechthild	Ahrweiler (199)
CDU	Dr. Fuchs, Michael	Koblenz (200)
CDU	Bleser, Peter	Mosel/Rhein-Hunsrück (201)
CDU	Klößner, Julia	Kreuznach (202)
CDU	Schnieder, Patrick	Bitburg (203)
CDU	Kaster, Bernhard	Trier (204)
CDU	Hörster, Joachim	Montabaur (205)
CDU	Granold, Ute	Mainz (206)
CDU	Prof. Dr. Böhmer, Maria	Ludwigshafen/Frankenthal (208)
CDU	Schindler, Norbert	Neustadt-Speyer (209)
CDU	Schäfer, Anita	Pirmasens (211)
CDU	Dr. Gebhart, Thomas	Südpfalz (212)
SPD	Hagemann, Klaus	Worms (207)
SPD	Herzog, Gustav	Kaiserslautern (210)

CDU: 13 Direktmandate Für die CDU werden 13 Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz im 17. Deutschen Bundestag sitzen. Das ist ein Abgeordneter mehr als im 16. Deutschen Bundestag. Alle 13 Unions-Abgeordneten aus Rheinland-Pfalz haben ein Direktmandat errungen.

SPD: zwei Direktmandate, sechs Listenmandate Die SPD erhielt von den rheinland-pfälzischen Wählerinnen und Wählern insgesamt acht Mandate, drei weniger als 2005. Von den rheinland-pfälzischen SPD-Abgeordneten sind zwei direkt gewählt, die anderen sechs werden über die Landesliste entsandt.

FDP: fünf Listenmandate Über die rheinland-pfälzische Landeslisten zogen für die FDP fünf Abgeordnete in den

T 5 Listenmandate bei der Bundestagswahl 2009

Partei	Landesliste	
	Name	Landeslistenposition
SPD	Nahles, Andrea	1
SPD	Hartmann, Michael	2
SPD	Barnett, Doris	3
SPD	Körper, Fritz Rudolf	5
SPD	Bätzing, Sabine	6
SPD	Nink, Manfred	7
FDP	Brüderle, Rainer	1
FDP	Dr. Wissing, Volker	2
FDP	Hoff, Elke	3
FDP	Dr. Geisen, Edmund Peter	4
FDP	Höferlin, Manuel	5
GRÜNE	Höfken-Deipenbrock, Ulrike	1
GRÜNE	Winkler, Josef Philip	2
GRÜNE	Rößner, Tabea	3
DIE LINKE	Ulrich, Alexander	1
DIE LINKE	Senger-Schäfer, Kathrin	2
DIE LINKE	Werner, Katrin	3

neuen Deutschen Bundestag ein (+1 Mandat gegenüber 2005), für die GRÜNEN drei Abgeordnete (+1 Mandat) und für die Partei DIE LINKE ebenfalls drei Abgeordnete (+1 Mandat).

GRÜNE und DIE LINKE: jeweils ein Listenmandat

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Diplom-Kauffrau Romy Feldmann ist dort als Referentin tätig.

Veröffentlichungen zur Bundestagswahl 2009

Diese und weitere interessante Informationen zur Bundestagswahl finden Sie in der Statistischen Analyse N° 14 „Bundestagswahl 2009 – Teil 1: Analyse der Wahlergebnisse“. Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/wahlen/wahlnachtanalyse-bw2009.pdf zur Verfügung. Die Printausgabe kann zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Zur Bundestagswahl 2009 werden im Statistischen Monatsheft noch folgende Beiträge erscheinen:

- 11/2009 Bundestagswahl 2009: Parteihochburgen
- 12/2009 Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2009
- 01/2010 Ungültigwähler bei der Bundestagswahl 2009, Europawahl 2009 und Landtagswahl 2006

Vorankündigung: Statistische Analyse N° 15 „Bundestagswahl 2009 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“

Wie haben Frauen und Männer unterschiedlicher Altersgruppen bei der Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz abgestimmt? Das Statistische Landesamt wertet die tatsächliche Stimmabgabe von rund 90 000 Wählerinnen und Wählern aus.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahl 2009 werden im November in der Statistischen Analyse N°15 „Bundestagswahl 2009 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“ veröffentlicht.

Bruttoinlandsprodukt in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2007



Von Werner Kertels

Für die regionale Wirtschaftspolitik sind Informationen zur Struktur und zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftsleistung in den kreisfreien Städten und Landkreisen von großer Bedeutung. Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ stellt solche Informationen jährlich zur Verfügung. Die Regionalisierung erfordert allerdings eine Vielzahl an statistischen Basisinformationen der amtlichen Statistik, die erst mit einer Zeitverzögerung von etwa zwei Jahren zur Verfügung stehen. In diesem Beitrag werden wesentliche regionale Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen für die kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz für das Jahr 2007 vorgestellt.

In den Landkreisen wurden 60% der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung erbracht

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter. Es ist somit Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung.

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen betrug im Jahr 2007 knapp 105 Mrd. Euro. Davon wurden gut 60% in den Landkreisen und knapp 40% in den kreisfreien Städten erbracht. Rund 23% des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschafteten die drei großen Städte Koblenz, Ludwigshafen am Rhein und Mainz. Wirtschaftsstarke Landkreise waren Mainz-

Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied und der Westerwaldkreis. Zusammen erstellten diese sieben Verwaltungsbezirke gut 40% des gesamten Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz. Die geringste Wirtschaftsleistung erbrachten die kleineren Städte Frankenthal, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens und Zweibrücken sowie die eher ländlich geprägten Kreise Kusel, Südwestpfalz und Vulkaneifel. Diese sieben Verwaltungsbezirke erwirtschafteten zusammen nur 8,6% des rheinland-pfälzischen Inlandsprodukts und damit weniger als die Stadt Ludwigshafen allein (9,5%).

Ludwigshafen erwirtschaftet fast ein Zehntel

Wirtschaftskraft in kreisfreien Städten deutlich höher als in Landkreisen

Für einen regionalen Vergleich der Wirtschaftskraft sind die absoluten Werte zum Bruttoinlandsprodukt nicht geeignet, da sich

T 1

 Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und Erwerbstätige 2007
 nach Verwaltungsbezirken

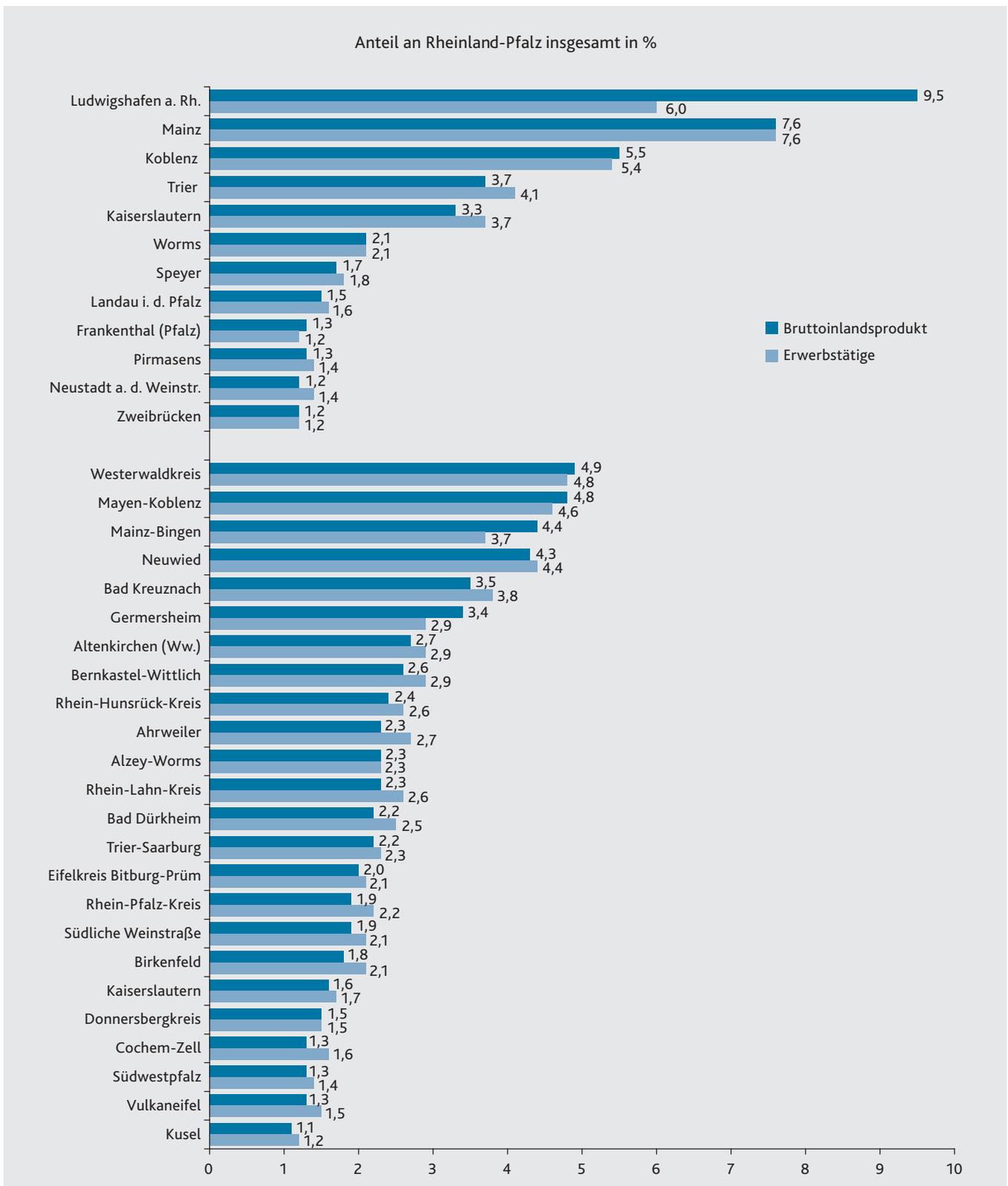
Verwaltungsbezirk	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen					Erwerbstätige		
	Mill. EUR	Anteil am Land	Veränderung gegenüber		je Erwerbstätigen		1 000	Anteil am Land
			2006	2000	Euro	RLP=100		
			%					%
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	1 322	1,3	5,6	16,7	58 876	103,2	22,5	1,2
Kaiserslautern	3 489	3,3	1,4	6,6	52 133	91,4	66,9	3,7
Koblenz	5 741	5,5	2,1	17,0	58 282	102,1	98,5	5,4
Landau i. d. Pfalz	1 527	1,5	3,0	25,0	53 352	93,5	28,6	1,6
Ludwigshafen a. Rh.	9 915	9,5	5,2	13,5	90 326	158,3	109,8	6,0
Mainz	7 967	7,6	5,5	1,5	56 887	99,7	140,0	7,6
Neustadt a. d. Weinstr.	1 264	1,2	1,7	11,7	48 663	85,3	26,0	1,4
Pirmasens	1 345	1,3	0,8	-0,3	52 631	92,2	25,6	1,4
Speyer	1 752	1,7	4,5	11,3	51 829	90,8	33,8	1,8
Trier	3 857	3,7	2,1	21,7	50 928	89,2	75,7	4,1
Worms	2 241	2,1	2,6	22,1	57 585	100,9	38,9	2,1
Zweibrücken	1 249	1,2	12,9	23,1	56 418	98,9	22,1	1,2
Landkreise								
Ahrweiler	2 365	2,3	1,1	9,3	47 777	83,7	49,5	2,7
Altenkirchen (Ww.)	2 845	2,7	3,4	12,3	53 625	94,0	53,1	2,9
Alzey-Worms	2 448	2,3	5,8	19,0	58 564	102,6	41,8	2,3
Bad Dürkheim	2 352	2,2	4,7	10,2	51 420	90,1	45,7	2,5
Bad Kreuznach	3 673	3,5	4,0	19,2	53 264	93,3	69,0	3,8
Bernkastel-Wittlich	2 742	2,6	4,3	18,6	51 757	90,7	53,0	2,9
Birkenfeld	1 863	1,8	3,0	9,6	48 998	85,9	38,0	2,1
Cochem-Zell	1 383	1,3	2,9	14,6	46 123	80,8	30,0	1,6
Donnersbergkreis	1 614	1,5	9,2	23,2	59 159	103,7	27,3	1,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 119	2,0	4,9	17,5	54 064	94,7	39,2	2,1
Germersheim	3 584	3,4	7,7	48,3	66 811	117,1	53,7	2,9
Kaiserslautern	1 632	1,6	3,5	14,0	51 204	89,7	31,9	1,7
Kusel	1 130	1,1	3,1	3,5	51 551	90,3	21,9	1,2
Mainz-Bingen	4 570	4,4	3,4	22,6	66 863	117,2	68,3	3,7
Mayen-Koblenz	5 042	4,8	6,6	17,8	60 137	105,4	83,8	4,6
Neuwied	4 539	4,3	5,8	14,2	56 621	99,2	80,2	4,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 522	2,4	2,8	12,3	52 057	91,2	48,4	2,6
Rhein-Lahn-Kreis	2 440	2,3	2,4	12,5	52 065	91,2	46,9	2,6
Rhein-Pfalz-Kreis	1 967	1,9	5,3	13,9	49 358	86,5	39,8	2,2
Südliche Weinstraße	2 028	1,9	3,3	13,0	51 884	90,9	39,1	2,1
Südwestpfalz	1 327	1,3	3,4	9,2	53 550	93,8	24,8	1,4
Trier-Saarburg	2 304	2,2	6,2	15,0	54 713	95,9	42,1	2,3
Vulkaneifel	1 338	1,3	1,8	7,9	47 695	83,6	28,1	1,5
Westerwaldkreis	5 083	4,9	5,6	20,5	57 339	100,5	88,6	4,8
Rheinland-Pfalz	104 579	100	4,3	14,9	57 066	100	1 833	100
kreisfreie Städte	41 668	39,8	3,9	12,0	60 527	106,1	688,4	37,6
Landkreise	62 910	60,2	4,6	16,8	54 984	96,4	1 144,2	62,4

die Gebiete in Größe und Erwerbstätigenzahl stark unterscheiden. Bei der Berechnung von Pro-Kopf-Werten, die näherungsweise die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität widerspiegeln, kommt als Bezugsgröße die Erwerbstätigenzahl in Betracht. Diese ist ebenso wie die Wertschöpfung nach dem Inlandskonzept abgegrenzt und umfasst somit die Personen am Arbeitsort, die an der

Entstehung der Wirtschaftsleistung beteiligt waren (zusammen mit dem Produktionsfaktor Kapital). Als Bezugsgröße oft verwendet, aber insbesondere auf kleinräumiger Ebene ungeeignet, ist die Einwohnerzahl, da diese nach dem Inländer- oder Wohnortprinzip abgegrenzt ist und somit Pendlerverflechtungen zwischen den Regionen unberücksichtigt bleiben.

G 1

Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätige 2007 nach Verwaltungsbezirken



Stadt Ludwigshafen nimmt Spitzenposition ein

Für das Land Rheinland-Pfalz ergab sich im Jahr 2007 je Erwerbstätigen ein Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 57 066 Euro. Mit rund 60 500 Euro erwirtschaftete ein Erwerbstätiger in den kreisfreien Städten rund 10% mehr als in den Landkreisen (55 000 Euro). Der Durchschnittswert der Städte wird allerdings maßgeblich von Ludwigshafen bestimmt; dort lag die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen mit über 90 000 Euro mehr als 58% über dem Landesdurchschnitt und 49% über dem Mittelwert in den kreisfreien Städten. Für alle anderen kreisfreie Städte wurden Werte unter dem Städtedurchschnitt ermittelt. Lediglich Frankenthal, Koblenz und Worms lagen mit ihren Pro-Kopf-Werten wenigstens über dem Landesdurchschnitt. Unter den Landkreisen ragten zwei Gebiete heraus: Mit knapp 67 000 Euro hatten Mainz-Bingen und Germersheim die höchsten Pro-Kopf-Werte aufzuweisen. Nur vier weitere Kreise übertrafen den rheinland-pfälzischen Durchschnittswert. Das niedrigste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen wurde mit 46 120 Euro für den Landkreis Cochem-Zell registriert.

Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen zwischen 1 313 und 1 437 Stunden

Produktivitätsvergleiche sollten heute jedoch nicht mehr ausschließlich mit der Zahl der erwerbstätigen Personen durchgeführt werden. Die zunehmende Vielfalt an Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere bei Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung, macht es erforderlich, auch auf die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden abzustellen, wodurch der Umfang der erbrachten Arbeit berücksichtigt wird. Das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen ist in den einzelnen Verwaltungsbezirken durchaus unterschiedlich. Es reicht von 1 313 Stunden im Jahr im Landkreis Kusel bis 1 435 bzw. 1 437 Stunden je Erwerbstätigen in Ludwigshafen bzw.

Koblenz. Zurückzuführen sind die Unterschiede auf abweichende Wirtschafts- und Beschäftigtenstrukturen. In den Städten lag das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen mit 1 416 Stunden höher als in den Landkreisen mit 1 390 Stunden.

Je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Wirtschaftsleistung von 40,80 Euro. Auch bei diesem Indikator liegt der Wert für die kreisfreien Städte deutlich über dem der Landkreise (42,70 bzw. 39,60 Euro je geleisteter Arbeitsstunde), allerdings ist der relative Abstand etwas geringer als beim Pro-Kopf-Wert: Je Arbeitsstunde wird in den Städten 8% mehr erwirtschaftet als in den Kreisen. Die höchsten Werte haben auch hier die Stadt Ludwigshafen mit 63 Euro sowie die Landkreise Mainz-Bingen und Germersheim mit jeweils gut 47 Euro je Stunde aufzuweisen. Für Cochem-Zell ist mit 33 Euro das niedrigste Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde zu verzeichnen; es liegt knapp 19% unter dem Landesdurchschnitt.

Rund 41 Euro je Arbeitsstunde

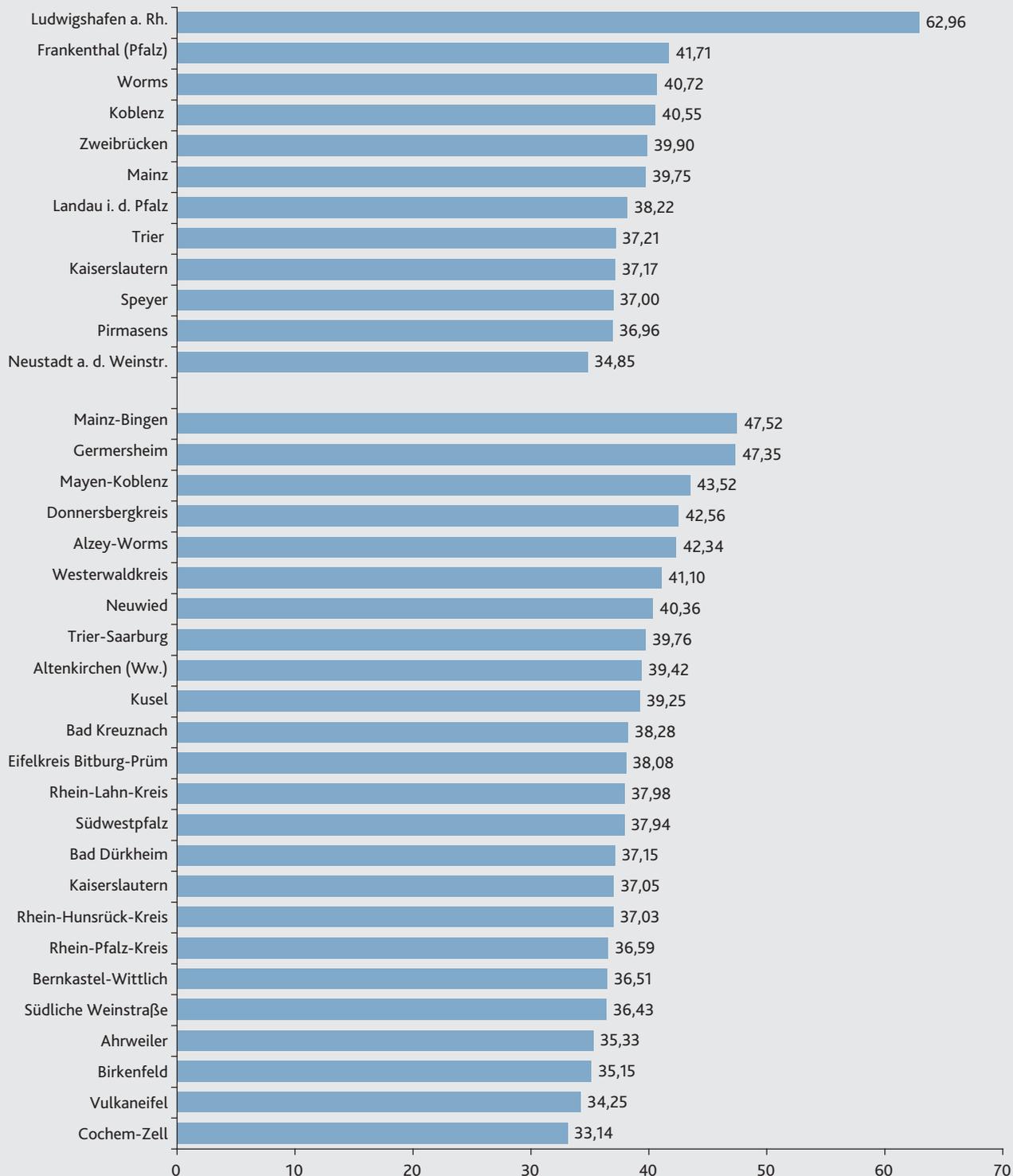
Landkreise etwas dynamischer gewachsen als kreisfreie Städte

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes durchaus unterschiedlich. Da regionale Deflatoren fehlen, kann das Bruttoinlandsprodukt auf Kreisebene nicht preisbereinigt, sondern nur in jeweiligen Preisen dargestellt werden. Bei der Betrachtung von nominalen Veränderungsraten ist zu beachten, dass diese zum Teil auch auf Preissteigerungen zurückzuführen sind. So ergibt sich für das Land ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen 2007 gegenüber dem Vorjahr um 4,3%, preisbereinigt lag der Zuwachs

G 2

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2007 nach Verwaltungsbezirken

EUR je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen



bei 2,3%. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 stieg die Wirtschaftsleistung nominal um 14,9%, preisbereinigt verblieb davon eine reale Zunahme in Höhe von 7,3%.

Deutliches Plus
in Zweibrücken

Im Vergleich zum Jahr 2006 ist das Bruttoinlandsprodukt in den Landkreisen im Durchschnitt etwas stärker gestiegen als in den kreisfreien Städten. In den Landkreisen belief sich das Plus auf 4,6% und in den kreisfreien Städten auf 3,9%. Unter den Städten war insbesondere in Zweibrücken mit knapp 13% ein überdurchschnittlicher Zuwachs zu verzeichnen, und zwar bedingt vor allem durch ein kräftiges Wachstum im verarbeitenden Gewerbe. Unter den Landkreisen wiesen der Donnersbergkreis (+9,2%) und Germersheim (+7,7%) überdurchschnittliche Wachstumsraten auf, auch hier zurückzuführen auf deutliche Zuwächse der Bruttowertschöpfung in der Industrie. Dagegen hatten die Städte Pirmasens (+0,8%) und Kaiserslautern (+1,4%) sowie die Kreise Ahrweiler (+1,1%) und Vulkaneifel (+1,8%) nur geringe Zuwächse gegenüber dem Vorjahr aufzuweisen.

Landkreis
Germersheim
seit 2000
am stärksten
gewachsen

Die genannten Regionen hatten auch über den etwas längeren Zeitraum von 2000 bis 2007 betrachtet über- bzw. unterdurchschnittliche Veränderungsraten zu verzeichnen. Mit +48% ist der Landkreis Germersheim am stärksten gewachsen. Insbesondere in den Jahren 2006 und 2007 hat es hier einen kräftigen Zuwachs der Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe gegeben, zu dem hauptsächlich der dort ansässige anteilsstarke Fahrzeugbau beitrug. Beträchtliche Zunahmen seit dem Jahr 2000 hatten außerdem der Donnersbergkreis (+23,2%) und der Kreis Mainz-Bingen (+22,6%) zu verzeichnen. Auch in diesen beiden Kreisen wurde die Entwicklung maßgeblich von der Industrie beeinflusst.

In den Landkreisen fiel der Anstieg im Mittel stärker aus (+16,8%) als in den kreisfreien Städten (+12%). Unter den kreisfreien Städten hatten Landau, Trier, Worms und Zweibrücken überdurchschnittliche Zuwachsraten von mehr als 20% gegenüber dem Jahr 2000 aufzuweisen. Wesentlich ungünstiger verlief die Entwicklung dagegen in den Städten Mainz (+1,5%) und Pirmasens (−0,3%). Während in Pirmasens die wirtschaftliche Entwicklung seit 2000 mehr oder weniger stagniert, beruht ein Großteil des Rückgangs in Mainz auf dem Standortwechsel eines Medienunternehmens.

Unterschiedliche Wirtschaftsstruktur

Das Bruttoinlandsprodukt kann nicht nach Wirtschaftsbereichen dargestellt werden. Dies ist aber für die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen möglich, sodass Strukturbetrachtungen mit dieser Aggregatgröße durchgeführt werden können. Die Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung ist der Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen. Die in tiefer Wirtschaftsbereichsgliederung ermittelte Bruttowertschöpfung wird auf Kreisebene zu sechs Wirtschaftsbereichen zusammengefasst und veröffentlicht; als bedeutender Teilbereich wird zusätzlich das verarbeitende Gewerbe nachgewiesen. Dabei basiert die Wirtschaftsbereichsgliederung noch auf der Systematik der Wirtschaftszweige in der Ausgabe von 2003 (WZ 2003). Erst im Rahmen der nächsten großen Revision im Jahr 2011 wird auch die wirtschaftssystematische Gliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die WZ 2008 umgestellt.

Mithilfe der Bruttowertschöpfung lassen sich in den einzelnen Verwaltungsbezirken

T 2

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen 2007 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Davon			Veränderung gegenüber 2000			Anteil am Land		
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereiche	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereiche	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereiche
		Mill. EUR						%		
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	1 185	8	515	661	-5,0	18,6	14,8	0,6	1,7	1,1
Kaiserslautern	3 126	4	889	2 234	-6,9	-6,5	12,3	0,3	2,9	3,6
Koblenz	5 145	8	867	4 270	-17,6	-0,8	20,8	0,6	2,8	6,9
Landau i. d. Pfalz	1 368	12	240	1 116	-9,6	19,0	26,2	0,9	0,8	1,8
Ludwigshafen a. Rh.	8 885	15	6 016	2 855	-6,3	11,2	17,2	1,1	19,5	4,6
Mainz	7 139	21	1 116	6 002	9,1	-26,0	8,4	1,6	3,6	9,8
Neustadt a. d. Weinstr.	1 133	18	164	951	-9,9	4,9	12,9	1,4	0,5	1,5
Pirmasens	1 205	2	294	910	-10,9	-21,7	8,7	0,1	1,0	1,5
Speyer	1 570	3	451	1 116	-8,8	9,3	11,5	0,2	1,5	1,8
Trier	3 456	10	762	2 684	-5,8	21,5	21,3	0,8	2,5	4,4
Worms	2 008	22	785	1 201	-6,7	31,1	16,7	1,7	2,5	2,0
Zweibrücken	1 119	4	434	681	-20,9	27,4	20,1	0,3	1,4	1,1
Landkreise										
Ahrweiler	2 119	34	446	1 640	4,8	-0,3	11,7	2,6	1,4	2,7
Altenkirchen (Ww.)	2 550	23	922	1 605	10,2	8,1	14,2	1,8	3,0	2,6
Alzey-Worms	2 193	124	467	1 603	7,4	72,8	9,4	9,3	1,5	2,6
Bad Dürkheim	2 108	76	503	1 529	-6,2	-1,4	15,0	5,7	1,6	2,5
Bad Kreuznach	3 292	54	980	2 257	-16,7	19,3	19,6	4,1	3,2	3,7
Bernkastel-Wittlich	2 457	65	878	1 514	-10,1	26,1	15,4	4,9	2,8	2,5
Birkenfeld	1 669	19	537	1 113	1,8	18,3	5,3	1,5	1,7	1,8
Cochem-Zell	1 239	29	283	928	-12,1	21,5	13,0	2,2	0,9	1,5
Donnersbergkreis	1 446	29	606	811	-11,0	30,9	18,7	2,2	2,0	1,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 899	85	664	1 151	-5,7	22,6	16,0	6,4	2,2	1,9
Germersheim	3 212	42	1 796	1 373	-4,0	82,6	19,7	3,2	5,8	2,2
Kaiserslautern	1 463	15	315	1 133	-30,8	1,3	18,5	1,1	1,0	1,8
Kusel	1 012	17	241	754	-5,7	-19,9	13,6	1,3	0,8	1,2
Mainz-Bingen	4 095	114	1 462	2 518	-8,2	42,9	14,1	8,6	4,7	4,1
Mayen-Koblenz	4 518	47	1 596	2 875	-8,2	28,3	12,4	3,5	5,2	4,7
Neuwied	4 068	28	1 618	2 422	12,7	15,4	12,6	2,1	5,2	3,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 260	45	689	1 526	18,3	1,2	17,1	3,4	2,2	2,5
Rhein-Lahn-Kreis	2 187	30	665	1 492	5,4	11,5	12,4	2,3	2,2	2,4
Rhein-Pfalz-Kreis	1 762	64	303	1 394	-5,4	-1,1	18,3	4,9	1,0	2,3
Südliche Weinstraße	1 817	89	505	1 223	10,3	8,1	14,6	6,7	1,6	2,0
Südwestpfalz	1 189	35	294	860	31,2	-6,8	14,5	2,6	1,0	1,4
Trier-Saarburg	2 065	58	570	1 437	-12,7	8,3	18,6	4,4	1,8	2,3
Vulkaneifel	1 199	37	383	780	11,5	0,0	11,4	2,8	1,2	1,3
Westerwaldkreis	4 555	37	1 601	2 917	6,9	15,3	22,9	2,8	5,2	4,7
Rheinland-Pfalz	93 715	1 325	30 855	61 535	-2,4	13,8	15,1	100	100	100
kreisfreie Städte	37 340	128	12 531	24 681	-6,4	5,4	15,1	9,6	40,6	40,1
Landkreise	56 375	1 197	18 324	36 854	-2,0	20,4	15,1	90,4	59,4	59,9

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

Land- und Forstwirtschaft nur in wenigen Landkreisen von Bedeutung

deutliche Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur erkennen. Die Wertschöpfung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ist je nach Erntemenge und Erlössituation geprägt von Auf- und Abwärtsbewegungen. Mit gut 1,3 Mrd. Euro lag die nominale Bruttowertschöpfung 2007 etwa auf gleichem Niveau wie im Jahr 2000. Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist in dem Zeitraum weiter von 1,7 auf 1,4% zurückgegangen. Unter den kreisfreien Städten war lediglich in Neustadt an der Weinstraße und in Worms ein Anteilswert über 1% festzustellen, im Städtedurchschnitt waren es 0,3%. In den Landkreisen lag der Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung im Schnitt bei 2,1%. Einen relativ großen Beitrag leistete der Bereich im Kreis Alzey-Worms mit 5,6% und außerdem im Kreis Südliche Weinstraße (4,9%) sowie im Eifelkreis Bitburg-Prüm (4,5%). Zusammen mit sechs weiteren Landkreisen (Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich, Mainz-Bingen, Rhein-Pfalz-Kreis und Trier-Saarburg) konzentrierten sich 55% der Wertschöpfung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft in diesen neun Landkreisen, also vor allem in den vom Weinbau geprägten Gebieten.

Produzierendes Gewerbe dominiert nur in Ludwigshafen und Germersheim

Die relative Bedeutung des produzierenden Gewerbes, zu dem die Teilbereiche Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung und Baugewerbe gehören, war bis zum Jahr 2003 auf 31,5% zurückgegangen. Sie ist danach aber, insbesondere im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs in den Jahren 2006 und 2007, wieder auf 32,9% gestiegen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf das verarbeitende Gewerbe, dessen Wertschöpfung seit 2000 um 17% gestiegen ist.

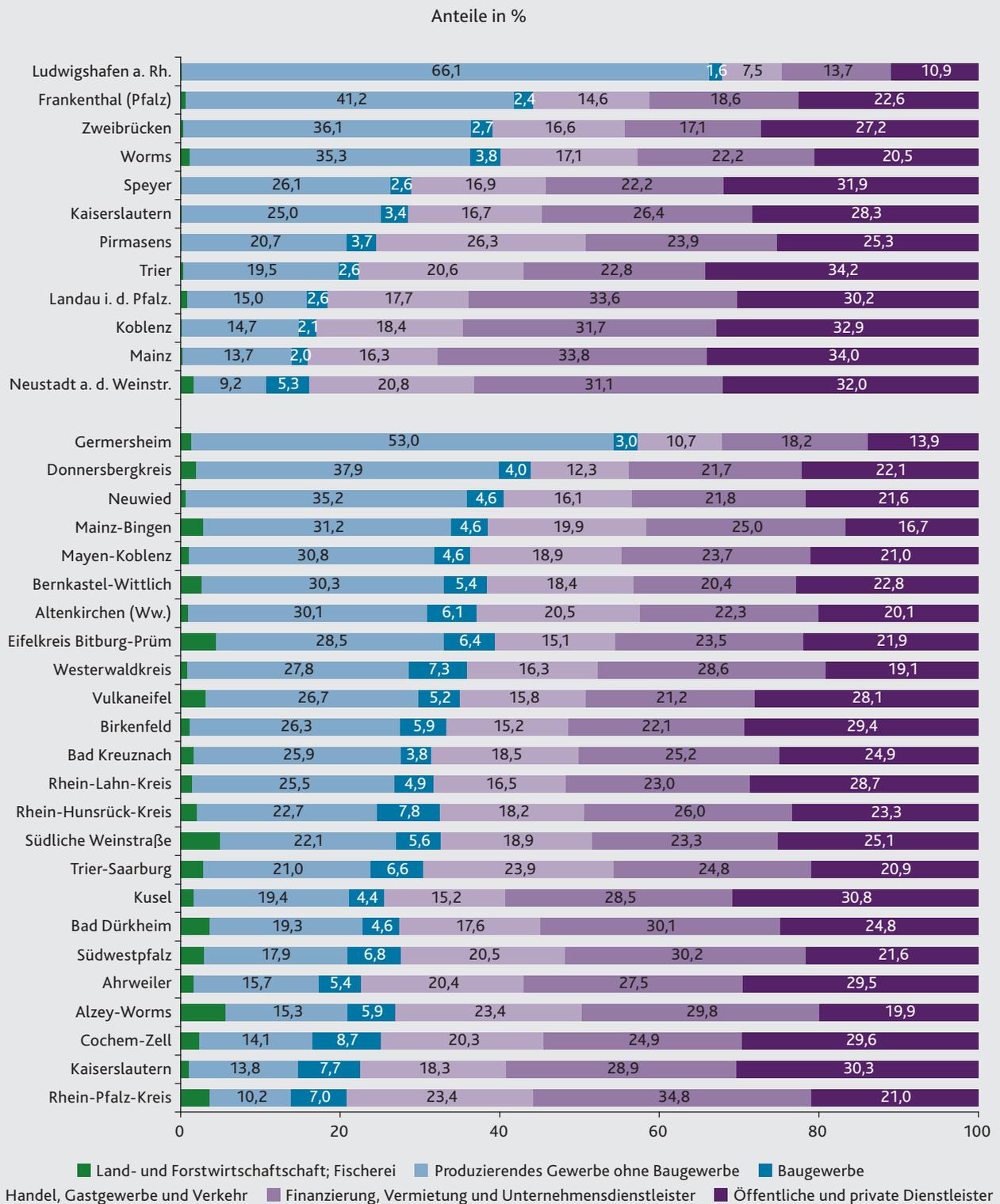
In den einzelnen rheinland-pfälzischen Verwaltungsgebieten hat das produzierende Gewerbe sehr unterschiedliche Bedeutung. In den Städten Koblenz, Landau, Mainz, und Neustadt an der Weinstraße sowie im Rhein-Pfalz-Kreis trug der sekundäre Sektor weniger als ein Fünftel zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei. Von besonderem Gewicht ist das produzierende Gewerbe dagegen in der Stadt Ludwigshafen und im Landkreis Germersheim. In der Industriestadt Ludwigshafen entfielen auf diesen Bereich sogar gut zwei Drittel (67,7%) der gesamten Leistung. Damit wurde dort knapp ein Fünftel der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz erwirtschaftet.

Spiegelbildlich zum langfristigen Rückgang der warenproduzierenden Bereiche ist für den tertiären Sektor, der sich aus Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie öffentliche und private Dienstleister zusammensetzt, ein Bedeutungszuwachs zu verzeichnen. Durch den kräftigen Zuwachs des produzierenden Gewerbes in den Jahren 2006 und 2007 ist der Anteil an der Gesamtwirtschaft allerdings auf 65,7% zurückgegangen, 2003 hatte der Wert noch bei 67,1% gelegen. Abgesehen von den zwei oben genannten Verwaltungsbezirken mit Schwerpunkten im produzierenden Gewerbe überwogen die Dienstleistungen im Jahr 2007 mit Wertschöpfungsanteilen von mehr als 50% in allen anderen Verwaltungsbezirken. Besonders gewichtig ist der Bereich in den vier Städten Koblenz, Landau, Mainz und Neustadt an der Weinstraße. Hier trugen die Dienstleistungen mehr als 80% zur gesamten Wertschöpfung bei.

Dienstleistungen machen in Koblenz, Landau, Mainz und Neustadt mehr als 80% aus

G 3

Bruttowertschöpfung 2007 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken



Handel, Gastgewerbe und Verkehr seit 2000 um 12,5% gestiegen

Auf den Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr entfielen 2007 rund 17% der Bruttowertschöpfung. Gegenüber 2000 verzeichnete dieser Bereich einen Anstieg um 12,5%. Relativ stark vertreten mit einem Anteil von deutlich über 20% ist dieser Bereich in Pirmasens und in den Landkreisen Alzey-Worms, Rhein-Pfalz-Kreis und Trier-Saarburg. Für die Landkreise insgesamt sind Handels- und Verkehrsunternehmen von größerer Bedeutung (18%) als für die kreisfreien Städte (15,5%).

Überdurchschnittliches Wachstum bei Unternehmensdienstleistungen ...

Das stärkste Wachstum im Zeitraum von 2000 bis 2007 ist im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ festzustellen. Im Landesdurchschnitt nahm die Wertschöpfung gegenüber 2000 um 26% zu, und zwar in den kreisfreien Städten mit 31% stärker als in den Landkreisen mit 23%. Dadurch stieg der Anteil dieses heterogenen Bereichs, zu dem das Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich der Wohnungsvermietung sowie die Unternehmensdienstleistungen gehören, in Rheinland-Pfalz von 22,5% im Jahr 2000 auf 24,8% im Jahr 2007. Die größte Bedeutung für die Region hat dieser Dienstleistungsbereich mit einem Anteil von rund 35% im Rhein-Pfalz-Kreis und außerdem in den Städten Mainz (33,8%), Landau (33,6%) und Koblenz (31,7%). Die absolut höchste Wertschöpfung in diesem Bereich wird in Mainz erzielt. Die Landeshauptstadt trägt rund ein Zehntel (10,4%) zur Wertschöpfung des Landes in diesem Wirtschaftsbereich bei.

... und unterdurchschnittlich bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen

Der Anteil des Bereichs öffentliche und private Dienstleister lag im Jahr 2007 mit 23,9% etwas niedriger als der Wertschöpfungsanteil der Unternehmensdienstleister, 2000 war das Verhältnis noch umgekehrt.

Weitere Informationen

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2007“. http://www.statistik.rlp.de/verlag/berichte/P1023_200700_1j_K.pdf

Die Gemeinschaftsveröffentlichung Reihe 2 Band 1 des Arbeitskreises VGR der Länder mit Ergebnissen für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland steht hier kostenfrei zur Verfügung http://www.statistik.rlp.de/vgr/veroeff/VGR-GV/R2B1_0808.xls.

Mit +7,4% gegenüber 2000 lag die Zunahme der Wertschöpfung im Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ demzufolge deutlich niedriger als im Bereich Unternehmensdienstleistungen. Zum Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ gehören öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie die sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleister. Zur letzteren Gruppe von Dienstleistern gehören einerseits etwa Erbringer von Entsorgungsleistungen, Interessenvertretungen und kirchliche Vereinigungen, Hörfunk- und Fernsehanstalten, Bibliotheken und Museen, andererseits haushaltsnahe Dienstleister wie Friseure und Kosmetiksalons, Wäschereien und Reinigungen oder Bäder und Massage-salons. Wie bei den Unternehmensdienstleistungen ist das relative Gewicht des Bereichs öffentliche und private Dienstleistungen mit 26% in den Städten deutlich höher als in den Kreisen mit 22,5%. Der Beitrag dieses Bereichs in den einzelnen

Regionen ist jedoch recht unterschiedlich. Abgesehen von den Sonderfällen Ludwigshafen und Germersheim, hier bedingt durch das enorme Gewicht des produzierenden Gewerbes, lag der Anteil dieser Dienstleister auch in den Landkreisen Alzey-Worms, Mainz-Bingen und im Westerwaldkreis unter 20%. Dagegen trugen die öffentlichen und privaten Dienstleister in den Oberzentren Koblenz, Mainz und Trier rund ein Drittel zur Wirtschaftsleistung des jeweiligen Gebiets bei. Allein in diesen drei Städten – die alle geprägt sind von Verwal-

tung und Universität, Koblenz ist außerdem ein bedeutender Bundeswehrstandort – wurde knapp ein Viertel (23,7%) der Landeswertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs erwirtschaftet.

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Agrarzensus 2010

Entlastung der Landwirte von statistischen Auskunftspflichten

Von Jörg Breitenfeld

Die Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe durch statistische Berichtspflichten wird mit dem am 6. März 2009 verkündeten zweiten Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes deutlich gemindert. Die Entlastungen greifen im Wesentlichen ab dem Jahr 2011 und werden vor allem durch eine Reduzierung der Zahl an Vollerhebungen, einer Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen und einer Verlängerung der Periodizität von Agrarstatistiken erreicht. Gleichzeitig erfolgt eine Anpassung der Informationspflichten an aktuelle Datenbedürfnisse. Hierbei werden vor allem die auf europäischen Rechtsvorschriften basierenden Informationsanforderungen umgesetzt. So werden im Rahmen der Landwirtschaftszählung 2010 erstmals auch Daten zu der Entwicklung des ländlichen Raums, den Bewirtschaftungs- und Produktionsmethoden (Nachhaltigkeit) sowie den landwirtschaftlichen Emissionsquellen erhoben.

Europäischer Datenbedarf bestimmt Agrarstatistik

Mitgliedstaaten zur Bereitstellung agrarstatistischer Daten verpflichtet

Die Realisierung einer gemeinsamen Agrarpolitik nimmt seit über 50 Jahren im Haushalt der Europäischen Union (EU) breiten Raum ein. Im Jahre 2008 wurden rund 50 Mrd. Euro bzw. 44% des Gesamthaushalts der EU für die Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raumes aufgewendet. Um die Wirksamkeit der agrarpolitischen Maßnahmen überprüfen zu können, gibt es eine Vielzahl an europäischen Rechtsnormen, die die Mitgliedstaaten zur Lieferung von Daten über den landwirtschaftlichen Sektor verpflichten. Soweit es sich

um statistische Informationen handelt, sind diese in Deutschland im Gesetz über Agrarstatistiken geregelt.

Aufgrund der Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik entstand auf europäischer Ebene ein zusätzlicher Bedarf an Informationen:

- zur Multifunktionalität der Landwirtschaft,
- zu den Bewirtschaftungs- und Produktionsmethoden,
- zu den landwirtschaftlichen Emissionsquellen und
- zu Agrarumweltindikatoren.

Neue Informationspflichten

Daneben müssen die „traditionellen“ Daten – z. B. zur pflanzlichen und tierischen Produktion – weiterhin bereitgestellt werden.

Die EU-Verordnungen sind unmittelbar geltendes Recht. Ihre konkrete Ausgestaltung, z. B. die Anordnung einer Auskunftspflicht, bedarf aber einer gesetzlichen Umsetzung im jeweiligen Land.

Agrarstatistikgesetz geändert

Die Anpassung an die veränderten EU-Anforderungen erfolgte mit dem zweiten Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und mit dem Rinderregistrierungsdurchführungsgesetzes (G. v. 06.03.2009, BGBl. I S. 438). Das Agrarstatistikgesetz selbst wurde 1989 erlassen. Die daneben bestehenden gesetzlichen Regelungen der Agrarstatistik wurden 1992 zu einer einheitlichen Rechtsgrundlage in das Agrarstatistikgesetz integriert.

Mit der aktuellen Novellierung des Agrarstatistikgesetzes wurde zum einen das Ziel verfolgt, die landwirtschaftlichen Betriebe von statistischen Auskunftspflichten zu entlasten. Dies schlug sich in folgenden Maßnahmen nieder:

- weniger Vollerhebungen,
- Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen,
- größere zeitliche Abstände zwischen den Erhebungen,
- Verringerung von Stichprobenumfängen und
- erweiterte Nutzung von Verwaltungsdaten.

Diese Maßnahmen führen zu einer Verminderung der Bürokratiekosten in Höhe von rund 1,3 Mill. Euro. Damit wird die auf das Agrarstatistikgesetz zurückzuführende Belastung der Landwirtschaft um etwa ein Viertel verringert. Die Reduzierung der Vollerhebung hat allerdings auch die Konsequenz, dass auf regionaler Ebene Daten seltener zur Verfügung stehen.

Bürokratiekosten um etwa ein Viertel verringert

Zum anderen werden durch die geänderten EG-Verordnungen gleichzeitig neue Berichtspflichten geschaffen.

Anordnung eines Agrarzensus

Eine wesentliche Datenquelle zur Erfüllung der neuen EU-Anforderungen ist die Landwirtschaftszählung 2010. Landwirtschaftszählungen finden als umfassende Agrarzensus etwa alle zehn Jahre statt.

Neue Landwirtschaftszählung angeordnet

Die im Agrarstatistikgesetz geregelte Landwirtschaftszählung umfasste bisher vier Teilerhebungen. Die Haupterhebung richtete sich an alle landwirtschaftlichen Betriebe. Zusätzlich erfolgten Teilerhebungen in den Bereichen Weinbau, Gartenbau und Binnenfischerei. Nach der neuen Rechtsgrundlage beinhaltet die Landwirtschaftszählung nur noch die Haupterhebung. Die übrigen Teilerhebungen entfallen. Somit liegen zukünftig keine speziellen statistischen Informationen mehr für den Weinbau, den Gartenbau und die Binnenfischerei vor.

Keine Weinbauerhebung mehr

Das Merkmalsprogramm der Haupterhebung ist weitgehend an das durch die EG-Rechtsgrundlagen vorgeschriebene Spektrum angepasst worden¹⁾. Zusätzlich wird erstmals eine Stichprobenerhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie eine allgemeine Nacherhebung zur Bewässerung durchgeführt.

1) Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2008 über die Betriebsstrukturserhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates (ABl. L 321 vom 1. 12. 2008, S. 14)

T 1

Veränderung der Periodizität der Agrarstruktur-erhebung (ASE)

Jahr	Altes Gesetz	Neues Gesetz
2007	allgemeine ASE	allgemeine ASE
2008		
2009	repräsentative ASE	
2010		Landwirtschaftszählung
2011	allgemeine ASE	
2012		
2013	repräsentative ASE	repräsentative ASE
2014		
2015	allgemeine ASE	
2016		repräsentative ASE
2017	repräsentative ASE	

Reduzierung der Agrarstruktur-erhebungen

In regelmäßigen Abständen finden ergänzend zur Landwirtschaftszählung Agrarstruktur-erhebungen statt. Deren Periodizität wurde von zwei auf drei Jahre erweitert; zugleich erfolgte eine Anpassung des Merkmalsprogramms an die europäischen Definitionen. Agrarstruktur-erhebungen finden zukünftig nur noch repräsentativ und nicht mehr allgemein statt. Lediglich im Jahr 2016 werden einige Merkmale zur Bodennutzung und den Viehbeständen allgemein erfasst. Schließlich reduziert sich der Stichprobenumfang um ein Fünftel auf 80 000 Einheiten.

Eine weitere Entlastung wird durch die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen erreicht. Bislang wurden Einheiten ab zwei Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche befragt. Zukünftig erfolgt dies erst ab einer Größe von fünf Hektar. Erhöht wurden auch die speziellen Grenzwerte für pflanzliche und tierische Erzeugungseinheiten. Folgeabschätzungen zeigten, dass fortan bis zu einem Fünftel der bisher Berichtspflichtigen nicht mehr melden muss. Die erfassten Produktionsgrundlagen (Flächen und Viehbestände) verringern sich hingegen im Regelfall nur um weniger als 1%.

Änderungen im pflanzlichen und tierischen Bereich

Im Bereich der Statistiken zur pflanzlichen und tierischen Produktion kommt es ebenfalls zu einer deutlichen Entlastung der Berichtspflichtigen. Zukünftig finden die Bodennutzungshaupterhebung und die mittels Befragung durchgeführten Viehbestandserhebungen nur noch repräsentativ statt. Eine Ausnahme betrifft das Jahr 2010, in dem die Bodennutzungshaupterhebung als Teil der Agrarstruktur-erhebung (Landwirtschaftszählung) allgemein durchgeführt wird.

Gleichzeitig wurden die Stichtage der Viehbestandserhebungen an die europäischen Vorgaben angepasst. Diese Erhebungen finden ab dem Jahr 2010 im Mai für Rinder und Schweine sowie im November für Rinder, Schweine und Schafe statt. Die Rinderzählungen erfolgen dabei ausschließlich sekundärstatistisch auf der Basis vorhandener Verwaltungsdaten des „Herkunfts- und Informationssystem Tier (HIT)“. Zusätzlich erfolgte eine Trennung der Primärerhebungen für Schweine und Schafe und dadurch eine Reduzierung der Stichprobenumfänge. Zukünftig werden maximal 20 000 Schweinehalter bzw. 5 000 Schafhalter – bei gleichzeitiger Anhebung der Erfassungsgrenzen – befragt.

Damit wird das bislang verfolgte Konzept, die Bodennutzungshaupterhebung, die Viehzählung und die Agrarstruktur-erhebung in Form einer „Integrierten Erhebung“ zu einem Zeitpunkt durchzuführen, aufgegeben. Anstelle dessen werden die Viehbestandserhebungen nun vollständig unabhängig von den übrigen Erhebungen durchgeführt. Dies stellt sicher, dass die Ergebnisse der Erhebungen – ent-

Bodennutzungshaupterhebung und Viehzählungen nur noch repräsentativ

Rinderzählung durch Verwaltungsdatennutzung ersetzt

T 2

Untere Erfassungsgrenzen im Agrarstatistikgesetz

Merkmal	Bis 1998	1999 bis 2009	Ab 2010
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 ha	2 ha	5 ha
Rinder	8 Tiere		10 Tiere
Schweine	8 Tiere		50 Tiere
Zuchtsauen	-	-	10 Tiere
Schafe	50 Tiere	20 Tiere	
Ziegen	-	-	20 Tiere
Geflügel	-	-	1 000 Tiere
Junghennen	200 Tiere		-
Gänse, Enten, Truthühner	200 Tiere		-
Schlacht- oder Masthähne, -hühner und sonstige Hähne	200 Tiere		-
Dauerkulturfläche im Freiland	-	-	1 ha
Rebfläche	30 Ar	30 Ar (bestockte Rebfläche)	50 Ar
Obstfläche	30 Ar		50 Ar
Hopfenfläche	30 Ar		50 Ar
Tabakfläche	30 Ar		50 Ar
Baumschulfläche	30 Ar		50 Ar
Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland	-	-	50 Ar
Gemüseanbau im Freiland	30 Ar		-
Blumen- oder Zierpflanzenanbau im Freiland	10 Ar	30 Ar	
Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen unter Glas	1 Ar	3 Ar	-
Heil- und Gewürzpflanzen	1 Ar	30 Ar	-
Gartenbausämereien	1 Ar	30 Ar	-
Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen	-	-	10 Ar
Produktionsfläche für Speisepilze	-	-	10 Ar
Waldflächen	1 ha	10 ha	-
Waldflächen oder Fläche mit schnellwachsenden Baumarten	-	-	10 ha

sprechend den Anforderungen der zugrunde liegenden Verordnung – zeitnah vorliegen und dass gleichzeitig möglichst wenig Viehalter belastet werden.

Der weitgehende Verzicht auf allgemeine Erhebungen hat zur Folge, dass den statistischen Ämtern andere Gelegenheiten der Pflege der Berichtskreise eröffnet werden müssen. Vor diesem Hintergrund wurden die Möglichkeiten zur Nutzung von Verwaltungsregistern und der Merkmalsumfang, der im Betriebsregister „Landwirtschaft“ langfristig gespeichert werden darf, erweitert. Nur so können die Berichtskreise für die Stichprobenziehung aus dem Betriebsregister aktualisiert werden.

Schließlich wurde die Nutzung von z. B. bei den Landwirtschaftsverwaltungen vorliegenden Daten ausgedehnt. Da allerdings oftmals nur für einzelne Merkmale einer Erhebung Verwaltungsdaten vorliegen, gewinnt die Zuordnung der in den Verwaltungen vorliegenden Daten zu den statistisch erfassten Einheiten erheblich an Bedeutung. Hierfür müssen die statistischen Ämter zukünftig einen deutlich höheren Aufwand als bisher vorsehen.

Vollständiger Merkmalsumfang der Flächenerhebung

Die bisher alle vier Jahre stattfindende sekundärstatistische Auswertung des automatisierten Liegenschaftsbuchs der Ver-

T 3 Änderungen im Agrarstatistikgesetz zwischen den Fassungen von 1992 und 2009

Erhebung	Bemerkung
Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung	Periodizität von 4-jährlich auf jährlich geändert
Flächenerhebung nach Art der geplanten Nutzung	gestrichen
Bodennutzungshaupterhebung – Anbau auf dem Ackerland	Ab 2011 nur noch Stichprobenerhebung (Wegfall der allgemeinen Erhebungen)
Bodennutzungshaupterhebung – Feststellung der betrieblichen Einheiten	gestrichen
Baumschulerhebung	Verlängerung der Periodizität auf 4-jährlich
Erhebung über Viehbestände (Viehzählung)	Ab 2010 nur noch repräsentative Erhebung (Wegfall der allgemeinen Erhebung), Streichung einer Zwischenzählung bei Schweinen und Schafen, Rinderzählung durch Verwaltungsdatennutzung ersetzt
Landwirtschaftszählung – Haupterhebung	Reduzierung des nationalen Merkmalprogramms, Aufnahme von EG-Merkmalen
Landwirtschaftszählung – Weinbauerhebung	gestrichen
Landwirtschaftszählung – Gartenbauerhebung	gestrichen
Landwirtschaftszählung – Binnenfischereierhebung	gestrichen
Agrarstrukturerhebung	Periodizität von 2-jährlich auf 3-jährlich geändert, Reduzierung des nationalen Merkmalprogramms, Aufnahme von EG-Merkmalen
Erhebung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden	wird 2010 einmalig durchgeführt
Erhebung der Arbeitskräfte	gestrichen und Integration in Agrarstrukturerhebung
Holzstatistik	Periodizität von vierteljährlich auf jährlich geändert
Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben	Periodizität von vierteljährlich auf jährlich geändert
Betriebs- und Marktwirtschaftliche Meldungen	gestrichen, einige Merkmale in die Erntebericht-erstattung aufgenommen
Düngemittelstatistik	Periodizität von monatlich auf vierteljährlich geändert
Erhebung der Erzeugung vegetativen Vermehrungsgutes von Reben	gestrichen

Flächen-
erhebung jetzt
jährlich

messungsverwaltung (Flächenerhebung) erfolgt nun jährlich. Dazu wird die bisher in den Zwischenjahren durchgeführte Aufbereitung der Siedlungs- und Verkehrsflächen zu einer vollständigen Auswertung erweitert. Aufgrund des großen Nutzerinteresses an jährlichen Daten der Flächenerhebung und des geringen zusätzlichen Aufwands für die Aufbereitung ist diese Ausweitung des statistischen Programms sinnvoll. So beruht z. B. der Indikator „Flächeninanspruchnahme“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auf dieser Datenbasis.

Ebenfalls optimiert wurde die Durchführung einiger Statistiken. So führt das Statistische Bundesamt ab dem Jahr 2010 einige Erhebungen im Geflügelbereich zentral durch. Wie bereits oben erwähnt, wurden weiterhin einige Erweiterungen im Merkmalprogramm vorgenommen, um zu einer verbesserten Datengrundlage für die Emissionsberichterstattung des Agrarsektors zu kommen. Um hier flexibel auf die Anforderungen reagieren zu können, wurden die Verwendungsmöglichkeiten der Einzeldaten für das Statistische Bundesamt erweitert.

Ausblick

Weitere Anpassungen des Agrarstatistikgesetzes geplant

Mit der Änderung des Agrarstatistikgesetzes vom März diesen Jahres wird den veränderten nationalen und internationalen Informationsinteressen in weiten Teilen entsprochen. In einer weiteren Novelle, die voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2010 „auf den Weg gebracht“ wird, soll z. B. die Erntestatistik an geänderte Anforderungen angepasst werden. So ist Deutschland aufgrund EG-rechtlicher Vorschriften ab dem Jahr 2012 u. a. verpflichtet, regelmäßig statistische Informationen über die Erzeugung von Strauchbeeren und Pilzen zu liefern. Auch muss – ebenfalls aufgrund EG-rechtlicher Vorschriften – ab 2012 jährlich eine Erhebung über die Aquakulturproduktion durchgeführt werden.

Zur Verbesserung der Datengrundlage für die Emissionsberichterstattung sind für das Jahr 2011 einmalig repräsentative Erhebungen über die Wirtschaftsdüngerausbrin-

gung und den Eiweißeinsatz in der Schweinemast geplant. Für die Berichterstattung zur Klimarahmenkonvention, dem Genfer Luftreinhalteabkommen und dem Abkommen über nationale Emissionsobergrenzen werden entsprechende Daten benötigt. Die neuen Anforderungen werden in der Summe zu einer Ausweitung der Berichtspflichten führen.

Darüber hinaus ist mittelfristig mit der Einführung von Statistiken zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln – der Entwurf einer entsprechenden Verordnung befindet sich bereits im Ratsverfahren – zu rechnen. Mit diesen Statistiken kommen neue und anspruchsvolle Aufgaben auf die statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu.

Erhebung zu Pflanzenschutzmitteleinsatz in Planung

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft und Umwelt.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex im September weiter nach oben gerichtet

Leichter Anstieg des ifo Index

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im September weiter verbessert, allerdings wesentlich schwächer als noch im August. Der ifo Geschäftsklimaindex erhöhte sich im September von 90,5 auf 91,3 Punkte. Nach den kräftigen Steigerungen in den vergangenen drei Monaten hatten viele Experten auch für September mit einem stärkeren Anstieg gerechnet.

Lagebeurteilung und Erwartungen etwas besser als im Vormonat

Sowohl die Lagebeurteilung als auch die Geschäftserwartungen nahmen leicht zu. Der Lageindex stieg von 86,2 auf 87 Punkte. Das war der dritte Anstieg in Folge. Der Erwartungsindex erhöhte sich von 95 auf 95,7 Punkte.

Nach wie vor bestehen Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Durch die auslaufenden Konjunkturprogramme und den erwarteten Anstieg der Arbeitslosigkeit könnte der Aufschwung erneut unter Druck geraten.

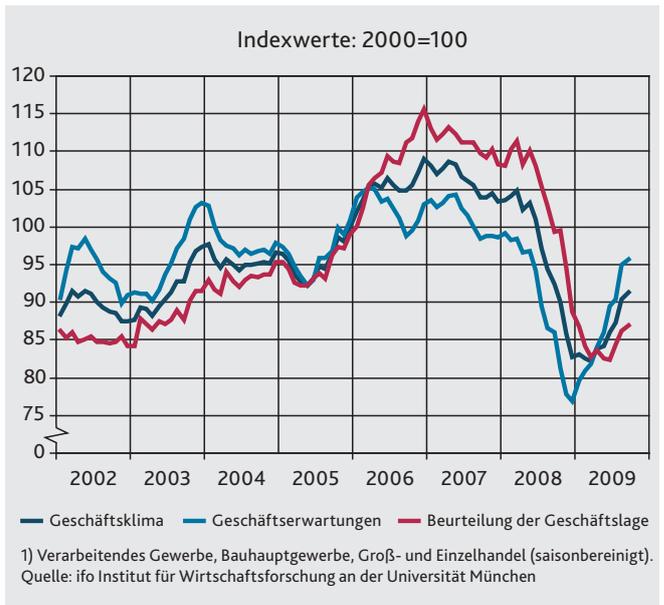
Verbessertes Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe

Im verarbeitenden Gewerbe gab es nun schon zum vierten Mal in Folge eine Verbesserung des Geschäftsklimas. Die Industrieunternehmen haben sowohl ihre Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen günstiger beurteilt als noch im August.

Schlechtere Stimmung im Baugewerbe

Im Bauhauptgewerbe hat sich die Stimmung im September verschlechtert. Die Bauunternehmer waren unzufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage und auch ihre Zukunftserwartungen haben sich verschlechtert.

Stand: September 2009
ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Im Großhandel hat sich das Geschäftsklima im September weiter aufgehellt. Die Großhändler beurteilten ihre Geschäftserwartungen günstiger, während die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage nahezu stagnierte.

Bessere Stimmung im Groß- und im Einzelhandel

Im Einzelhandel hat sich die Stimmung ebenfalls weiter verbessert. Lagebeurteilung und Geschäftserwartungen fielen besser aus als im August.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe weiter rückläufig

Für Rheinland-Pfalz zeigen die quantitativen Indikatoren nach wie vor eine angespannte konjunkturelle Lage. Verfügbar sind zurzeit Indikatoren für die ersten sieben Monate des

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: -33%

Jahres. Im Berichtsmonat Juli 2009 sind die Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat zwar um 3,4% gestiegen, liegen aber um 30% unter dem Vorjahresniveau. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für den Juni 2009 (in den die Originalwerte für die Monate Mai, Juni und Juli einfließen) lag um 33% unter dem des Vorjahres. Damit war der Rückgang deutlich niedriger als noch im April (-39%) und im Mai (-37%).

Auslandsaufträge sinken im Vorjahresvergleich stärker als Inlandsaufträge

Im Berichtsmonat Juli 2009 sind die Auftragseingänge aus dem Inland gegenüber dem Vormonat um 3,6% gestiegen, die ausländische Nachfrage hat um 3,4% zugelegt. Im Vorjahresvergleich ist allerdings bei den Auslandsaufträgen nach wie vor ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt ging die heimische Nachfrage im Juni 2009 um 27% (Mai: -33%) und das Ordervolumen aus dem Ausland um 37% (Mai: -40%) zurück.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie gehen um 43% zurück

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 28%) war es im September 2008 erstmals seit Januar 2004 wieder zu einem Rückgang der Nachfrage gekommen. Seit dem Berichtsmonat März 2009 hat sich die Auftragslage gegenüber dem jeweiligen Vormonat verbessert. Trotzdem verharrt der Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts im Vorjahresvergleich weiterhin auf einem hohem Niveau. Im Juni 2009 verminderten sich die Auftragseingänge gegenüber dem Juni des Vorjahres um 43%, nach -46% im Mai. Die kräftige Einbuße ist von Nachfragerückgängen sowohl im Inland (-37%) als auch im Ausland (-47%) verursacht worden.

Der Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des rhein-

land-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes beisteuert, ist besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Die Ordervolumen sinken hier seit Februar 2008. Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge ging nun im Juni 2009 mit -45% noch einmal schwächer zurück als im Mai (-48%). Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verringerte sich um 35%. Die schlechte Gesamtsituation wird allerdings nach wie vor durch den kräftigen Einbruch bei den Auslandsaufträgen (-53%) bestimmt.

Fahrzeugbau: Rückgang der Auftragseingänge schwächt sich leicht ab

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) kam es im Berichtsmonat Juli 2009 zu einem Auftragsminus von 3,9% gegenüber dem Vormonat. Das gute Ergebnis im Berichtsmonat Juni war allerdings im Wesentlichen auf einige Großaufträge zurückzuführen. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt sanken die Bestellungen im Juni 2009 im Vergleich zum Juni des Vorjahres um 37% (Mai: -41%). Die heimische Nachfrage ist mit -36% etwas schwächer gesunken als die Auslandsnachfrage. Diese blieb um 38% hinter dem Vorjahreswert zurück.

Auftragseingänge im Maschinenbau 37% niedriger als im Vorjahr

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe wieder gesunken

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Juni 2009 gegenüber Juni 2008 „geglättet“ um 3% gesunken, nach einem Minus von 2,4% im Mai bzw. 2,7% im April. Davor hatte es neun Monate in Folge Zuwachsraten gegeben. Im Tiefbau war zwar im Drei-Monats-Durchschnitt ein Anstieg von 8,6% zu verzeichnen. Dieser wurde allerdings durch den Rückgang um 17% im Hochbau überkompensiert. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptge-

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sinken um 3%

werbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Monatsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2008 bei 51%, der des Hochbaus entsprechend bei 49%.

Zahl der Baugenehmigungen geht deutlich zurück

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau ist im Juni 2009 mit –15% im Drei-Monats-Durchschnitt wieder fast so kräftig gesunken wie im Mai (–17%). Im April 2009 hatte es – erstmals seit Juli 2008 – noch einen Anstieg von 5,7% gegeben.

Umsatzrückgänge im Handel und im Gastgewerbe

Weniger Umsatz im Einzelhandel

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Juni 2009 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt (in den die Originalwerte für die Monate Mai, Juni und Juli einfließen) einen realen Rückgang um 1,2% gegenüber Juni 2008 auf. Im Mai hatte es im Vorjahresvergleich ein leichtes Minus von 0,1% gegeben.

Umsatzrückgang auch im Kfz-Handel

Die Umsätze im Kraftfahrzeughandel gingen im Drei-Monats-Durchschnitt im Juni 2009 gegenüber Juni 2008 um 1,8% zurück. Nachdem im Vormonatsvergleich die Umsätze in den Monatsmonaten Februar und März kräftig zugelegt hatten, blieben sie seit Mai auf einem gleichbleibenden Niveau, das aber über dem des zweiten Halbjahres 2008 liegt. Damit scheint die „Abwrackprämie“ für Altfahrzeuge, die Mitte Januar eingeführt wurde, zumindest den kräftigen Rückgang zum Jahresende 2008 gestoppt zu haben.

Deutlich sinkende Umsätze im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken im Juni 2009 gegenüber Juni 2008 real um 4,7% (Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts). Im Mai war es im Vorjahresvergleich zu einem Umsatzminus von 6,6% gekommen.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktur; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Weiterhin
Umsatz-
einbußen im
Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Juni 2009 preisbereinigt um 3% unter dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Im Mai waren die Umsätze im Vorjahresvergleich um 2,6% gesunken.

Verbraucherpreisindex auch im September gesunken

Sinkende
Kraftstoff- und
Haushalts-
energiepreise
tragen wesent-
lich zum Preis-
rückgang bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im September 2009 im Vergleich zum Vormonat um 0,5% niedriger. Gegenüber dem September des Vorjahres ist er um 0,6% gesunken und damit zum fünften Mal in Folge rückläufig. Im Mai 2009 waren die Verbraucherpreise erstmals – seit der Berechnung eines eigenen Index für Rheinland-Pfalz im Jahre 1995 – im Vorjahresvergleich gesunken. Zu dem Rückgang trugen auch im September insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftig gesunkenen Preise für Haushaltsenergie (-7,8%) und Kraftstoffe (-15%) bei.

Preisentwick-
lungen in den
Waren- und
Dienstleis-
tungsgruppen
uneinheitlich

Die höchsten Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im September 2009 in den Indexhauptgruppen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,2%), „Möbel, Hausrat und ihre laufende Instandhaltung“ sowie „Bekleidung und Schuhe“ (jeweils +2,4%). Dagegen waren vor allem die Preise in den Bereichen „Verkehr“ (-3,2%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-3,5%) niedriger als im September 2008. Ein besonders starker Rückgang der Preise war im Bereich „Bildungswesen“ (-19%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosenzahl deutlich zurück- gegangen

Im September 2009 ist die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Vormonat stark gesunken. Insgesamt waren im Berichtsmonat 122 300 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 8 900 weniger als im August. Im Vergleich zum September 2008 ergab sich dagegen ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahl um 13 700 bzw. 12,6%. Hierin spiegelt sich der kräftige Konjunkturabschwung wider.

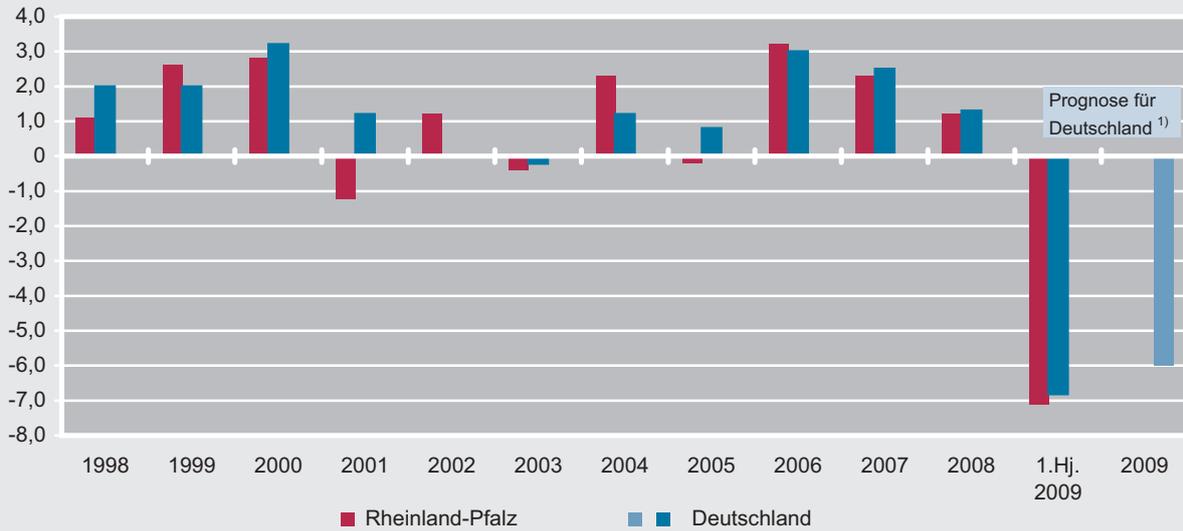
Starker Rück-
gang der
Arbeitslosigkeit
im September

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, belief sich im September 2009 auf 5,8%. Im Vergleich zum Vormonat sank sie um 0,4 Prozentpunkte. Gegenüber September 2008 ist die Quote um 0,6 Prozentpunkte gestiegen.

Trotz Wirtschaftskrise liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in etwa auf dem Vorjahresniveau. Im Juli 2009 waren nach vorläufigen Ergebnissen in Rheinland-Pfalz rund 1,2 Mill. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dass sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bisher kaum verändert hat, führt die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit auf den stabilisierenden Effekt der Kurzarbeit zurück.

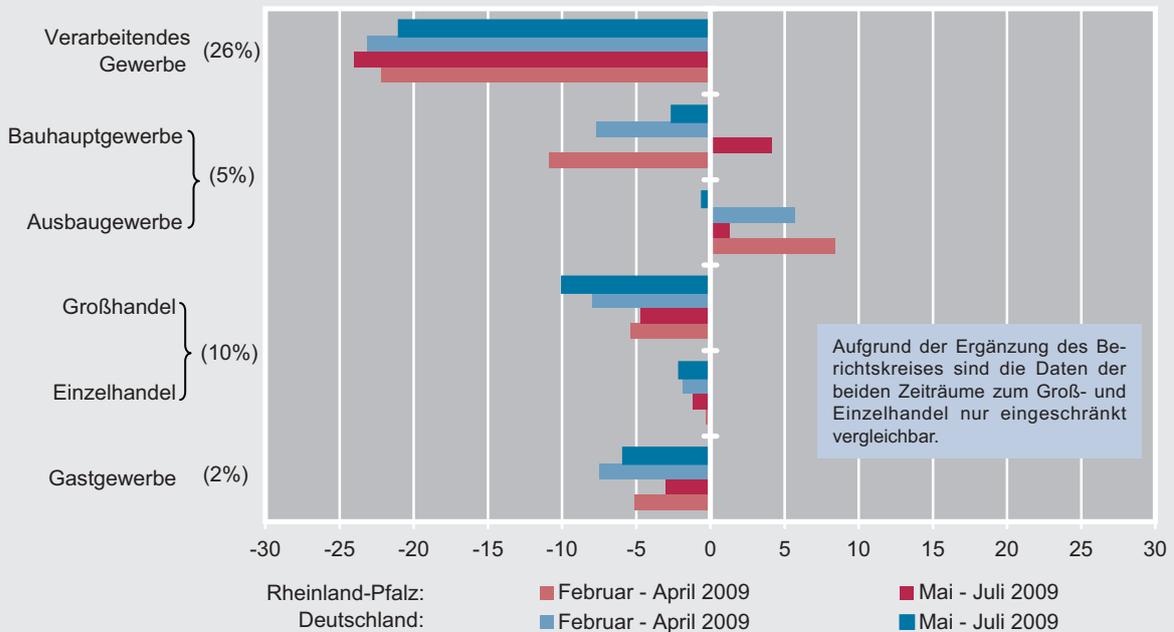
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

**Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
– Preisbereinigt –
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**



1) Nächster Fortschreibungstermin für 2009 im März 2010. - Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009.

**Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**



Aufgrund der Ergänzung des Berichtskreises sind die Daten der beiden Zeiträume zum Groß- und Einzelhandel nur eingeschränkt vergleichbar.

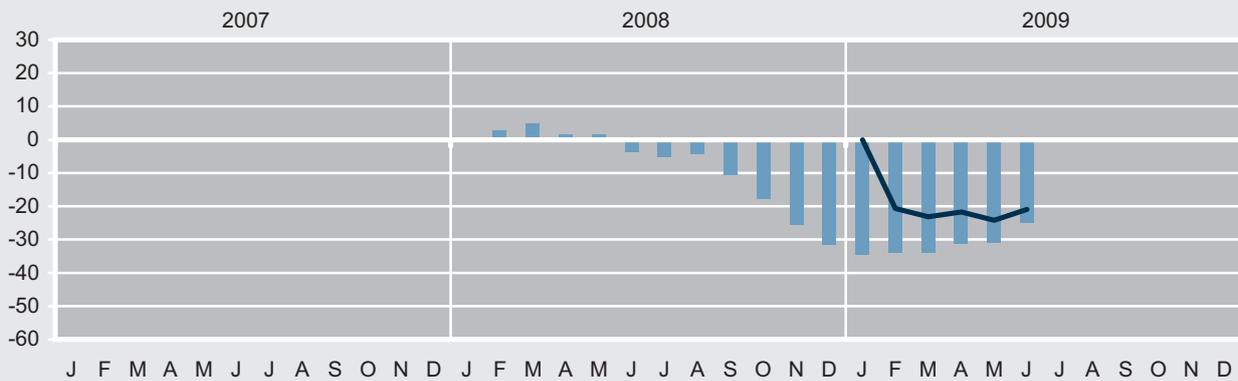
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2007. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. –3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

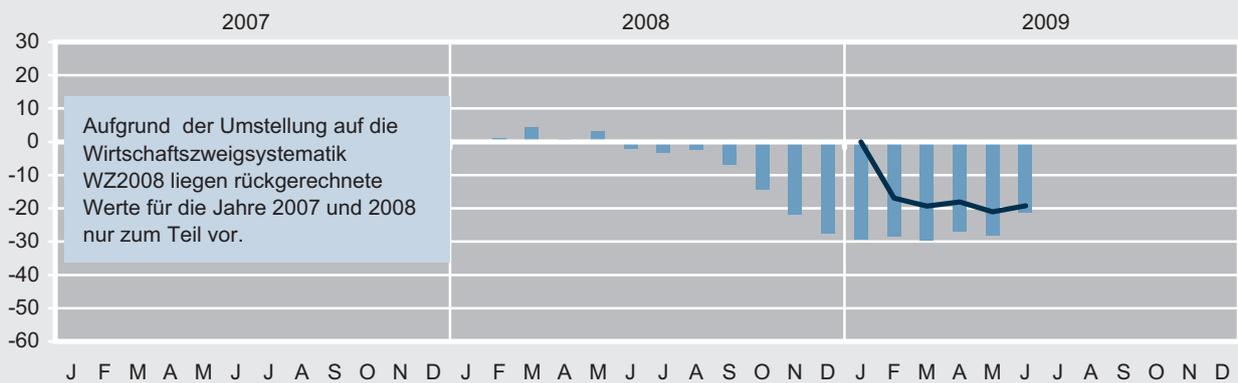
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

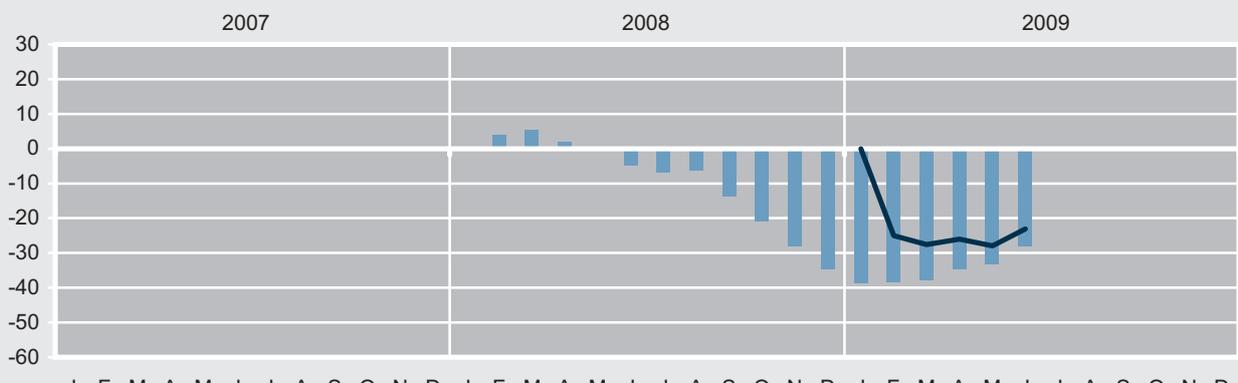
Insgesamt



Inland



Ausland



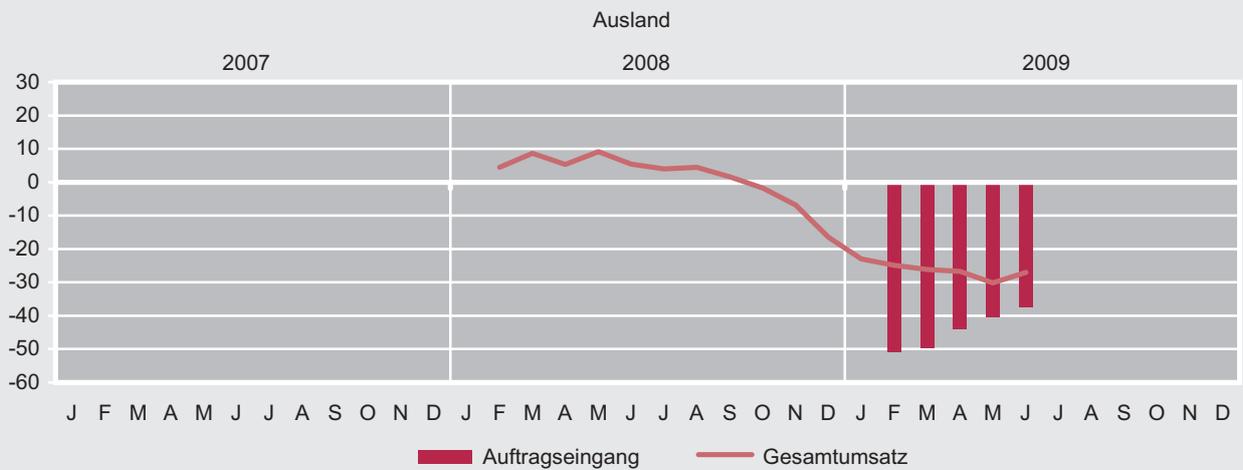
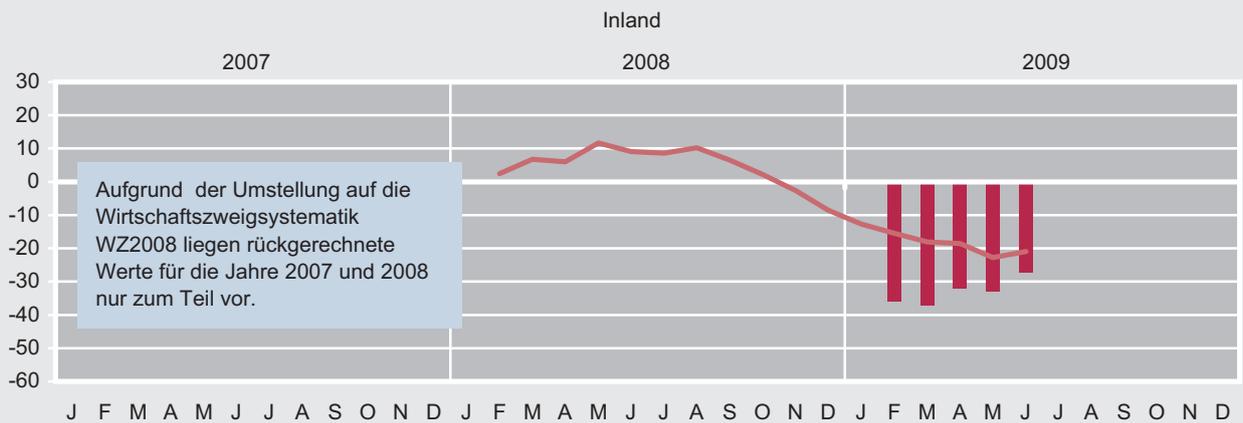
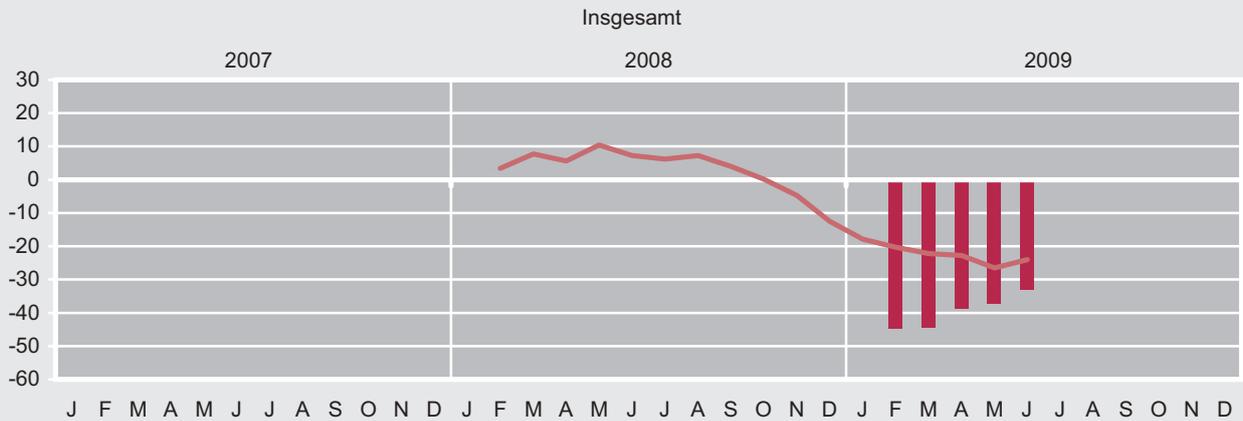
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

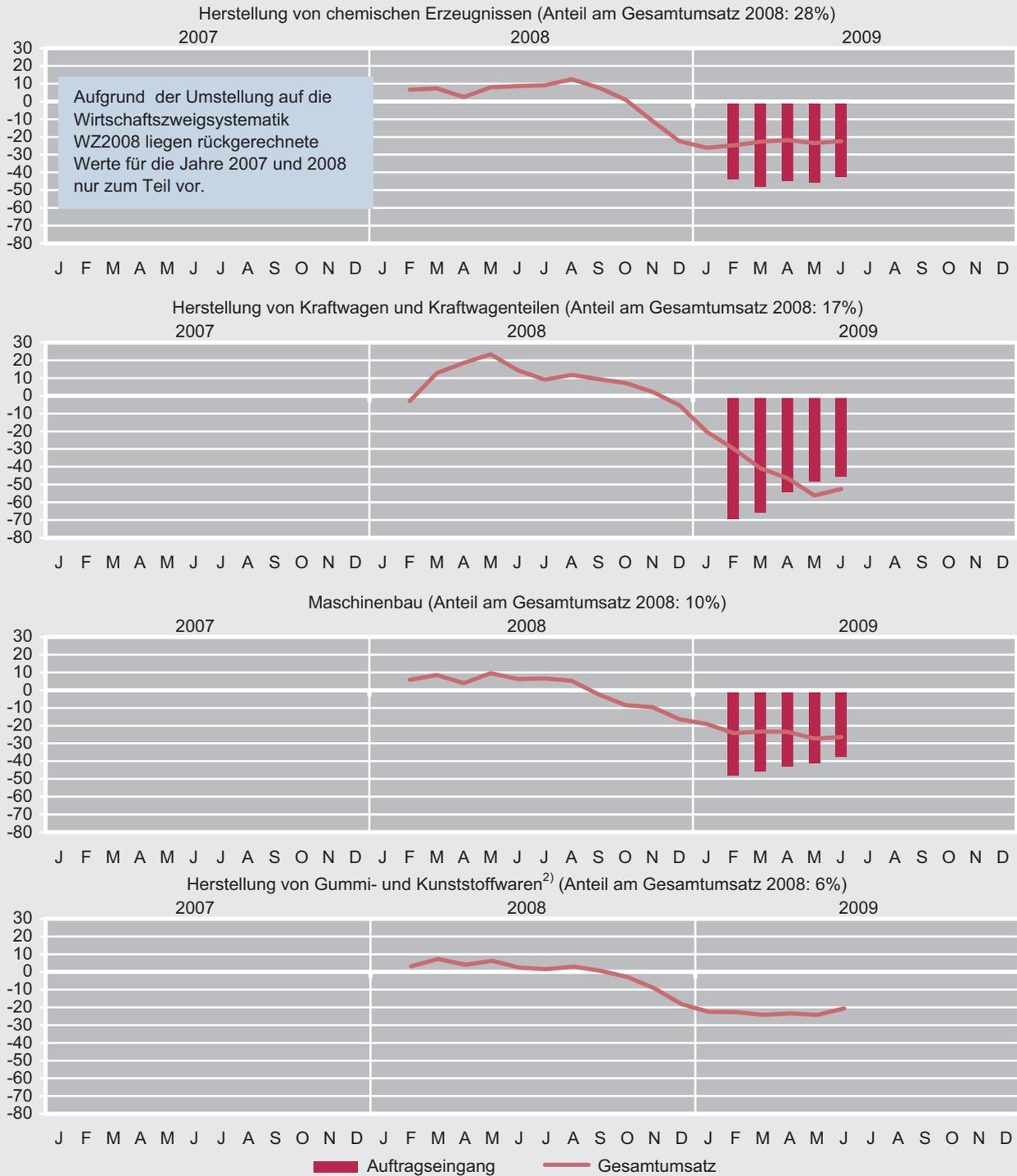
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

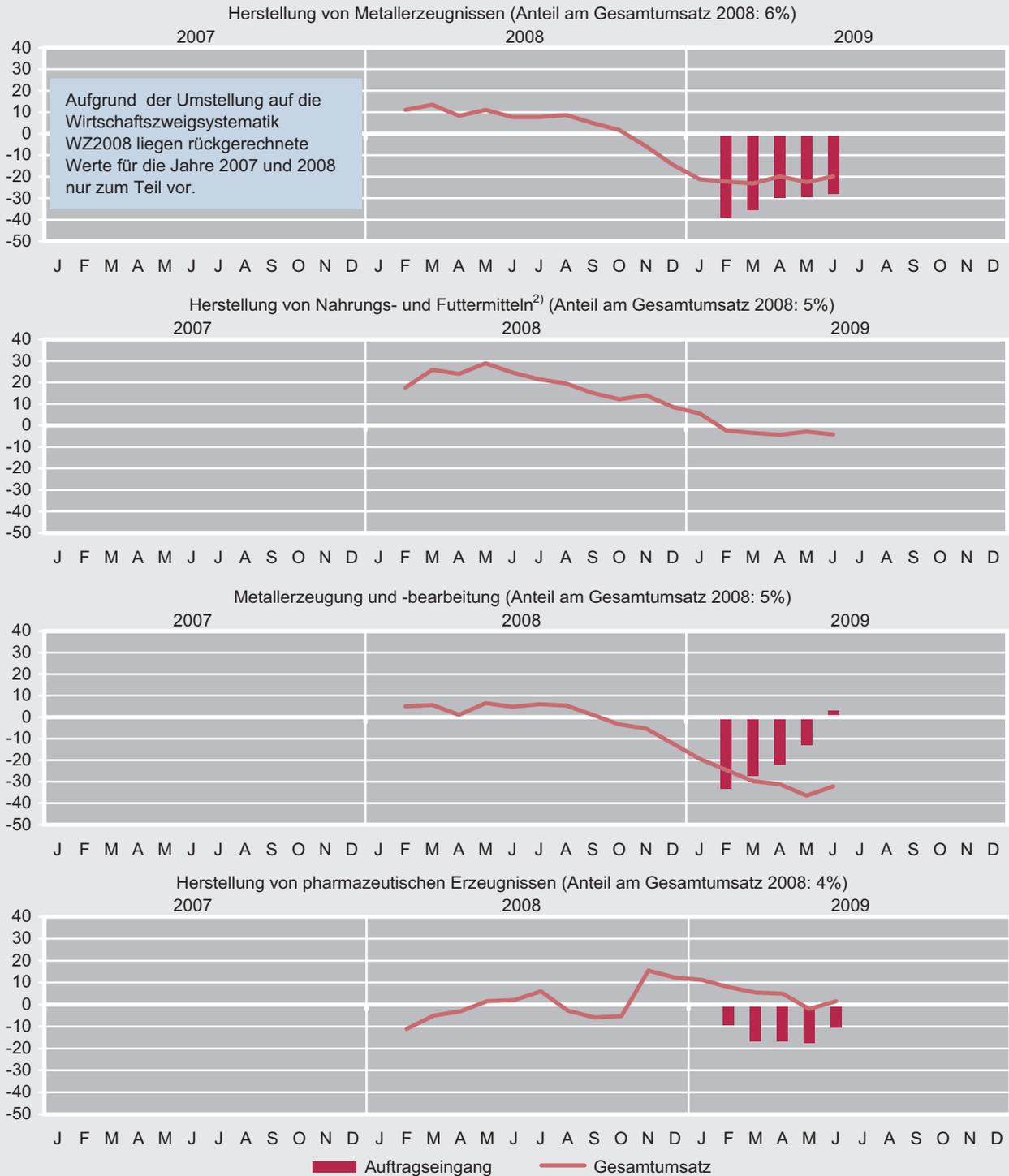
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

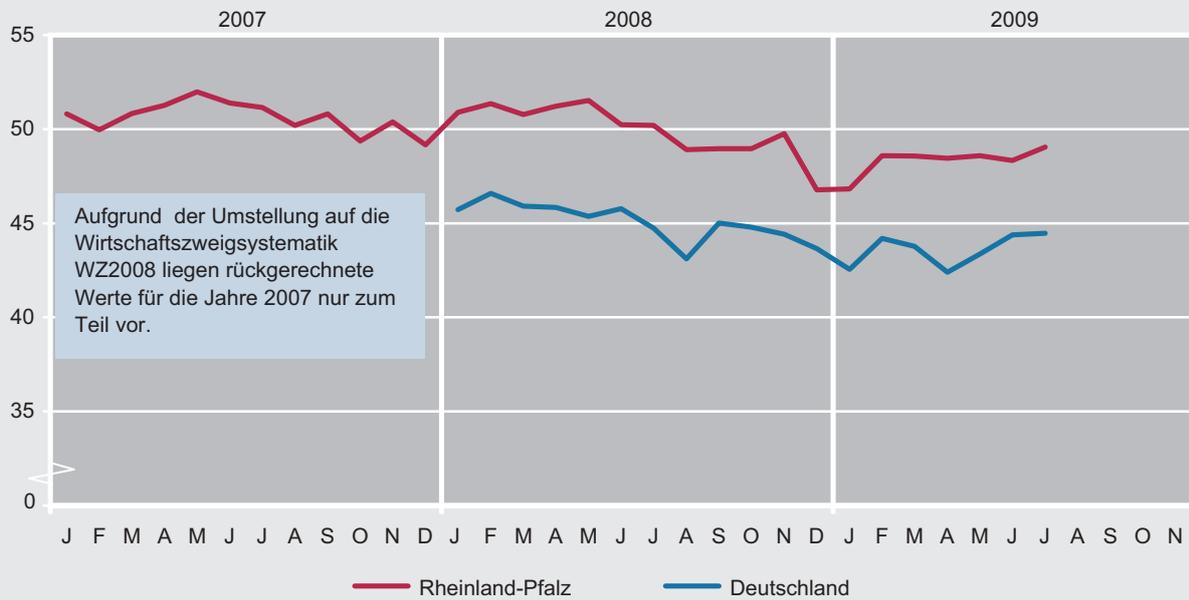
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. - 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

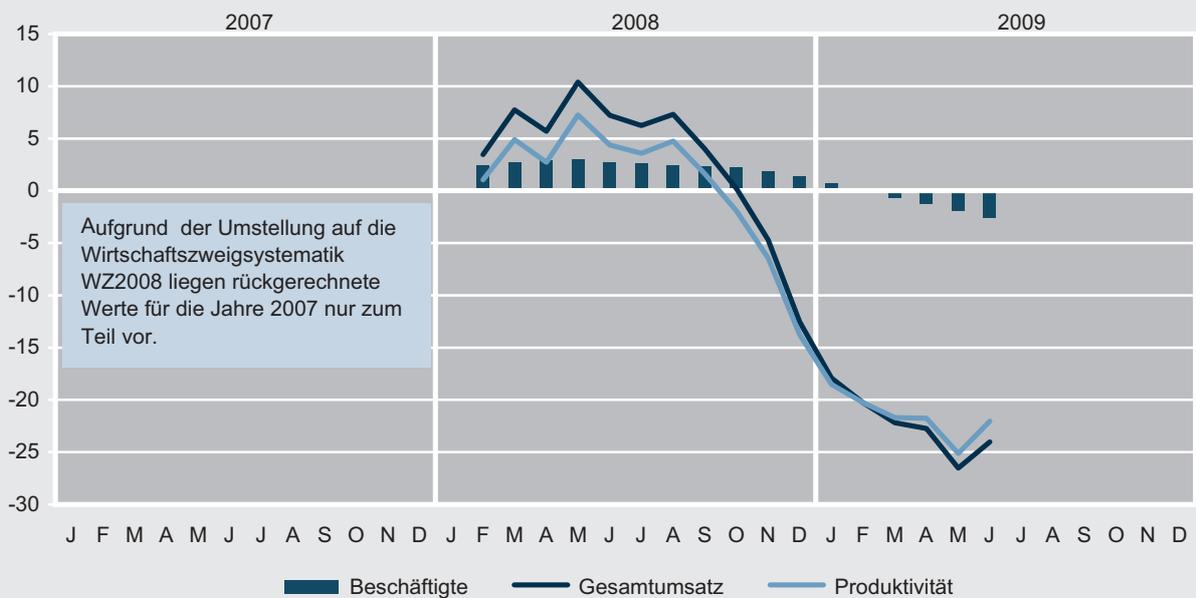
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

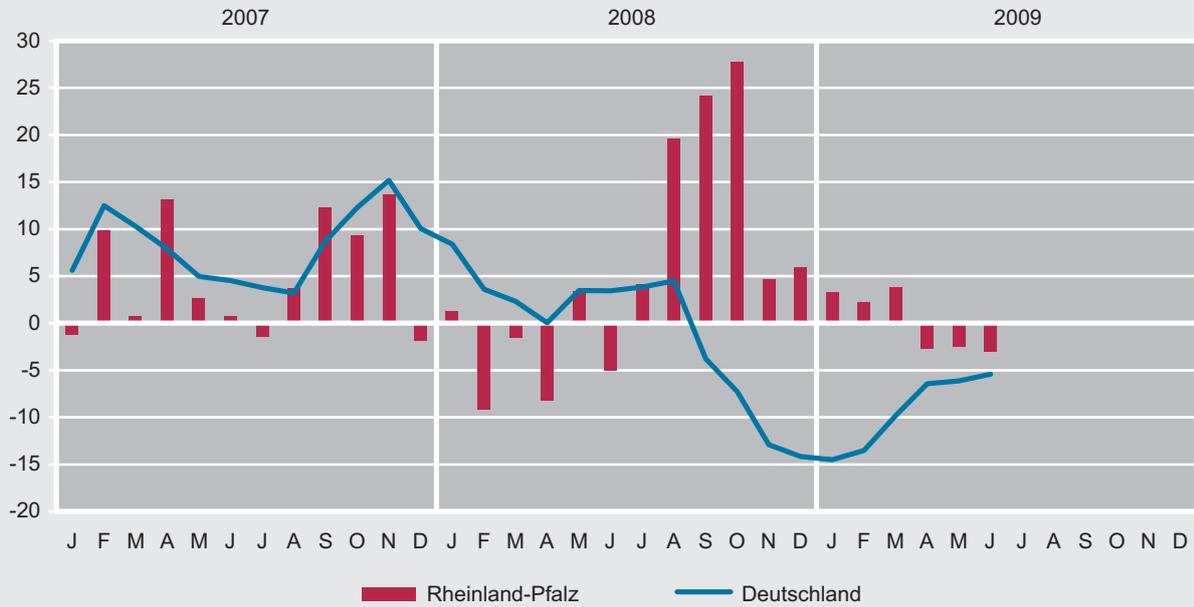
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

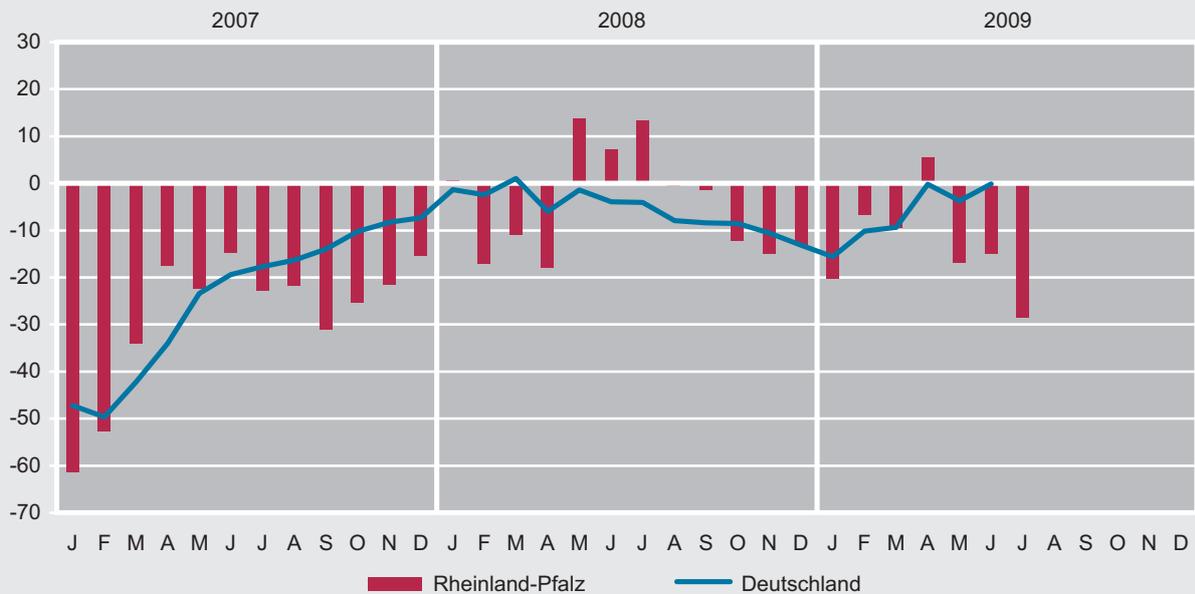
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

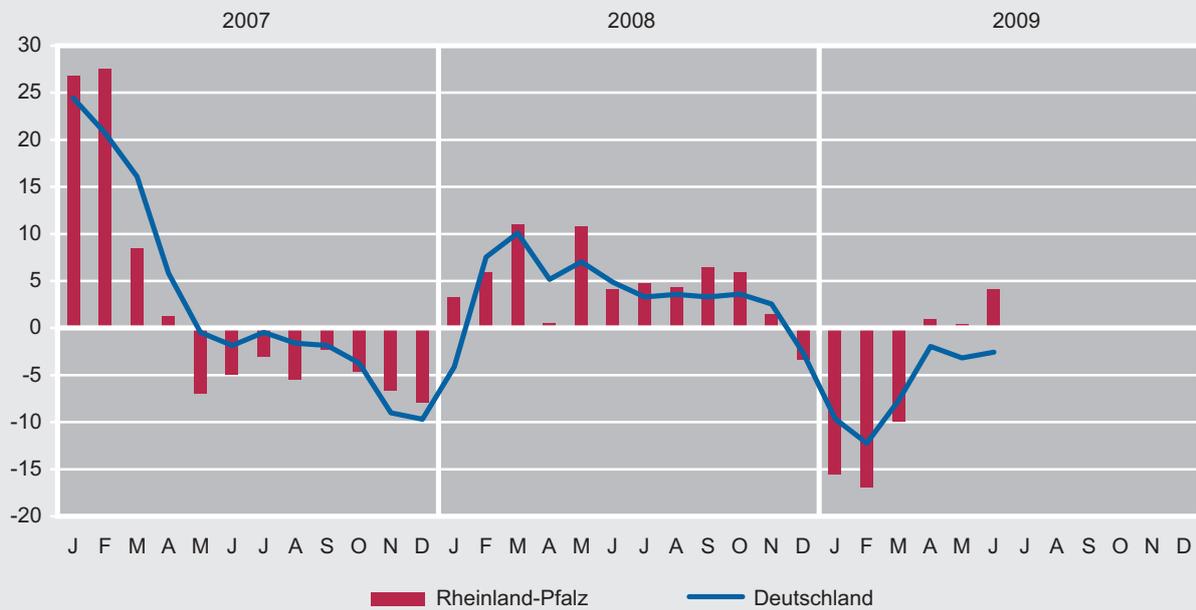
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

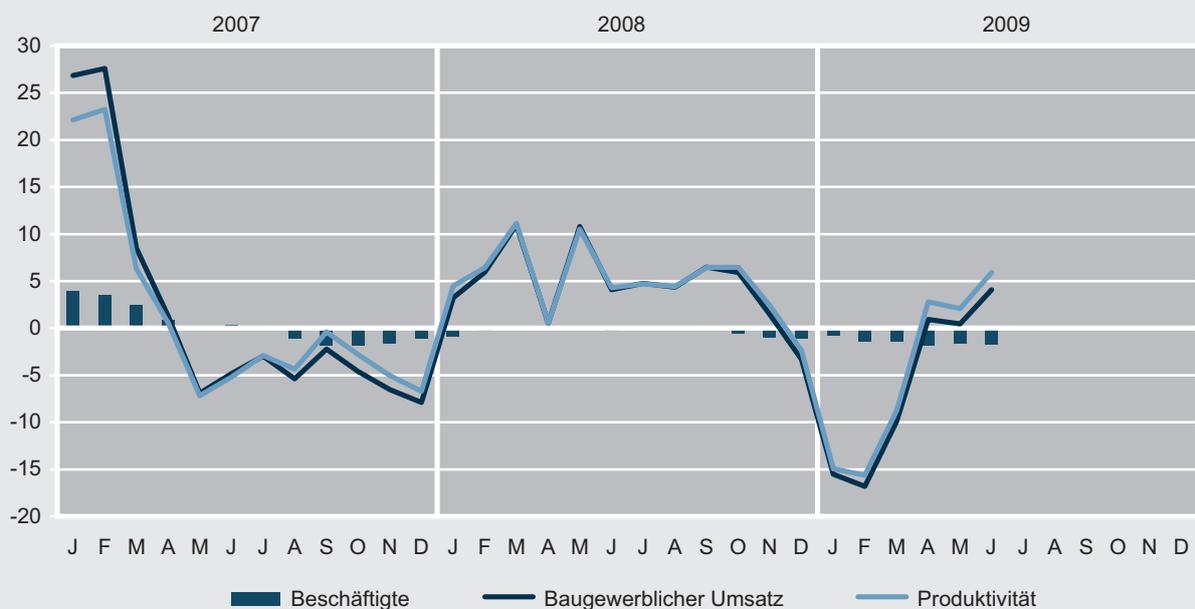
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

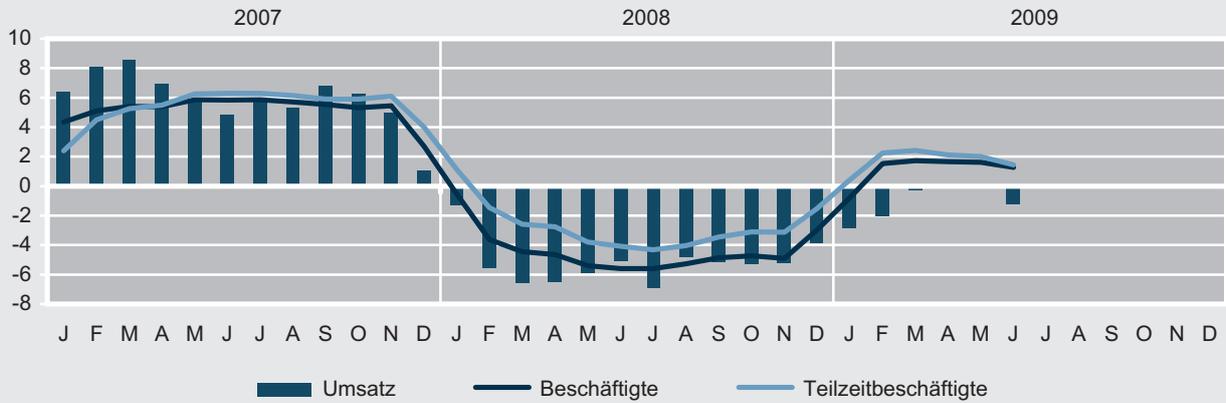
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

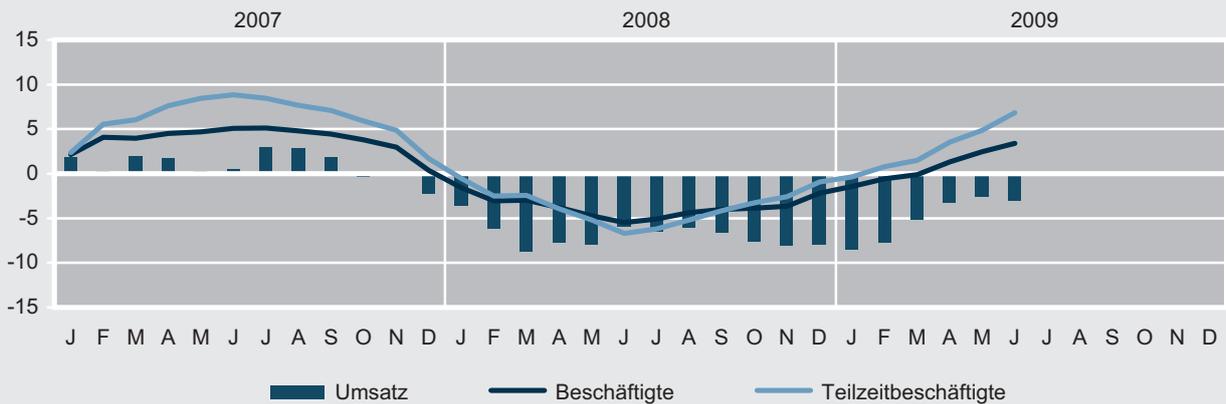
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

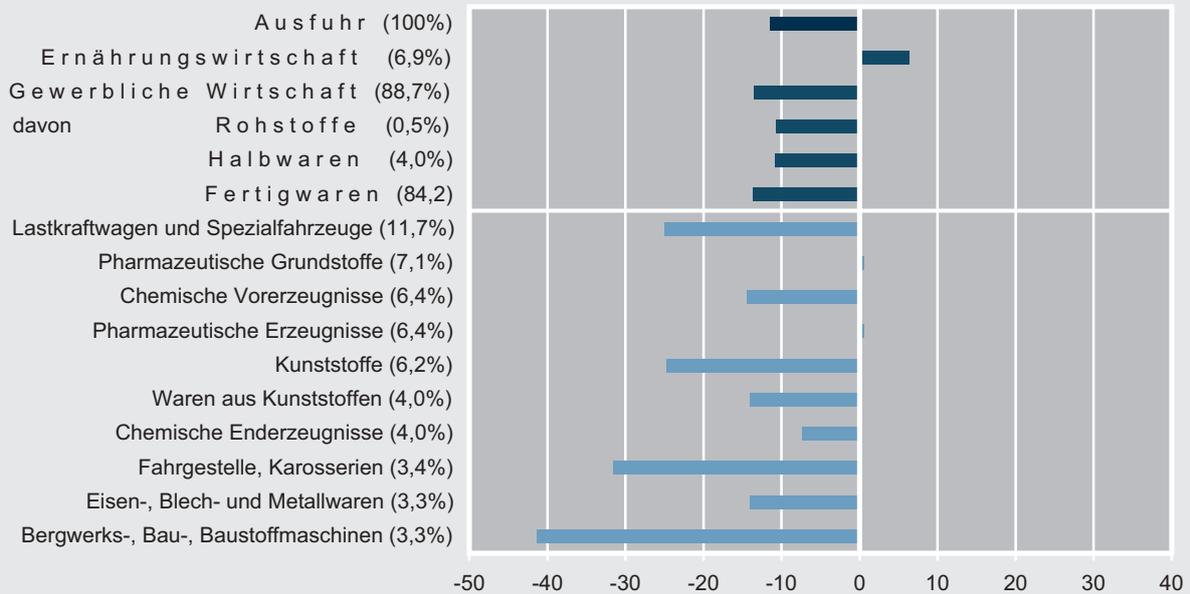
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

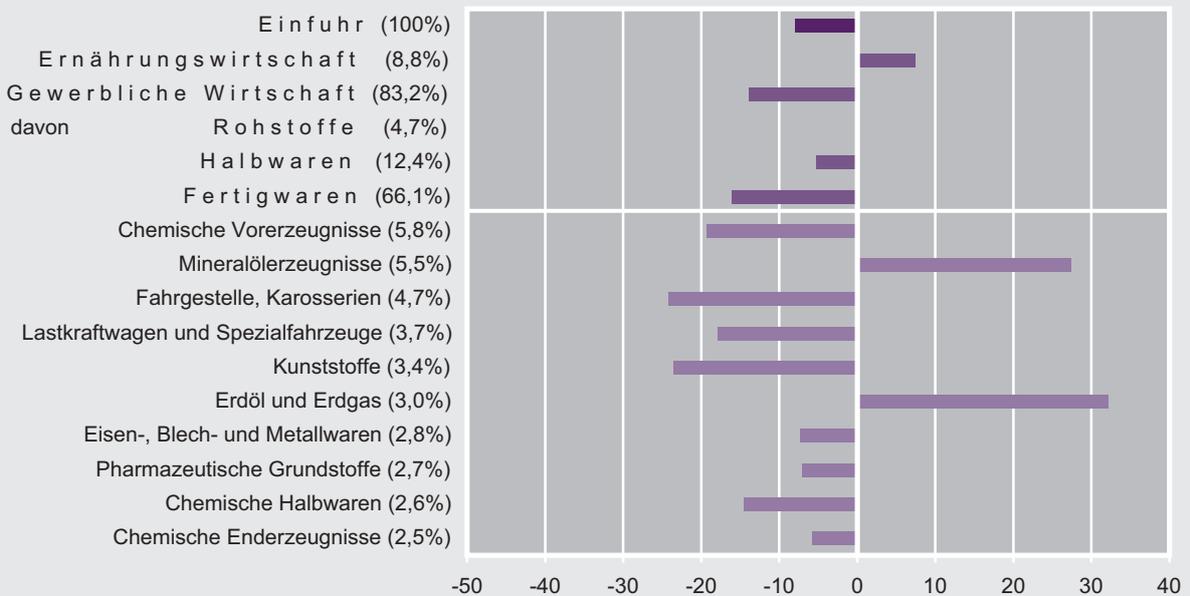
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2008 – Juni 2009 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2008 – Juni 2009 nach Warengruppen¹⁾

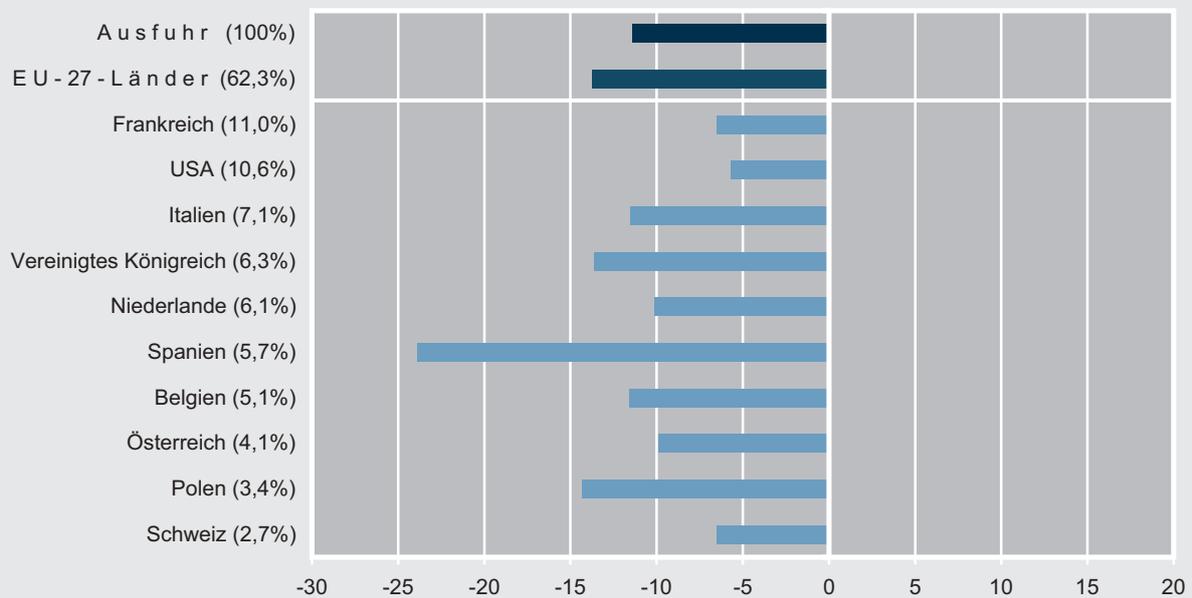
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

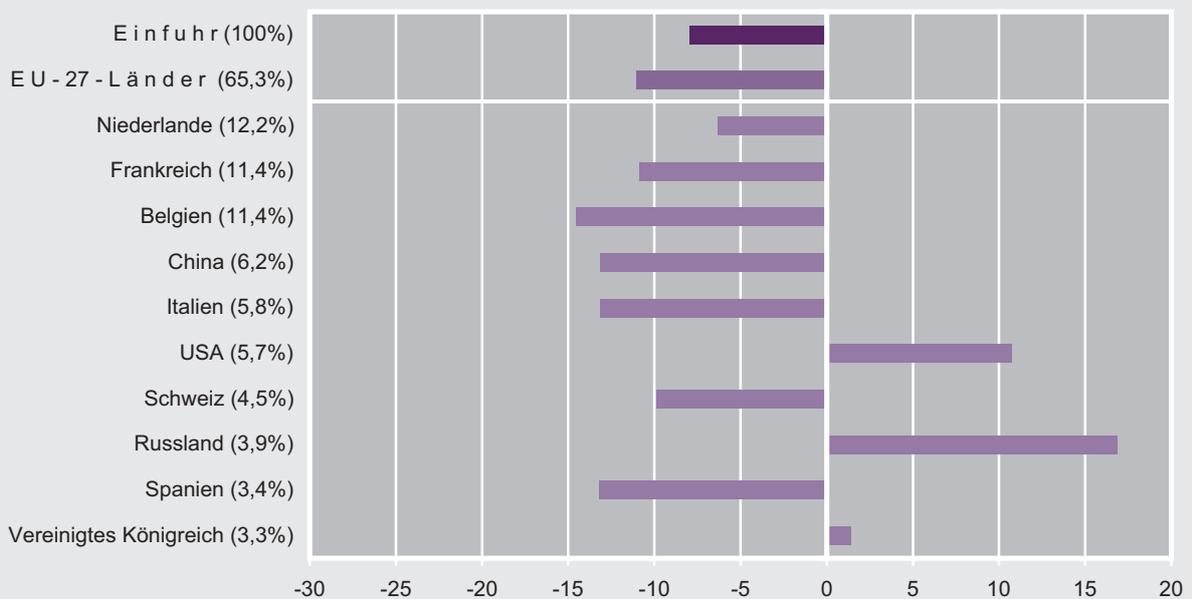
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2008 – Juni 2009 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



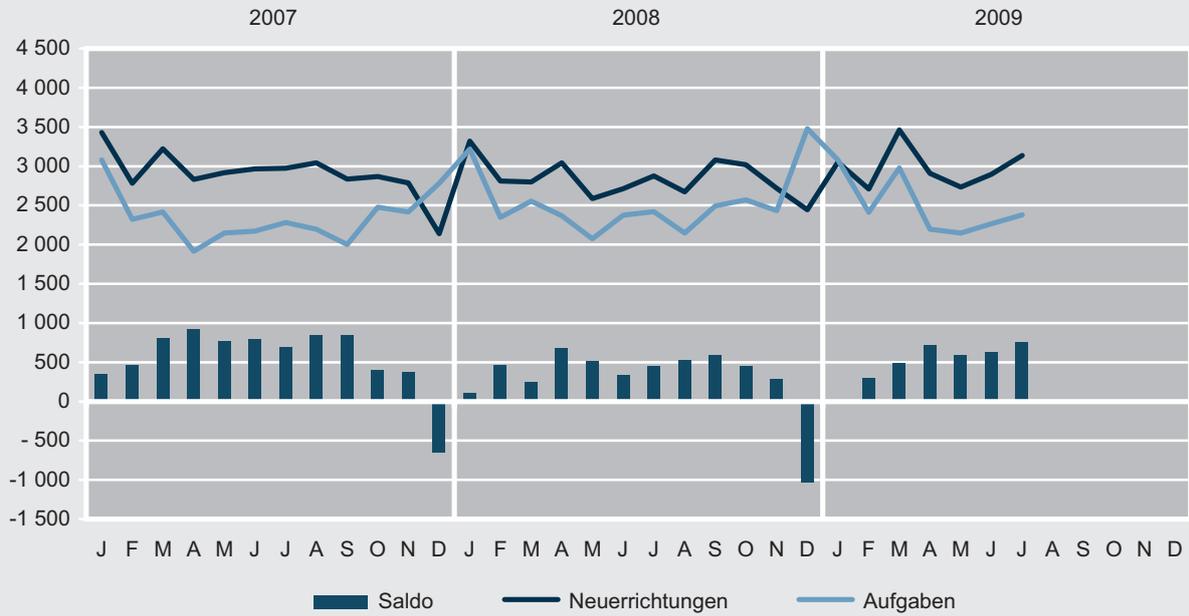
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2008 – Juni 2009 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

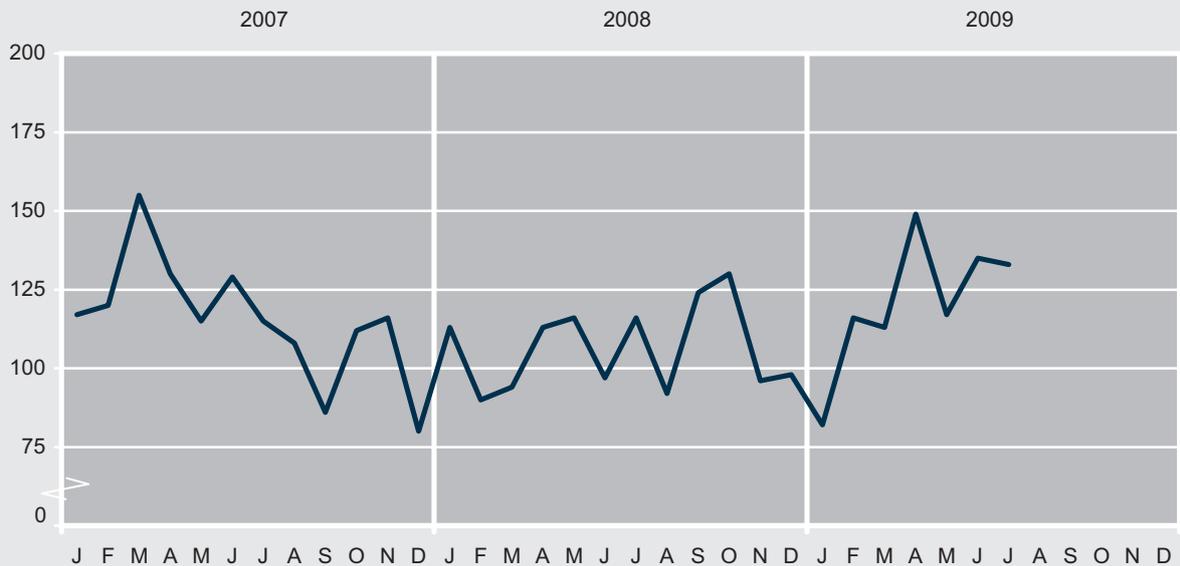


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

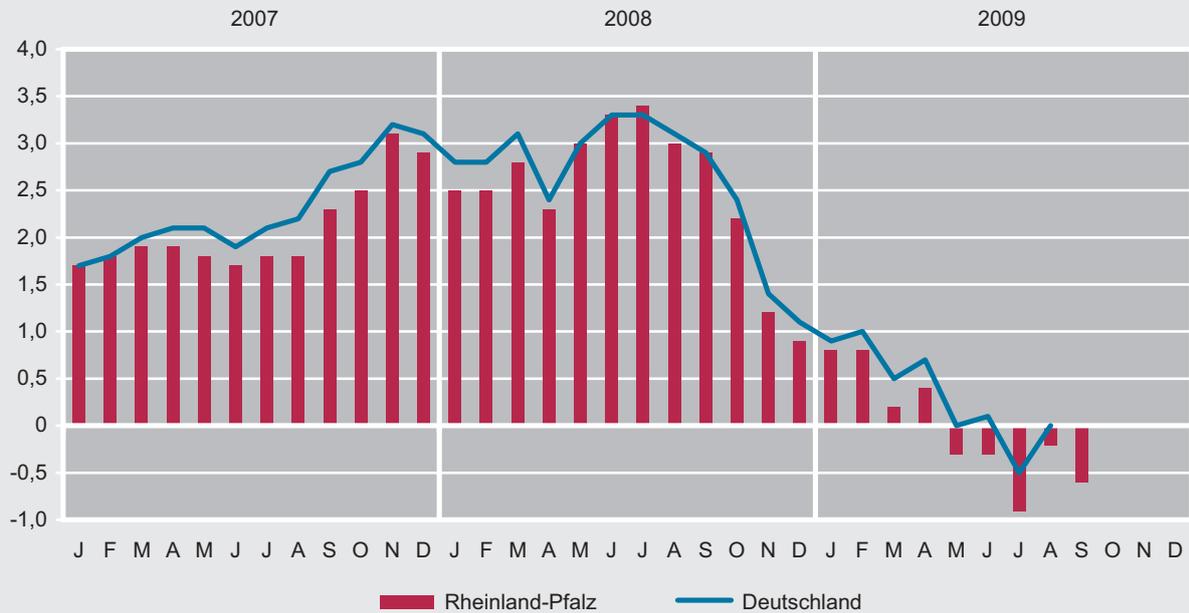


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



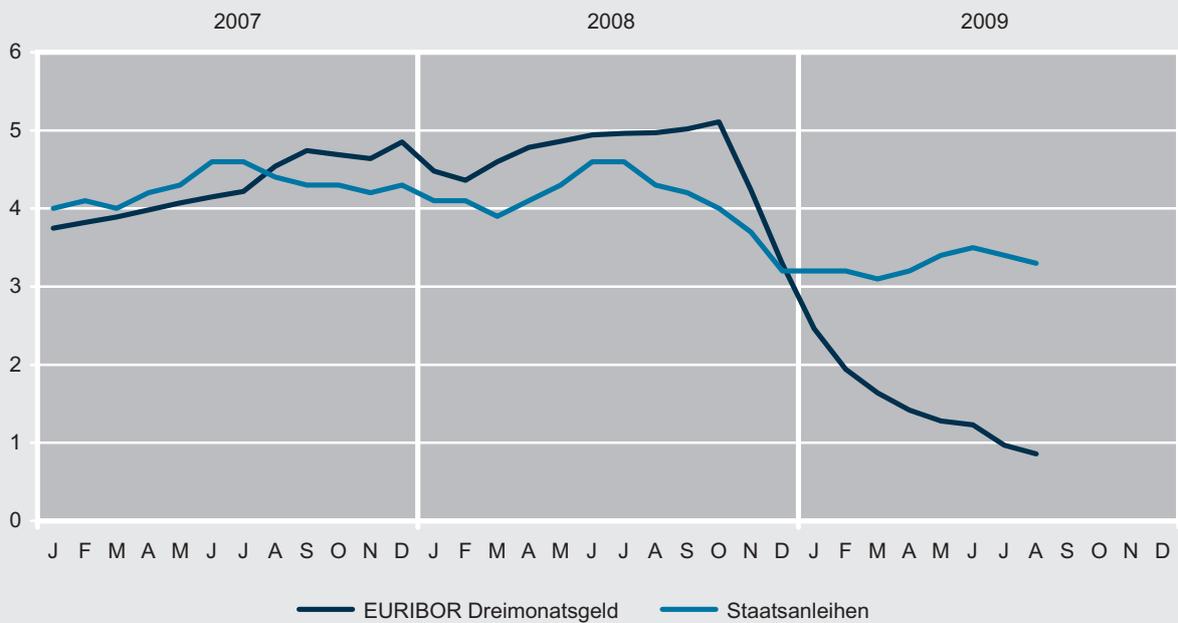
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

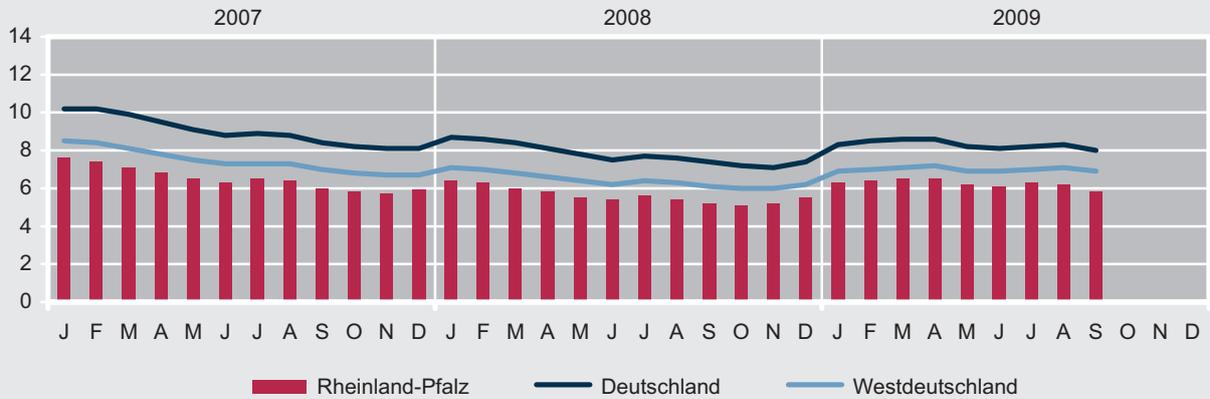
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

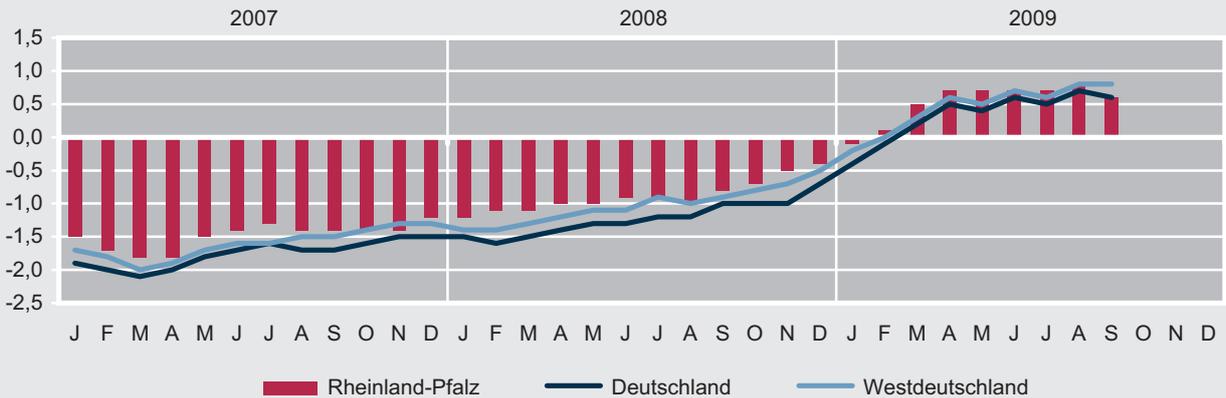
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Gemeldete offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

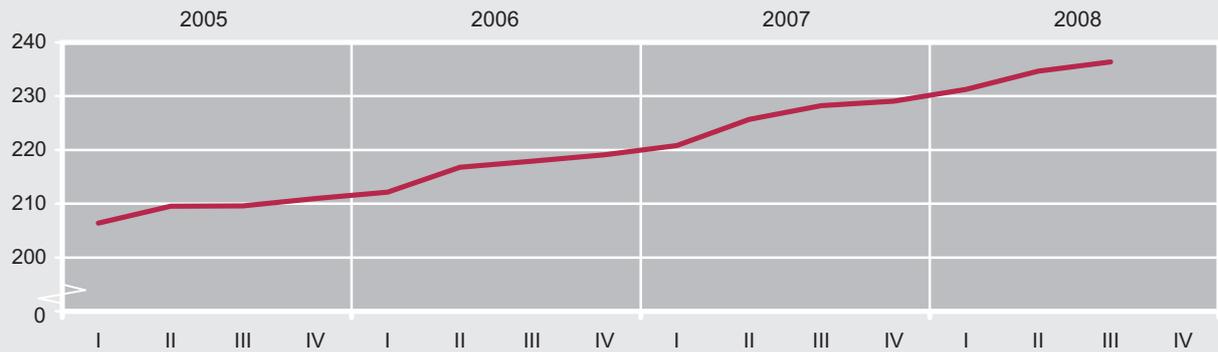
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



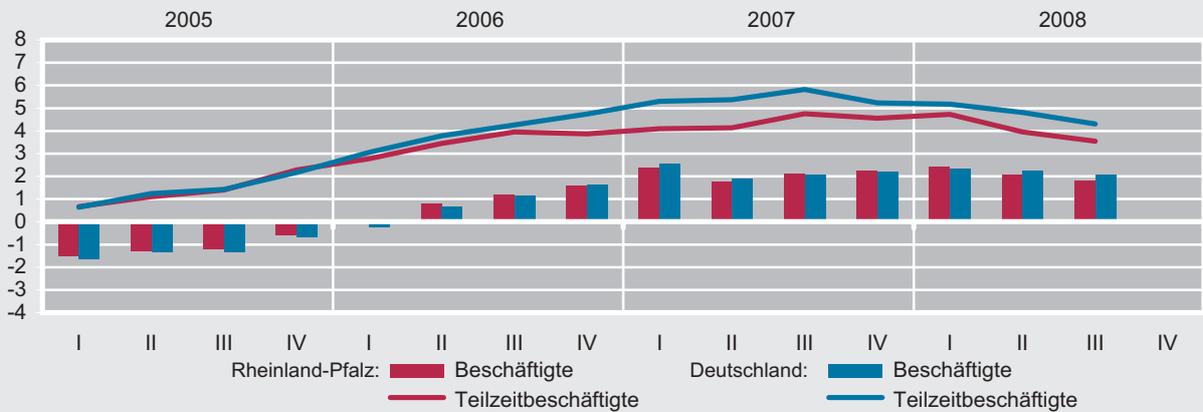
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

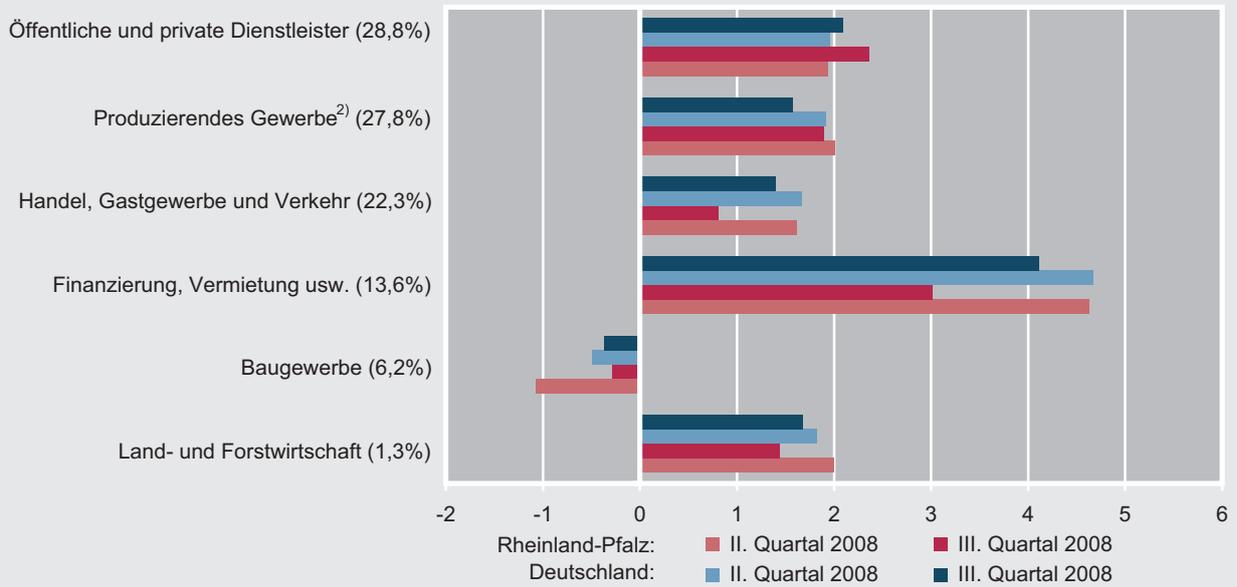
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

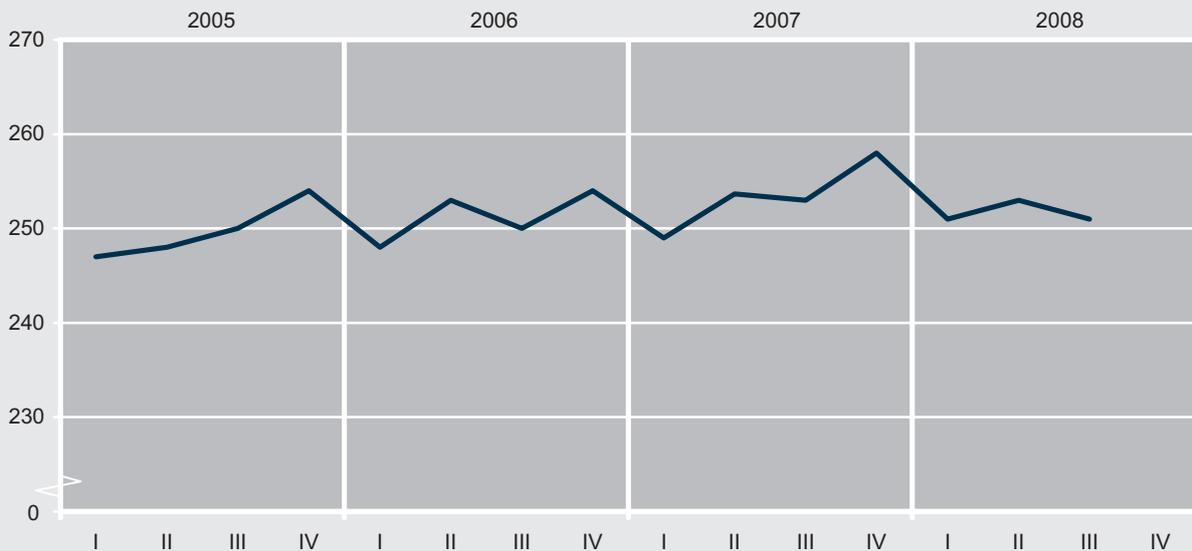
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

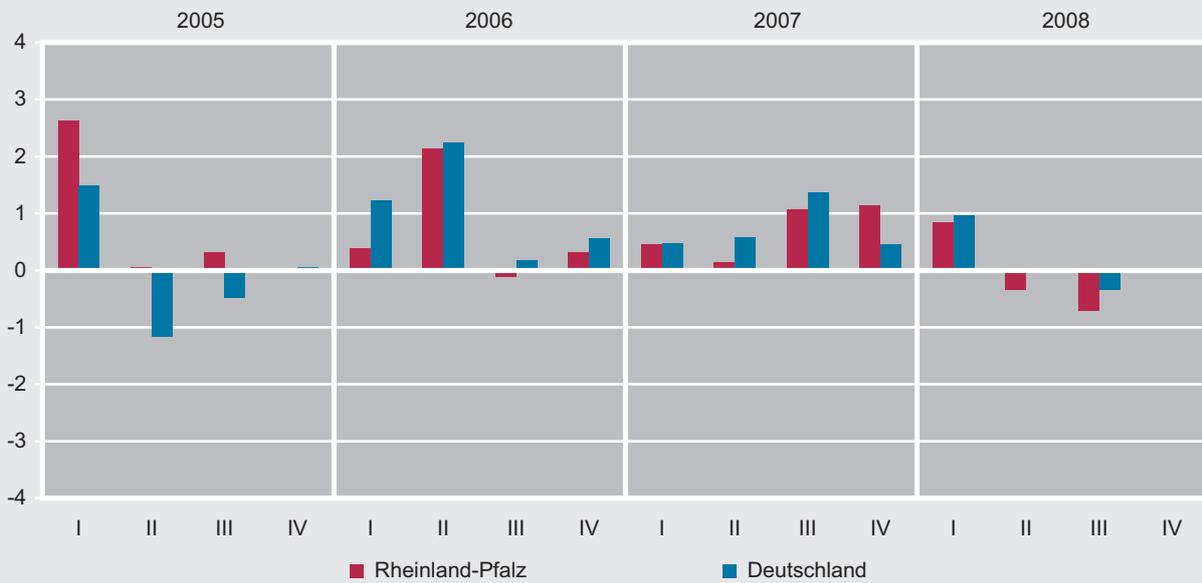
in 1 000



1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

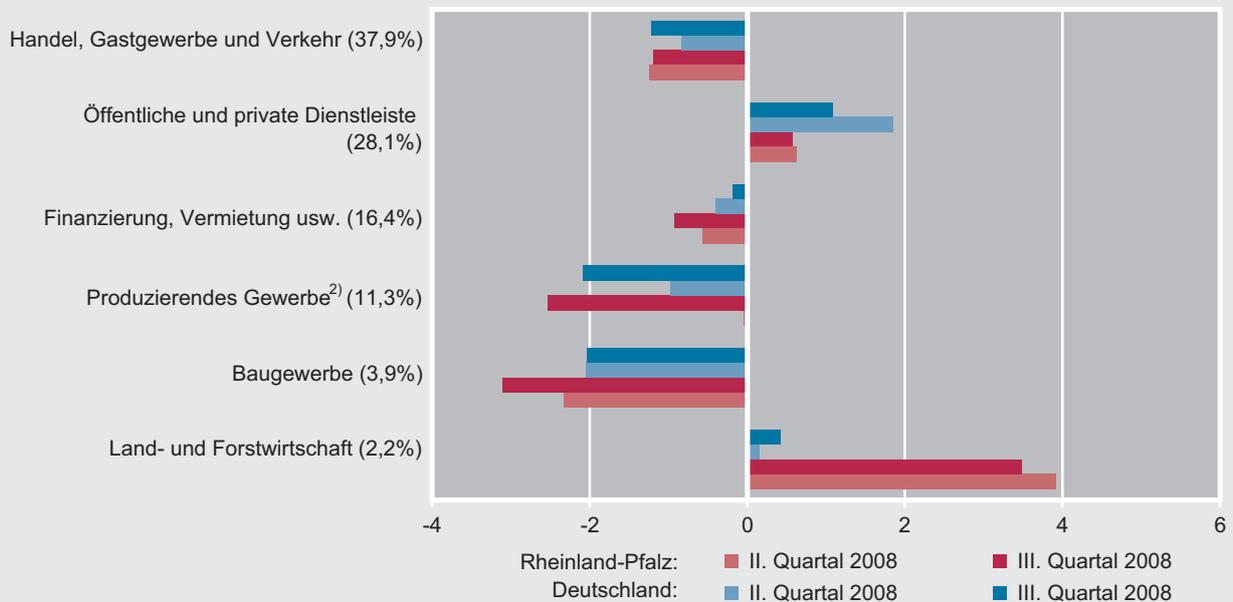
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. September 2009.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. $2000=100$) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandelungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet,

deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Fer-

ner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung

von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in a dark, sans-serif font on a light-colored background. The values range from approximately 60,000 to 150,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most prominent.

20	129 151	130 933	131 942	132 951
752	134 121	128 093	127 942	126 951
6 058	126 824	133 450	129 432	128 441
134 628	134 545	157 264	153 220	152 229
157 811	157 827	111 776	110 138	109 147
113 466	113 035	80 756	77 052	76 061
87 007	84 980	63 568	61 864	60 873
65 282	64 829	77 648	75 944	74 953
78 320	78 146	92 396	90 692	89 701
95 409	94 429	125 873	124 169	123 178
	125 677	103 800	102 096	101 105
	87 027	69 000	67 296	66 305

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 046 ¹⁾	4 028 ¹⁾	4 041	4 041	4 040	4 023
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	308 ¹⁾	313	314	314	308
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 629	1 672	868	1 160	2 286	625
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 711	2 685	2 405	2 635	2 407	2 263
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,0	7,0	7,9	7,0	7,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 514	3 578	3 723	3 671	3 368	4 074
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,6	10,8	11,1	9,8	13,2
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	8	8	15	9	16
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,6	3,1	3,3	5,7	3,7	7,1
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 802	- 892	-1 318	-1 036	- 961	-1 811
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,7	- 3,8	- 3,1	- 2,8	- 5,9
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 931	7 963	7 143	8 362	6 822	6 396
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 595	2 619	2 312	3 189	2 276	2 149
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 734	8 517	7 919	7 558	6 672	6 994
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 338	2 828	2 738	2 221	1 907	2 228
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	197	- 554	- 776	804	150	- 598
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 402	12 673	11 954	12 344	11 219	11 045

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte ^{8) 9)}	Einheit	2005	2006	2007			2008			
		30.6.			30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 149	1 158	1 179	1 206	1 194	1 196	1 203	1 228	1 209
* Frauen	1 000	519	521	527	540	539	539	540	553	550
* Ausländer/-innen	1 000	68	70	73	76	70	74	77	78	73
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	210	217	226	228	229	231	235	236	236
* darunter Frauen	1 000	183	187	195	197	198	200	202	203	204
davon nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	9	10	11	9
* Produzierendes Gewerbe	1 000
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	408	411	419	412
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	182	185	188	179
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	334	333	341	344

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt ¹⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.		
* Arbeitslose	Anzahl	133 676	116 260	116 302	112 523	108 558	127 511	131 330	131 197	122 252
* Frauen	Anzahl	67 361	57 758	59 537	57 635	55 517	57 612	60 144	60 802	56 401
Männer	Anzahl	66 315	58 501	56 765	54 888	53 041	69 899	71 186	70 395	65 851
SGB III (Arbeitslosengeld I) ²⁾	Anzahl	52 478	43 862	43 084	40 714	38 929	52 347	55 776	54 975	48 337
SGB II (Arbeitslosengeld II) ³⁾	Anzahl	81 198	72 398	73 218	71 809	69 629	75 164	75 554	76 222	73 915
* Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	6,5	5,6	5,6	5,4	5,2	6,1	6,3	6,2	5,8
* Frauen	%	.	6,0	6,2	6,0	5,8	5,9	6,2	6,2	5,8
* Männer	%	.	5,3	5,1	4,9	4,8	6,2	6,3	6,3	5,8
* jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	.	5,6	6,6	6,1	5,6	6,3	8,0	8,2	6,6
jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	.	4,0	5,3	4,9	4,4	3,7	5,3	5,9	4,5
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	.	6,0	5,8	5,7	5,6	6,2	6,1	6,0	5,8
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	.	5,7	5,6	5,6	5,5	6,3	6,2	6,2	6,1
* Ausländer/-innen	%	.	12,6	12,4	12,4	11,9	13,6	13,7	13,5	13,0
Deutsche	%	.	5,1	5,1	4,9	4,8	5,5	5,7	5,7	5,3
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 527	4 624	1 626	1 739	2 836	59 544
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 191	23 508	25 216	25 141	25 296	19 444	19 379	19 141	19 168

**BAUTÄTIGKEIT
(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	469	467	507	754	545	516	457	430	606
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	448	443	487	727	514	492	435	412	579
3 und mehr Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	21	23	20	27	31	24	22	18	27
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	-	2	-	1	16	25	-	-	...
Unternehmen	Anzahl	68	88	87	337	90	42	53	51	160
private Haushalte	Anzahl	400	376	420	416	439	449	404	379	446
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	673	642	640	911	816	641	694	553	769
* Umbauter Raum	1 000 m ³	468	437	450	559	554	554	509	410	533
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	82	84	111	105	87	97	75	101
Wohnräume	Anzahl	3 688	3 532	3 607	5 084	4 695	4 335	3 940	3 207	4 257
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	114	107	112	132	140	142	127	104	137

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	133	133	120	135	151	93	117	105	136
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	14	14	13	24	9	15	16	22
Unternehmen	Anzahl	115	116	102	119	124	78	95	87	110
private Haushalte	Anzahl	6	3	4	3	3	3	2	2	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	22	15	54	33	10	18	10	22
* Umbauter Raum	1 000 m ³	980	1 243	782	1 071	900	1 009	734	392	610
* Nutzfläche	1 000 m ²	124	156	121	138	123	105	111	61	92
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	76	105	86	99	90	69	91	50	98

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß- nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	783	752	743	1 083	977	712	786	633	893
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 336	4 197	4 250	6 138	5 456	4 867	4 552	3 784	5 011

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 823	10 686	10 458	9 547	10 213	10 183	10 301	10 069	9 257
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 530	2 520	2 316	2 031	2 164	2 326	2 184	2 048	2 038
darunter										
* Kälber ²⁾	t	17	18	17	9	13	15	11	6	8
* Jungrinder	t	10	5	5	2
* Schweine	t	8 211	8 094	8 060	7 449	8 004	7 776	8 062	7 963	7 168
* Eierzeugung ³⁾	1 000	10 036	9 727	10 059	9 721	9 462	9 424	9 331	8 355	9 036

PRODUZIERENDES GEWERBE

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴⁾

* Betriebe	Anzahl	1 007	1 038	1 039	1 035	1 036	1 040	1 040	1 040	1 040
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	242 340	248 154	247 249	248 213	249 281	243 759	242 670	242 054	241 145
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 117	31 786	30 968	32 216	31 535	28 777	28 365	28 783	29 737
* Entgelte ⁶⁾	Mill. EUR	839	884	1 084	892	839	877	1 004	858	794
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 230	6 485	6 726	6 981	6 804	5 066	4 976	5 273	5 337
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	3 307	3 413	3 555	3 662	3 672	2 782	2 709	2 816	2 929
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 801	1 932	2 055	2 174	1 988	1 176	1 195	1 320	1 269
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	137	107	95	105	88	93	81	87	93
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	984	1 033	1 022	1 040	1 056	1 015	990	1 050	1 047
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	...	1 804	1 924	1 918	1 966	1 527	1 472	1 480	1 551
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	998	1 083	1 207	1 217	1 095	489	527	585	562
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 153	3 244	3 466	3 507	3 416	2 455	2 418	2 549	2 618
Exportquote ⁸⁾	%	50,6	50,0	51,5	50,2	50,2	48,5	48,6	48,3	49,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	.	108,9	114,5	117,5	117,3	73,2	73,7	79,0	81,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	.	109,0	118,8	126,0	119,0	75,7	75,0	82,0	86,0
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	.	105,4	107,8	103,3	111,9	63,2	64,3	68,6	67,8
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	91,3	97,1	102,7	110,7	73,1	74,2	92,2	88,9
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	128,7	122,2	133,8	133,2	106,2	110,8	106,9	118,5
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	.	108,8	118,6	130,3	123,0	66,5	67,2	71,3	75,1
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	.	93,2	104,6	84,3	98,1	50,6	52,8	51,7	52,5

Energie- und Wasser- versorgung

* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	103	111	111	111	111	116	116	116	115
* Beschäftigte ^{5) 9)}	Anzahl	9 860	9 943	9 886	9 889	9 906	9 988	10 017	10 011	9 963
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾	1 000 h	1 241	1 261	1 176	1 271	1 205	1 245	1 224	1 242	1 302
* Bruttoentgeltsumme ⁹⁾	Mill. EUR	34	35	36	33	32	42	36	34	33
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	776	759	713	638	742	700	291	326	397
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	760	743	695	620	725	686	280	313	383

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe ¹⁾

Einheit	2007	2008			2009			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

Bauhauptgewerbe ²⁾

* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 559	36 466	36 675	37 202	36 622	36 194	36 071	36 402	36 130
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 702	3 647	3 718	4 136	3 804	3 945	3 661	4 023	4 087
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 523	1 419	1 492	1 591	1 440	1 540	1 375	1 629	1 597
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	862	929	917	1 038	958	895	857	911	907
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 317	1 298	1 309	1 507	1 406	1 510	1 429	1 483	1 583
darunter Straßenbau	1 000 h	652	664	704	808	730	790	741	773	826
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	82	84	84	85	90	85	81	87	88
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	363	345	402	377	338	340	403	427
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	112	113	116	122	113	99	91	116	114
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	91	105	98	113	110	108	102	116	120
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	145	131	166	155	132	147	170	192
darunter Straßenbau	Mill. EUR	65	66	59	80	75	60	68	80	94

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁵⁾**

Einheit	2007	2008	2007	2008			2009	
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal

Betriebe ⁶⁾	Anzahl	297	312	294	313	310	311	313	356	357
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁶⁾	Anzahl	11 384	11 985	11 468	11 876	11 907	12 029	12 127	13 153	13 024
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 674	3 819	3 745	3 686	3 814	3 856	3 921	3 996	4 129
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	78	83	85	79	81	81	90	86	88
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	276	311	351	230	302	302	409	249	306

HANDEL ⁷⁾**Großhandel ⁸⁾**

Einheit	2007	2008			2009			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

* Beschäftigte	2005=100	120,8	123,6	122,4	123,1	122,4	121,1	121,5	121,2	121,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	115,1	112,3	111,7	111,2	118,4	120,2	120,1	120,1
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	114,5	120,0	119,3	122,7	125,3	111,9	106,5	109,2	112,0
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	107,9	108,8	106,3	109,5	110,1	106,2	101,2	103,2	106,3

Einzelhandel ¹⁰⁾

* Beschäftigte	2005=100	113,3	107,8	106,8	106,6	106,8	108,6	108,6	107,9	107,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	112,8	109,3	108,3	108,1	108,9	110,4	110,5	109,6	109,9
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	115,2	112,1	115,9	107,3	112,0	118,1	111,5	107,3	112,4
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	113,5	107,5	110,8	102,7	107,1	112,7	106,4	102,2	108,2

Kfz-Handel ¹¹⁾

* Beschäftigte	2005=100	112,6	107,8	107,3	108,1	108,7	106,5	106,2	107,2	107,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	126,5	122,5	119,7	123,6	125,4	124,7	123,9	127,7	127,9
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	99,5	95,9	103,3	103,8	98,2	104,6	99,6	100,8	100,8
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	95,3	90,4	97,5	97,7	92,2	97,9	93,3	94,6	94,3

GASTGEWERBE ^P

* Beschäftigte	2005=100	109,4	105,1	107,7	107,7	107,9	106,3	110,9	111,2	112,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	111,6	114,5	114,5	113,5	116,1	121,3	121,4	123,2
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	107,7	102,8	116,5	108,6	114,2	99,5	115,4	107,0	114,1
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	104,0	96,6	110,4	102,4	106,9	92,2	106,7	98,8	104,6

1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS¹⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Gästeankünfte	1 000	615	621	839	731	774	597	814	758	803
* darunter von Auslandsgästen	1 000	143	148	189	183	248	138	190	177	251
* Gästeübernachtungen	1 000	1 662	1 686	2 249	1 906	2 433	1 615	2 124	1 987	2 399
* darunter von Auslandsgästen	1 000	402	427	540	496	854	375	541	499	842

VERKEHR

Straßenverkehrsunfälle

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 082	2 017	1 926	2 162	2 213	1 721	1 844	2 201	2 171
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 384	1 331	1 257	1 570	1 592	1 095	1 306	1 573	1 496
* Getötete Personen	Anzahl	18	19	28	16	15	23	6	30	18
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	10	14	8	9	17	3	17	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	6	4	4	2	1	7	4
Radfahrer	Anzahl	1	2	3	3	2	2	-	3	3
Fußgänger	Anzahl	2	3	4	-	-	2	2	2	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 795	1 738	1 643	2 001	2 049	1 447	1 695	2 070	1 989
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	338	329	267	430	428	232	316	476	394
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	159	147	137	129	175	139	137	168	156
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	83	82	58	168	124	42	89	163	130
Radfahrer	Anzahl	47	47	28	85	84	20	49	84	61
Fußgänger	Anzahl	34	35	32	33	26	20	31	42	33

Kraftfahrzeuge³⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 830	12 408	14 787	15 748	12 965	18 847	21 068	18 851	23 512
darunter										
Krafträder	Anzahl	825	835	1 335	1 364	1 170	1 241	1 028	894	1 118
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	10 673	10 243	12 010	12 864	10 506	16 540	18 991	17 008	21 031
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	929	956	1 032	906	704	664	645	880
* Zugmaschinen	Anzahl	302	314	385	392	302	300	302	260	417

Personenbeförderung

Einheit	2007	2008	2008			2009				
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal		
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 850	62 125	64 485	65 513	63 191	56 089	63 707	65 502	63 399
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	583	577	654	585	579	508	636	586	581

Binnenschifffahrt

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Gütereingang	1 000 t	1 142	1 158	1 095	1 153	1 194	1 063	1 015	1 007	998
* Güterversand	1 000 t	959	945	1 045	977	981	771	910	890	931

AUSSENHANDEL⁶⁾

Ausfuhr (Spezialhandel)⁷⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	3 391	3 753	4 056	3 559	4 668	3 021	3 482	2 674	2 764
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	219	256	274	254	265	231	275	249	297
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	3 012	3 328	3 587	3 128	4 212	2 668	3 096	2 319	2 349
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	20	19	25	23	17	21	15	22
* Halbwaren	Mill. EUR	130	149	156	148	174	105	105	116	111
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 862	3 159	3 411	2 956	4 016	2 547	2 970	2 188	2 216
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	894	1 009	909	857	1 612	822	1 372	640	675
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 968	2 150	2 503	2 099	2 404	1 725	1 599	1 548	1 541

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾

davon nach

Einheit	2007	2008			2009					
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Europa	Mill. EUR	2 527	2 678	3 074	2 769	3 057	2 103	2 002	1 963	2 085
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	2 210	2 338	2 697	2 445	2 644	1 850	1 757	1 743	1 839
Belgien	Mill. EUR	183	190	204	192	212	154	143	143	149
Luxemburg	Mill. EUR	48	49	48	54	53	51	49	45	47
Dänemark	Mill. EUR	49	50	57	74	48	36	31	32	32
Finnland	Mill. EUR	28	31	32	30	36	26	21	21	20
Frankreich	Mill. EUR	372	413	482	408	480	349	311	296	331
Griechenland	Mill. EUR	41	44	55	48	41	24	32	33	32
Großbritannien	Mill. EUR	245	237	259	243	249	171	180	174	190
Irland	Mill. EUR	15	13	16	12	13	8	11	9	9
Italien	Mill. EUR	268	265	281	281	303	222	206	200	232
Niederlande	Mill. EUR	198	228	249	238	248	201	196	191	203
Österreich	Mill. EUR	145	153	183	152	160	137	134	140	130
Schweden	Mill. EUR	67	66	90	69	78	42	39	40	45
Spanien	Mill. EUR	210	215	281	227	259	160	147	154	156
Portugal	Mill. EUR	22	27	29	28	35	16	17	20	18
* Afrika	Mill. EUR	74	83	86	79	91	80	69	69	56
* Amerika	Mill. EUR	396	542	428	296	1 091	431	1 002	299	276
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	295	418	309	189	946	351	923	207	185
* Asien	Mill. EUR	364	418	434	392	393	373	377	314	322
darunter nach Japan	Mill. EUR	56	53	44	39	61	43	61	35	42
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	30	33	34	23	35	34	32	30	23

Einfuhr (Generalhandel) ²⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	2 158	2 236	2 360	2 263	2 179	2 329	1 705	1 609	1 776
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	188	196	190	215	194	220	206	200	228
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 786	1 860	1 978	1 862	1 803	1 543	1 337	1 258	1 373
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	93	105	121	129	32	79	68	35	18
* Halbwaren	Mill. EUR	237	278	246	291	267	190	171	165	188
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 456	1 477	1 611	1 442	1 505	1 274	1 097	1 058	1 166
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	416	401	402	384	432	342	277	300	335
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 040	1 076	1 209	1 058	1 073	932	820	758	832
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 652	1 703	1 796	1 716	1 666	1 466	1 271	1 198	1 341
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 428	1 459	1 533	1 472	1 469	1 235	1 063	1 060	1 167
Belgien	Mill. EUR	256	254	243	261	280	182	164	171	185
Luxemburg	Mill. EUR	44	38	42	34	41	30	31	38	29
Dänemark	Mill. EUR	43	27	21	45	13	34	25	24	17
Finnland	Mill. EUR	12	11	12	9	14	8	10	12	11
Frankreich	Mill. EUR	246	256	300	239	258	238	194	165	204
Griechenland	Mill. EUR	6	7	5	8	9	10	5	6	7
Großbritannien	Mill. EUR	70	74	57	60	79	57	53	57	60
Irland	Mill. EUR	11	7	7	8	6	9	8	6	7
Italien	Mill. EUR	135	129	137	132	140	118	109	108	124
Niederlande	Mill. EUR	238	273	252	301	210	196	156	169	181
Österreich	Mill. EUR	66	71	101	61	67	73	57	58	61
Schweden	Mill. EUR	43	46	56	43	52	29	25	23	32
Spanien	Mill. EUR	81	75	80	69	77	68	55	55	65
Portugal	Mill. EUR	11	14	16	13	18	11	13	11	12
* Afrika	Mill. EUR	32	34	44	33	28	42	31	23	41
* Amerika	Mill. EUR	209	210	234	240	214	588	170	177	171
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	146	145	163	161	143	512	104	107	107
* Asien	Mill. EUR	260	283	282	268	267	227	225	207	218
darunter aus Japan	Mill. EUR	26	30	27	25	28	26	17	19	15
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	4	5	4	7	7	5	4

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

Einheit	2007	2008			2009					
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 462	3 392	3 037	3 202	3 406	3 517	3 234	3 386	3 742
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 920	3 094	2 547	2 840	2 998	2 749	2 666	2 767	2 897

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Insgesamt	Anzahl	615	592	578	621	598	626	536	715	738
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	107	116	97	116	149	117	135	133
* Verbraucher	Anzahl	371	355	331	399	361	336	306	436	456
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	114	115	116	110	105	108	90	121	133
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	15	16	15	15	16	33	23	23	16
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	99	98	133	70	93	239	113	106	100

HANDWERK ²⁾

Einheit	2007	2008	2007	2008			2009			
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾	94,2	97,1	95,0	96,7	96,4	98,5	96,8	95,7	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾	102,3	103,5	117,1	87,5	105,5	107,8	113,0	85,8	...

PREISE

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.		
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	103,5	106,1	107,3	106,8	106,7	106,3	106,3	106,6	106,1
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	101,6	103,0	103,1	103,1	103,2	103,6	103,6	103,7	103,9

VERDIENSTE ⁶⁾

Einheit	2007	2008	2007	2008			2009			
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Bruttomonatsverdienste ⁶⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR	3 303	3 407	3 017	3 036	3 078	3 070	3 100
* männlich	EUR	3 514	3 625	3 201	3 213	3 261	3 252	3 283
* weiblich	EUR	2 735	2 829	2 524	2 564	2 586	2 584	2 619
* produzierendes Gewerbe	EUR	3 517	3 629	3 179	3 172	3 231	3 232	3 252
* männlich	EUR	3 627	3 749	3 281	3 268	3 336	3 337	3 360
* weiblich	EUR	2 910	2 989	2 617	2 653	2 666	2 671	2 682
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 417	3 435	3 149	3 100	3 150	3 164	3 169
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 585	3 695	3 214	3 224	3 274	3 268	3 284
* Energie- u. Wasserversorgung	EUR	4 686	4 723	4 085	4 003	4 086	4 039	4 118
* Baugewerbe	EUR	2 823	2 948	2 744	2 636	2 753	2 809	2 849
* Dienstleistungsbereich ⁸⁾	EUR	3 082	3 175	2 849	2 895	2 918	2 899	2 941
* männlich	EUR	3 351	3 444	3 085	3 133	3 153	3 128	3 170
* weiblich	EUR	2 664	2 762	2 487	2 527	2 552	2 547	2 593
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	EUR	3 127	3 217	2 854	2 909	2 924	2 923	2 951
* Gastgewerbe	EUR	2 029	2 054	1 987	1 989	1 978	1 955	1 982
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	EUR	2 695	2 764	2 548	2 551	2 554	2 550	2 601
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe	EUR	4 256	4 376	3 644	3 672	3 729	3 713	3 754
* Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	EUR	2 858	2 964	2 631	2 737	2 778	2 697	2 701
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 166	3 247	2 939	2 994	3 011	3 046	3 046
* Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	EUR	3 248	3 321	3 071	3 042	3 089	3 089	3 150
* Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	EUR	3 072	3 179	2 923	2 980	3 008	2 976	3 097

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT¹⁾

Einheit	2006	2007		2008				2009		
	Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.		
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 762	119 209	119 738	120 076	120 250	113 898	111 890	111 171	111 639
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 617	12 896	12 969	13 710	13 324	12 544	12 903	12 152	11 682
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 451	10 417	11 113	11 348	11 639	10 954	10 305	10 497	11 275
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 694	95 897	95 656	95 018	95 287	90 400	88 682	88 522	88 682
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 464	111 411	110 629	110 247	110 068	104 599	103 408	102 704	102 925
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 528	98 448	98 235	98 193	98 580	96 410	94 962	94 732	95 167
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 936	12 963	12 394	12 054	11 488	8 189	8 446	7 972	7 758
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 298	7 799	9 109	9 829	10 182	9 299	8 482	8 467	8 714
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	97 350	100 212	102 981	103 616	102 920	98 243	100 456	101 671	102 226
Sichteinlagen	Mill. EUR	28 338	29 349	30 171	29 936	29 385	29 108	29 365	31 352	33 464
Termineinlagen	Mill. EUR	32 833	35 704	37 936	39 228	39 516	35 806	37 754	36 452	34 778
Sparbriefe	Mill. EUR	5 702	7 374	8 192	8 531	8 839	9 253	9 263	9 252	8 197
Spareinlagen	Mill. EUR	30 477	27 787	26 682	25 921	25 180	24 076	24 074	24 615	25 787
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	93 977	96 908	99 273	99 741	100 077	95 507	98 117	99 456	100 204
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	91 680	94 374	96 736	97 369	97 519	93 190	95 805	97 311	97 988
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 297	2 535	2 537	2 372	2 558	2 317	2 312	2 145	2 216
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 373	3 304	3 708	3 875	2 843	2 736	2 339	2 215	2 022

STEUERN

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 807	3 007	3 178	2 584	3 202	3 273	2 813	2 317	2 727
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	888	982	1 240	617	1 065	1 450	1 154	554	921
Lohnsteuer	Mill. EUR	637	674	596	548	930	932	555	553	898
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	128	141	-	-	435	424	-	-	408
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	91	128	400	8	2	-99	382	-59	-14
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	50	63	42	35	18	485	25	33	19
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	38	47	17	26	79	67	14	25	74
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungs- erträge ³⁾	Mill. EUR	15	18	0	3	51	47	-	8	50
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	71	70	184	-0	36	64	178	2	-55
Körperschaftsteuer- Zerlegung	Mill. EUR	1	-0	-	-	20	30	-	-	-47
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 920	2 025	1 938	1 967	2 137	1 823	1 658	1 764	1 806
Umsatzsteuer	Mill. EUR	430	427	434	426	457	523	485	453	467
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 489	1 598	1 504	1 541	1 680	1 301	1 174	1 311	1 339
Zölle	Mill. EUR	156	161	147	152	171	136	125	142	151
Bundessteuern⁴⁾	Mill. EUR	78	78	104	66	66	92	100	104	97
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	23	29	26	28	31	30	31	26
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	39	44	65	31	27	50	60	27	25

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu.

noch STEuern

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
Landessteuern	Mill. EUR	97	94	90	99	85	80	84	48	52
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	19	18	13	23	16	14	13	16	20
Gründerwerbsteuer	Mill. EUR	19	19	17	20	20	13	14	17	18
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁾	Mill. EUR	41	40	40	40	33	37	38	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	14	13	12	12	13	12	11	11	11
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	4	0	0	0	4	0	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Gemeindesteuern

Einheit	2007	2008	2007	2008			2009			
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal		
Gemeindesteuern	Mill. EUR	516	523	503	530	537	520	505	460	478
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	5	3	4	4	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	104	106	96	95	111	120	96	89	118
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	399	404	397	423	410	385	399	358	347
sonstige Gemeindesteuern ²⁾	Mill. EUR	9	9	7	8	11	9	7	9	7

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

	Mill. EUR	753	826	886	669	780	831	1024	502	730
Gewerbsteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	320	326	290	381	339	319	264	351	290
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	281	344	441	163	283	338	592	45	280
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	34	37	50	17	31	39	62	4	29

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	733	765	902	636	788	936	871	531	659
Landessteuern	Mill. EUR	97	94	90	99	85	80	84	48	52
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	331	372	479	205	398	541	439	176	320
Lohnsteuer	Mill. EUR	219	235	204	183	341	282	183	183	318
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	39	54	170	4	1	- 42	163	- 25	- 6
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	21	27	6	7	4	240	- 2	7	3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ⁴⁾	Mill. EUR	17	21	8	12	35	29	6	11	32
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	35	92	- 0	18	32	89	1	- 28
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	286	280	334	278	301	306	348	261	283
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	199	247	205	219	242	289	210	216
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	75	81	87	73	82	64	59	52	67
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	5	-	12	1	2	0	11	1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	-	6	0	0	0	4	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	10	11	-	30	2	5	0	25	2
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	-	6	0	1	0	5	1

Steuereinnahmen des Bundes

Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 485	1 578	1 658	1 371	1 641	1 689	1 457	1 264	1 420
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	104	66	66	92	100	104	97
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	386	427	544	265	457	658	506	238	389
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 016	1 068	1 011	1 027	1 117	937	851	911	932
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	5	-	12	1	2	0	11	1

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. – 2) Einschließlich Restabwicklung der Gründerwerbsteuer. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag.

September

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im Jahr 2008
Bestellnr.: A1023 200800

Abgekürzte Sterbetafel 2006/2008
Bestellnr.: A2033 200800

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienanfängerinnen und
Studienanfänger im Winter-
semester 2008/2009 und Sommer-
semester 2009
Bestellnr.: B3053 200900

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau von Gemüse und Erdbeeren
zum Verkauf 2009
Bestellnr.: C1053 200900

Ernteberichterstattung über Feld-
früchte und Grünland – Getreide- und
Winterrapsenernte 2009 (vorläufiges
Ergebnis)
Bestellnr.: C2023 200900

Wachstumstand der Reben
im August 2009
Bestellnr.: C2063 200902

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen Juni 2009
Bestellnr.: D1023 200906

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von Steinen
und Erden im Juli 2009
Bestellnr.: E1023 200907

Bauhauptgewerbe im Juli 2009 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200907

Ausbaugewerbe im 2. Quartal 2009 –
Bauinstallation und sonstiges
Baugewerbe
Bestellnr.: E3023 200942

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung
der Kraftwerke der allgemeinen
Versorgung im Juni 2009
Bestellnr.: E4023 200906

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2009
Bestellnr.: F2033 200907

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Juni 2009
Bestellnr.: G3023 200906

Umsatz und Beschäftigte im Handel
und im Gastgewerbe 2008
Bestellnr.: G1013 200800

Umsatz und Beschäftigte im Handel
und im Gastgewerbe im Juli 2009
Bestellnr.: G1023 200907

Gäste und Übernachtungen
im Fremdenverkehr im Juli 2009
Bestellnr.: G4023 200907

Verkehr

Binnenschifffahrt im April 2009
Bestellnr.: H2023 200904

Sozialleistungen

Ausbildungsförderung 2008
Bestellnr.: B3063 200800

Sozialhilfe 2006 – Laufende Hilfe zum
Lebensunterhalt, Empfängerinnen und
Empfänger am 31. Dezember 2007
Bestellnr.: K1023 200700

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen in Rheinland-Pfalz –
Kassenergebnisse für das 2. Viertel-
jahr 2009
Bestellnr.: L2023 200942

Schulden der öffentlichen Haushalte
sowie der öffentlich bestimmten
Fonds, Einrichtungen und Unterneh-
men am 31. Dezember 2008
Bestellnr.: L3013 200800

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in
Rheinland-Pfalz und Deutschland
im August 2009
Bestellnr.: M1013 200908

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im pro-
duzierenden Gewerbe und im Dienst-
leistungsbereich im 2. Quartal 2009
Bestellnr.: N1013 200942

Gesamtrechnungen

Primäreinkommen und verfügbares
Einkommen der privaten Haushalte in
den kreisfreien Städten, Landkreisen
und Regionen 1992 bis 2007
Bestellnr.: P1053 200700

Umwelt

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen 2008
Bestellnr.: Q1053 200800

Öffentliche Klärschlamm Entsorgung 2008
Bestellnr.: Q1063 200800

Daten zur Abfallwirtschaft 2007
Bestellnr.: Q2023 200700

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juni 2009
Bestellnr.: Z1013 200906

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe August 2009
Bestellnr.: Z2201 200908

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Europawahl am 7. Juni 2009 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik (Statistische Analyse No 13)
Bestellnr.: Z2118 200901

Bundestagswahl 2009 – Teil 1: Analyse der Wahlergebnisse in der Wahlnacht
Bestellnr.: Z2128 200900

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe September 2009
Bestellnr.: Z2201 200909

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Bevölkerung nach Migrationsstatus regional 2007 – Ergebnisse des Mikrozensus
Bestellnr.: A1015E 200700

E-Mail-Versand (kostenfrei): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1992 und 1994 bis 2007 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1
Bestellnr.: P1315E 200700

E-Mail-Versand (kostenfrei): Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2007 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3
Bestellnr.: P1335E 200700

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Deutscher Bundestag, Stephan Erfurt und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.